



Hochschule Neubrandenburg  
University of Applied Sciences

Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung  
Studiengang Soziale Arbeit

## **Diplomarbeit**

Zur Erlangung des akademischen Grades Diplom-Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge

vorgelegt von: Christian Gräfe

**Welches Menschenbild der Politik stand hinter der Einführung der Agenda 2010 und welche anderen Einflüsse hat es gegeben?**

**Eine Beschreibung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und den darausfolgenden Veränderungen von den 1980er Jahren bis zur Agenda 2010.**

Erstkorrektorin: Frau Prof. Dr. phil. Brigitta Michel- Schwartze

Zweitkorrektorin: Frau Prof. Dr. phil. Ulrike Hanke

Abgabedatum: 24.11.2010

urn:nbn:de:gbv:519-thesis2010-0583-2



## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	I
1. Einleitung .....	1
2. Was ist die Agenda 2010? .....	4
3. Das Menschenbild .....	6
3.1 Entstehen von Menschenbildern in der Politik .....	7
3.2 Ein historisch gewachsenes Menschenbild in Deutschland .....	9
3.3 Menschenbilder in der Zeit des Nationalsozialismus .....	10
3.4 Die Entwicklung eines „neuen“ Menschenbildes in der Politik nach 1945 ...	11
3.5 Zusammenfassung .....	13
4. Exkurs: Internationale Bedingungen zu Beginn der 80er Jahre .....	15
4.1 Die Bedeutung der Globalisierung .....	16
4.2 Die Bedeutung der Globalisierung für Deutschland in Europa .....	18
4.3 Deutsche Sozialpolitik - Ein Beispiel für Europa? .....	19
4.4 Zusammenfassung .....	20
5. Deutschland in den 80er Jahren .....	22
5.1 Individualisierung .....	23
5.2 Die Wiedervereinigung - 1989 .....	24
5.3 Wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West .....	26
6. Die neue Bundesregierung .....	28
6.1 Der „Wendepunkt“? .....	29
6.2 Das Schröder- Blair Papier .....	31
6.3 Das Menschenbild der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands .....	34
6.4 Zusammenfassung .....	37
7. Bedeutende Veränderungen durch die Agenda 2010 .....	39
7.1 Die Rente - Riester Reform .....	39
7.2 Die Gesundheitsreform .....	40
8. Zweite Legislatur von Rot- Grün .....	42
8.1 Die „Hartz“- Gesetze .....	42
8.2 Hartz I .....	43
8.3 Hartz II .....	45
8.4 Hartz III .....	47

8.5 Hartz IV.....	47
8.6 Zusammenfassung .....	50
9. Welche Auswirkungen hat die Agenda 2010 auf die Betroffenen? .....	52
9.1 Warum sind die Agenda-Reformen notwendig geworden?.....	54
9.2 Wie wurde die Agenda 2010 umgesetzt? .....	55
9.3 Zusammenfassung .....	57
10. Exkurs: Bedeutung der Wirtschaft in der Politik .....	58
10.1 Das Menschenbild des Neoliberalismus .....	59
10.2 Wie ist die Rolle der Medien zu beurteilen?.....	61
10.2.1 Das Menschenbild der Medien .....	62
10.2.2 Gerhard Schröder und die Medien .....	63
10.2.3 Das Beispiel Bertelsmann .....	65
10.2.4 Das Menschenbild der Stiftung.....	66
10.3 Zusammenfassung .....	67
11. Schwerpunkt Arbeit.....	69
11.1 Bedeutung der Arbeit in einer globalisierten Welt.....	69
11.2 Die Effektivität der Arbeit in der globalisierten Welt .....	72
12. Welches Menschenbild stand hinter den Reformen?.....	75
12.1 Folgen der Reformen für die Gesellschaft .....	77
12.2 Gefahren für die Demokratie .....	79
13. Fazit.....	82
Quellenverzeichnis.....	III

## 1. Einleitung

Mit der Agenda 2010 wurde eine der tiefgreifendsten Reform im deutschen Sozialsystem umgesetzt. Die Medien informieren uns heute noch täglich über die neuen Auswüchse dieser Reform.

Dabei stehen immer wieder die Fragen der Gerechtigkeit, der Freiheit und der gesellschaftlichen Auswirkungen im Mittelpunkt.

Als interessierter politischer Mensch gehen diese Veränderungen auch an mir nicht vorbei. Daher war es für mich nur folgerichtig, dass diese im Rahmen einer Diplomarbeit bearbeitet werden sollte. Die Frage welche dabei von besonderer Bedeutung ist, beschäftigt sich mit dem Menschenbild. Ich bin immer wieder auf diesen Begriff gestoßen, doch war es mir nicht klar wie er mit der Politik in Zusammenhang steht.

Politiker sind im besten Falle gewählte Volksvertreter die im Sinne ihrer Wähler versuchen Entscheidungen zu treffen. Allerdings häufen sich seit Jahren die Vorwürfe der Menschen das Politik der verlängerte Arm der Wirtschaft ist. Kritische Medienberichterstattung erweckt den Anschein, dass Politiker nicht mehr am Wohlergehen der Gesellschaft interessiert sind, sondern eher daran, eigene Ziele umzusetzen.

Daher ist es mein Ziel die Menschenbilder der Politik, der Wirtschaft und der Medien zu untersuchen. Spannend wird dabei heraus zu finden wie diese drei Bereiche vernetzt sind. Der Schwerpunkt liegt wie bereits aus dem Titel der Arbeit hervorgeht, auf der Agenda 2010. Es soll dabei ergründet werden inwieweit die Wirtschaft und die Medien mit ihren Menschenbildern einen Einfluß auf diese Reformen hatten. Auch der gesellschaftliche Aspekt wird in die Untersuchungen mit aufgenommen.

Die Idee auf verschiedene Menschenbilder einzugehen resultiert aus der immer wiederkehrenden Frage, wie und auf welcher Grundlage politische Entscheidungen getroffen werden.

Bei der Betrachtung der Menschenbilder der Politik werde ich mich speziell auf die der SPD beziehen. Der Grund für die Fokussierung auf nur eine Partei der Rot – Grünen Koalition ist dabei von pragmatischer Natur. Die Geschichte der SPD ist weitreichender wodurch Veränderungen in ihrer Politik besser deutlich werden.

Um die Fragen der Diplomarbeit umfassend beantworten zu können ist es hilfreich die jeweiligen Begebenheiten der nationalen wie internationalen Politik zu beschreiben. Daher wird sich an eine Definition der Agenda 2010 und der des Menschenbildes mit einem geschichtlichen Abriss, ein Exkurs zu den politischen Verhältnissen in Europa und den USA in den 1980er Jahren anschließen. Dabei wird auch die Bedeutung der Globalisierung herausgestellt. Meiner Meinung nach haben die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung den größten Einfluß auf die politische Entwicklung, daher werde ich mich auf diese beschränken.

Die Signifikanz der Globalisierung wird dabei sowohl für die Ebene der EU als auch für Deutschland beschrieben. Ein wenig vorgehend wird auch eine Idee einer europäischen Sozialpolitik andiskutiert.

Bis auf diese vorweggenommene Betrachtung, wird die Arbeit zeitlich chronologisch aufgebaut sein. Besondere Teilaspekte wie die Individualisierung und auch die Wiedervereinigung werden in einen Kontext der Begründung der Agenda 2010 gesetzt. Ein Augenmerk liegt dabei auch auf der wirtschaftlichen Entwicklung und der Eingliederung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Einsteigend in dieses Kapitel und immer mit dem Fokus auf Reformen im Sozialsystem wird die Politik der Rot – Grünen Regierung betrachtet. Für die Hinführung zur Agenda 2010 wird eine Beschreibung der damaligen politischen Machtverhältnisse auch im Rahmen der Europäischen Union zwingend. Hier werden die Veränderungen der Politik im Vergleich zu den vorangegangenen konservativen Regierungen einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Dabei wird das Schröder – Blair Papier im Mittelpunkt stehen und gleichzeitig wichtige Erklärungen für den damaligen Politikwechsel geben. Innerhalb dieses Kapitels wird auch auf das Menschenbild der SPD eingegangen. Um die Veränderung deutlich machen zu können wird eine geschichtliche Abfolge aufgeführt, die wichtige Programme der Partei einschließt.

Anschließend wird sich ein Überblick über einzelne Agendaelemente wie die Riester- oder die Gesundheitsreform. Den Schwerpunkt bildet aber eindeutig die Arbeitsmarktreform in Gestalt der sogenannten „Hartz“ Gesetze. Diese werden daher ausführlich beschrieben. Warum wurden diese Neuordnungen notwendig? Nach dem Überblick über Teile der Agenda 2010 wird ein Versuch unternommen,

eine Erklärung für die Gründe dieser Entscheidungen zu finden. Besondere Betrachtung findet dabei, wie die Agenda 2010 umgesetzt und öffentlich kommuniziert wurde.

Das Menschenbild wird in einem nachfolgenden Exkurs wieder im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang werden die Wirtschaft und die Medien bezüglich ihrer Bedeutung für die Agenda 2010 einer kritischen Beachtung unterzogen. Dabei werden auch Vergleiche zur vorherigen Kohl Regierung gezogen.

Da ein Großteil der Agenda 2010 auf Reformen am Arbeitsmarkt beruhen, wird auf den Faktor Arbeit noch näher eingegangen. In diesem Rahmen werden Fragen wie die Bedeutung und Effizienz der menschlichen Arbeit in der modernen Gesellschaft diskutiert.

Nach der ausführlichen Beschreibung verschiedenster Einflüsse zur Einführung der Agenda 2010, werden die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Demokratie in Deutschland dargestellt. Abschließend wird das Fazit die gewonnenen Erkenntnisse zusammenfassen.

## 2. Was ist die Agenda 2010?

*„Die Regierung handelt damit Wachstum und Wirtschaft wieder steigen, die Sozialsysteme zukunftsfester umgebaut werden und der Standort Deutschland noch attraktiver wird<sup>1</sup>.“*

Die Agenda 2010 bezeichnet die Strukturreform des Sozialsystems welches ein zentrales bundespolitisches Ziel der Rot-Grünen Regierung in der 2. Legislaturperiode ab dem Jahr 2002 war. Die Reformen stützten sich auf Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“<sup>2</sup> die vom damaligen VW Personalvorstand Peter Hartz geleitet worden war. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe setzten sich aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Vertretern der Landesarbeitsämter und der Wissenschaft zusammen. In der sechsmonatigen Arbeit der Gruppe wurden Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen erarbeitet. Bundeskanzler Gerhard Schröder wollte sich wie in der 1. Legislaturperiode verkündet, an den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit ( ab 1. Januar 2004 Bundesagentur für Arbeit)<sup>3</sup> messen lassen<sup>4</sup>. Darüber hinaus erarbeitete sie weiterreichende Empfehlungen, unter anderem zur Verbesserung der „[...] finanzielle[n] Situation der Kommunen, die Finanzierung der Stufen der Steuerreform und vor allem [für] die Bereiche Arbeit und Soziales, Gesundheitswesen und Renten [...]“<sup>5</sup>.

Das Kernstück der Vorschläge beinhaltete die aktivierende Arbeitsmarktpolitik.<sup>6</sup> Die Arbeitsgruppe war der Meinung, dass „die Arbeitsmarktpolitik umso effektiver und effizienter sein[ kann ], je mehr sie mit Geld-, Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs-, und Sozialpolitik koordiniert wird.“<sup>7</sup> Um die aktivierende Arbeitsmarktpolitik umsetzen zu können, war es notwendig den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Dies geschah mit der Einrichtung von Ich AG`s, Mini Jobs und Midi Jobs, dem sogenannten „Hartz II Gesetz“.

---

<sup>1</sup> Agenda 2010 S.8

<sup>2</sup> Dobner, 2007, S. 112

<sup>3</sup> BA, 2010 (Internetquelle)

<sup>4</sup> Regierungserklärung 1998, 2010 (Internetquelle)

<sup>5</sup> Pilz, 2004, S. 203

<sup>6</sup> Castel, Dörre, 2009, S. 145

<sup>7</sup> Pilz, 2004, S. 152



Die Ergebnisse wurden durch den Gesetzgeber in vier „Pakete“ geschnürt und durch Kanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung am 14. März 2003 vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt war das erste Gesetz zur Einrichtung von Personal-Service-Agenturen und der Umstrukturierung der Arbeitsagenturen bereits in Kraft getreten. Diese sahen vor, die Vermittlung von Arbeitslosen zu verbessern.

Das zweite Gesetz „[...] für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ beinhaltete die Ausgestaltung und Schaffung von Mini Jobs und Ich AG`s. Dieses trat bereits am 1. April 2003 in Kraft. Durch die Umbenennung, der Bundesanstalt für Arbeit in Bundesagentur für Arbeit und die damit einhergehende Neuausrichtung zu „[...] einem kundenorientiert arbeitenden Dienstleister mit zeitgemäßen Führungsstrukturen“<sup>8</sup>, sollten die Arbeitslosen eine bessere Betreuung erfahren. Das „Hartz III“ Gesetz trat mit Wirkung zum 1. Januar 2004 in Kraft. Als das umstrittenste der „Hartz- Gesetze“ gilt das vierte Gesetz „für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“. Dieses zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene regelte die, im „[...] Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches[...]“ festgehaltene, Zusammenlegung der Hilfe für Langzeitarbeitslose und erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> *Dobner* 2007 S. 116

<sup>9</sup> *dies.*, S. 116

### 3. Das Menschenbild

Was bedeutet Menschenbild eigentlich? Es ist nicht einfach, sich dieser Frage zu nähern. Obwohl es in dieser Arbeit um die Politik und ihrem Menschenbild, hier speziell der SPD geht, ist es von Bedeutung den Begriff Menschenbild im allgemeinen zu ergründen.

Der Entwicklungspsychologe Rolf Oerter erklärt, das „Menschenbilder [...] nicht einfach da [sind] und nicht unabhängig von Menschen existieren.“<sup>10</sup>

Oerter geht weiter darauf ein und schreibt: „Das Menschenbild ist eine von Menschen entworfene Konstruktion die es ihnen ermöglicht eine Gesamtorientierung im Bezug auf das Urteilen und Handeln in gesellschaftlichen Kontexten vorzunehmen.“<sup>11</sup>

Sie sind nicht statisch und verändern sich so oft, wie sich auch die Gesellschaft und die darin lebenden Menschen verändern.<sup>12</sup> Es wird, dem Konstruktivismus zufolge je nach Bedarfslage, Zielsetzung und auch weltanschaulicher Orientierung, sowie nach Erfahrungen durch die Sozialisation erstellt.<sup>13</sup>

Der Pädagoge Eckhard Meinberg schreibt in Bezug auf das Individuum, das die entworfenen Menschenbilder von hoher praktischer Bedeutung sind und zur ureigenen Lebensform des Menschen gehören, sich über diese in der Welt zu orientieren.<sup>14</sup>

Für Rolf Oerter ist das daran zu sehen, dass die entworfenen Menschenbilder oft eine handlungsleitende Funktion haben und die Planung, Ausführung und Bewertung des oben genannten Handelns beeinflussen.<sup>15</sup>

Gerade der letzte Punkt den Rolf Oerter im Bezug auf die handlungsleitende Funktion beschreibt, ist der Ansatzpunkt für die Überlegungen des Themas dieser Diplomarbeit. In einem der nachfolgenden Kapitel, wird die Entwicklung des Menschenbildes der Politik, hier mit dem Augenmerk auf der SPD und der daraus

---

<sup>10</sup> Oerter, 1999, S. 1

<sup>11</sup> ders., S. 1

<sup>12</sup> ders., S.1

<sup>13</sup> vgl. Michel- Schwartze, 2010, S. 323

<sup>14</sup> Meinberg, 1988, S. 2

<sup>15</sup> Oerter, 1999, S. 1

resultierenden Agenda 2010 erläutert. Um das Menschenbild der Politik erklären zu können, sind verschiedenste Herangehensweisen denkbar.

Auf den nächsten Seiten soll zur Hinführung ein Ausflug in die Anthropologie unternommen werden, um zu verdeutlichen, warum die Menschen handeln und wie sie handeln.

### **3.1 Entstehen von Menschenbildern in der Politik**

#### **Herangehensweise über die Anthropologie**

Die Frage was der Mensch ist,<sup>16</sup> ist dabei von zentraler Bedeutung. Für die Politik ist diese Frage dahingehend von besonderem Stellenwert, weil sie darauf gerichtet agiert. Die Natur des Menschen ermöglicht ihm, seine Wirklichkeit zu konstruieren. Im Politikbetrieb hat dies Relevanz, weil auch Politiker aufgrund ihrer Erfahrungen und ihrer Sozialisation, Konstruktionen erschaffen, die dann in Form von Gesetzen für eine große Anzahl von Menschen zur Norm werden.<sup>17</sup>

Der Mensch in der Erklärung der Anthropologie ist ein Mensch mit gewissen Schwächen, daher ist es notwendig, ihn durch den Aufbau einer Gesellschaftsform zu schützen.

Die Politik und die Anthropologie hängen nach dem Philosophen Dieter Birnbacher nun wie folgt zusammen. Die Gesellschaften haben sich über die Zeit durch Industrialisierung und Informatisierung verändert, die Problemlagen die der Mensch durch seinen Mangel hat, sind aber relativ stabil geblieben. Er bezieht sich dabei auf den Rechtswissenschaftler und Rechtsphilosophen H.L.A. Hart der 1973 seine Konzeption des Naturrechts aufgestellt hat.<sup>18</sup> Die Dinge die er dort beschreibt, sind für Birnbacher das „zu erledigende Minimum“ des Staates und somit Aufgabe der Politik. Hart bezog sich dabei auf die Anthropologie und beschrieb unter anderem Probleme, denen der Mensch auf Grund seiner Beschaffenheit als „instinktarmes“<sup>19</sup> Wesen auf der Erde ausgesetzt ist.<sup>20</sup>

---

<sup>16</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004, S. 11

<sup>17</sup> vgl. Dierkes, 1989, S. 28

<sup>18</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004, S. 13

<sup>19</sup> vgl. Hillebrandt, 1999, S. 190

<sup>20</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004, S. 12-13

Das Minimum ist das Durchsetzen von moralischen und rechtlichen Beschränkungen durch politische Institutionen, da der Mensch zur Gewaltätigkeit neigt, er aber auch gleichzeitig zur Verwundbarkeit tendiert. Die annähernde Gleichheit der Menschen wird beschrieben unter gleichzeitiger Erwähnung, dass es immer wieder Menschen gibt, die Machtmöglichkeiten nutzen und sich die Schwäche von Anderen zunutze machen. Die Gleichheit der Menschen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Mensch durch egoistische Motive gelenkt wird. Um diese Motive für die gesamte Gesellschaft einzubetten, bedarf es nach Hart Normen der Solidarität zugunsten der Schwächeren. Ein weiterer Aspekt in den Beschreibungen von H.L.A. Hart sind die Bedürfnisse des Menschen. Güter die auf der Erde zur Verfügung stehen sind begrenzt, daher muss es eine Wirtschaftsordnung geben, die so verteilt sein muss, „dass keiner zu kurz kommt“<sup>21</sup>.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieser anthropologischen Erklärung des Menschen kann ebenso wie die erstgenannten für die Agendapolitik von Rot-Grün unter dem Stichpunkt „Fördern und Fordern“ gesehen werden und zeigt, dass die Politik unter anderem versucht auf anthropologische Gegebenheiten des Menschen zu reagieren. Demnach ist Willensstärke und die Einsichtsfähigkeit beschränkt. Ein System von Institutionen ist notwendig um Normverstöße zu entdecken und gegebenenfalls Sanktionen einzuleiten.<sup>22</sup> Mit Blick auf die von H.L.A. Hart gegebenen „Problemlagen“ ist deutlich, dass diese auf die Politik in allen Ländern dieser Erde anwendbar ist.

Diese anthropologische Erklärung ist natürlich nur ein Aspekt um die Bedeutung für die Politik zu beschreiben. Das daraus resultierende Menschenbild ist wie beschrieben, ein sehr allgemeingültiges und stellt den Menschen als solches mit seinen „Problemlagen“ dar. Um aber bei der für die Arbeit entscheidenden Politik in Deutschland zu bleiben, wird das nächste Kapitel einen näheren Einblick auf das historische Menschenbild der Vorkriegsjahre geben. Der Übergang zu einem neuen Menschenbild nach 1945 soll damit deutlich werden.

---

<sup>21</sup> Meyer, Vorholt, 2004, S. 13

<sup>22</sup> dies., S. 13

### 3.2 Ein historisch gewachsenes Menschenbild in Deutschland

Das Menschenbild in Deutschland, hat sich sowohl aus der Zeit der Französischen Revolution um 1789, in Form des Liberalismus<sup>23</sup>, als auch aus dem Konservatismus<sup>24</sup> entwickelt.<sup>25</sup>

Das christliche Menschenbild in Deutschland fand durch die Partei Zentrum Einzug in die Politik.

In den Anfangsjahren dieser Partei war es der Reichskanzler Otto von Bismarck, der nicht weniger als einen „Kulturkampf“ mit dem Zentrum ins Rollen brachte.<sup>26</sup> Der katholischen Kirche, vertreten durch diese Partei war dabei die Stellung im Staat und der Gesellschaft wichtig und so versuchte sie ihren Einfluß geltend zu machen.

Bismarck aber war durch seine Herkunft als Gutsbesitzerkind dem Adel verpflichtet. Dies äußerte sich auch in den Zielen seiner Politik. Die Monarchie war richtungsweisende Staatsform und sollte erhalten bleiben.<sup>27</sup>

Die Veränderungen, die die Industriegesellschaft mit sich brachte blieben ihm dabei verschlossen und er versuchte den vermehrten Zusammenschluß von Arbeitern zu unterbinden. Ein Folge der repressiven Politik Bismarcks war unter anderem auch der oben genannte Kulturkampf. Bismarck sah sich durch den vermehrten Zusammenschluss zu Parteien wie Zentrum und Sozialistischer Arbeiter Partei (SAP) ( ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands) gezwungen, deren Einfluß einzuschränken. Als Reaktion kam es im Falle der SAP zu den Sozialistengesetzen. Diese verboten alle sozialdemokratischen Versammlungen mit dem Ziel, der Partei den Einfluß zu nehmen.<sup>28</sup>

---

<sup>23</sup> Der Liberalismus ist eine Weltanschauung, welche das Recht des Menschen auf individuelle Freiheit und Entfaltung in den Vordergrund stellt. Er entwickelte sich als Gegenbewegung zum Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert. (BpB, 2010 Internetquelle)

<sup>24</sup> Der Konservatismus ist eine politische Weltanschauung, die an Traditionen und an bestehenden Machtverhältnissen festhält. Der Glaube hat eine besondere Bedeutung. Der gesellschaftliche Aspekt steht hier, im Gegensatz zum Liberalismus, im Vordergrund. (BpB, 2010, Internetquelle)

<sup>25</sup> Zehetmair, 2007, S.26

<sup>26</sup> ders., 2007, S.24

<sup>27</sup> Der Kulturkampf bezeichnete eine Auseinandersetzung zwischen der katholischen Kirche und des Reichskanzlers Otto von Bismarck. Ziel Bismarcks war es die Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen. Im Zuge des Kulturkampfes, wurden verschiedenste Gesetze erlassen, die die Kirche einschränken sollte. DHM, 2010 (Internetquelle)

<sup>28</sup> vgl. DHM, 2010 (Internetquelle)

Die Versuche, die Stärke der Parteien einzugrenzen, schlugen fehl. Bismarck sah sich durch den anhaltenden Widerstand des Zentrum und der SAP gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Dringend geboten schien es ihm auch dadurch, dass die verstärkten Streikaktivitäten und die Gründung von Gewerkschaften zu einem Verlust der Macht führen könnte. Die Einführung der drei Sozialversicherungen sollte zu einer stabileren Inneren Lage führen und die Leute wieder stärker an die Monarchie binden.<sup>29</sup>

Als die Sozialistengesetze und auch der „Kulturkampf“ ergebnislos beendet worden waren, sind es unter anderem auch die Mitglieder des Zentrum gewesen, die an den Sozialgesetzen mitgewirkt haben.<sup>30</sup>

### 3.3 Menschenbilder in der Zeit des Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus mit seiner faschistischen Ideologie gegenüber allem was nicht arisch war, spielt in diesem Zusammenhang auch eine Rolle, allerdings würde eine dem Ausmaß an Gräueln und Verbrechen angemessenen Würdigung der damaligen Verhältnisse diese Diplomarbeit sprengen, so dass hier nur ein kurzer Abriss der Veränderung des Menschenbildes aufgezeigt werden kann.

Die Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 stellte nicht unbedingt die Sozialgesetzgebung von Otto von Bismarck in Frage. Allerdings wurden viele Personengruppen aus der Versorgung ausgeschlossen.<sup>31</sup> Staatliche Sozialpolitik setzte dabei auf die „Reinhaltung“ der Deutschen. Ausgeschlossen waren vor allem Menschen jüdischen Glaubens, Menschen mit Behinderungen oder aber Ältere.

Hinter diesem Gebahren verbarg sich, erst verschlossen, später ganz offener Sozialdarwinismus.<sup>32</sup> Nicht nur Menschen die von den Sozialsystemen ausgeschlossen waren, sondern auch die übrige Bevölkerung wurde durch die von Hitler betriebene Expansionspolitik, welche den Fokus auf die Rüstungsindustrie für den Krieg legte, in Mitleidenschaft gezogen.

---

<sup>29</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 40

<sup>30</sup> vgl. *Zehetmair*, 2007, S. 24-25

<sup>31</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 59

<sup>32</sup> „Bezeichnung für eine soziologische Erklärung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung, nach der sich im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb nur derjenige durchsetzen kann, der mit den sich ändernden Umweltbedingungen durch seine biologischen Anlagen oder Ausstattung am besten fertig wird, während die Nicht-Anpassungsfähigen eliminiert werden (Selektion).“ Gabler, 2010 (Internetquelle)

Die Nationalsozialisten machten sich die Sozialpolitik dabei immer stärker zu nutze, in dem z.B. Familienpolitik oder die Pflege instrumentalisiert wurde.<sup>33</sup>

Aufgrund der menschenverachtenden Erfahrungen, die auch Zentrums Politiker wie der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer machten, musste es nach dem Ende des Nationalsozialismus eine Veränderung auch bezüglich des Menschenbildes geben.

### 3.4 Die Entwicklung eines „neuen“ Menschenbildes in der Politik nach 1945

Das Menschenbild der Bundesrepublik Deutschland war und ist christlich geprägt. Die Wurzeln der „christlichen Demokratie“ in Deutschland liegen im politischen und sozialen Katholizismus.<sup>34</sup> Der Gottesbezug spielte eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Menschenbildes nach dem Ende des zweiten Weltkrieges.

Die Grundzüge des christlichen Menschenbildes sind die „Bezogenheit [...] auf Gott als dem Ursprung unseres Daseins und seiner Bestimmung.“<sup>35</sup>

Für die „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, unter ihnen Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke welche zu den Ordoliberalen, einer auch als deutscher Neoliberalismus bezeichneten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung<sup>36</sup> gehören, war ein Bezug zum Christentum die einzige Möglichkeit dem inneren Verfall entgegenzutreten. So stellte Müller-Armack mit den Erfahrungen, die er durch den Krieg machen musste fest, dass es „[...] eine Rechristianisierung unserer Kultur [geben muss].“<sup>37</sup>

Auch für Wilhelm Röpke war für die „Zähmung“ des Menschen nicht nur der Wettbewerb, das Recht und die Sitten von Bedeutung, sondern auch die Religion.<sup>38</sup> Das was Müller-Armack und Röpke als „Rechristianisierung“ und Zähmung beschrieben haben ist auch die Essenz dessen was auf den Gottesbezug folgen muss, nämlich „Maß und Grenze, die für alles menschliche Handeln und Entscheiden gelten.“<sup>39</sup>

---

<sup>33</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 60- 61

<sup>34</sup> *Zehetmair*, 2007, S. 36

<sup>35</sup> *Zehetmair*, 2007, S. 107

<sup>36</sup> Bundeszentrale für politische Bildung 2010 (Internetquelle)

<sup>37</sup> *Wilke*, 2003, S. 91

<sup>38</sup> ebd. S. 91

<sup>39</sup> *Zehetmair*, 2007, S. 107

Der Aufbau des Wohlfahrtsstaates, welcher sich in den Jahren nach 1945 mit einem weiteren Schub entwickelte, ist daher zielgerichtet. Fehlende Strukturen im Zusammenhang mit Massenarbeitslosigkeit, sozialer Not, ließen es zu, dass es zu einer faschistischer Machtübernahme kommen konnte. Daher war es notwendig, den Menschen in die Gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einzubeziehen. Dies wird unter anderem im Grundgesetz mit der Charakterisierung Deutschlands „als demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ deutlich.<sup>40</sup>

Die Soziale Marktwirtschaft die in der Nachkriegszeit installiert worden war, fusst dabei auf einem marktliberalen Konzept, welches durch Erfahrungen aus den Zeiten der Weimarer Republik und der des 2. Weltkrieges beeinflusst war,<sup>41</sup> sowie auf den Grundzügen der katholischen Soziallehre.<sup>42</sup> Sie war aber, wie oben bereits erwähnt, alles andere als ein reines Wirtschaftskonzept. Vielmehr definierte sie das Gesellschaftliche Handeln in einem „umfassenden Werterahmen“<sup>43</sup>, der die soziale Komponente mit einschloß.

Die Konzentration auf den sozialen Ausgleich, und der damit einhergehenden Aufbau des Sozialstaates, lag die Überlegung zu Grunde, dass nur so sozialer Friede realisierbar würde.<sup>44</sup>

Um einen funktionierenden Staat verwirklichen zu können stehen sowohl der Staat als auch seine Bürger in der Pflicht. Jeder Bürger hat dabei Rechte und Pflichten die im gesellschaftlichen Miteinander immanent sind.<sup>45</sup> Auf der anderen Seite steht die Politik. Ihr fällt die Aufgabe zu jedem Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Grundlage war dabei wieder der von Konrad Adenauer proklamierte Personengedanke. Dieser sah vor, dass die Grenzen des Staates dort zu ziehen sein, wo in die Würde, Freiheit und Selbstständigkeit des Menschen eingegriffen wird.<sup>46</sup>

---

<sup>40</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 65

<sup>41</sup> vgl. *Zehetmair*, 2007, S. 123

<sup>42</sup> vgl. *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 87

<sup>43</sup> *Zehetmair*, 2007, S.123

<sup>44</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 33

<sup>45</sup> CDU, 2010 (Internetquelle)

<sup>46</sup> vgl. *Zehetmair*, 2007, S. 104



Hierzu eine Erklärung für den Begriff des Sozialstaates: „Das Konzept des Sozialstaates, das mit der Sozialen Marktwirtschaft verbunden ist, beinhaltet zum einen den Grundsatz, dass niemand in außerordentlicher Not auf sich allein gestellt sein darf.“<sup>47</sup>

Damit ist einem anderen zentralen Aspekt der sozialen Marktwirtschaft der Liberalisierung des Marktes und der Leistungswettbewerb vorsieht, ein ausgleichender Faktor hinzugefügt worden.<sup>48</sup> Der Freiheitsbegriff der damaligen Jahre war nach den Jahren der Herrschaft der Nationalsozialisten neu geformt worden. „Negative“ Beispiele lagen aber direkt vor der Tür.

Die politische Lage und die Ideologie waren damit neu abgesteckt. In der neuen Bundesrepublik regierte der „freie Westen“, in der Deutschen Demokratischen Republik der „totalitäre Osten“ in Form des Sozialismus. Die Politik dieser Jahre, war somit für die Menschen in der BRD, Sinnvorstellung, Orientierung und Sicherheit.<sup>49</sup>

Im Laufe der Zeit, durch verstärkte Individualisierung, der wirtschaftlichen Globalisierung aber auch durch die Medien, hat es Veränderungen gegeben. Um diese neuen Bedingungen verstehen zu können, ist es für diese Arbeit wichtig, auch den Blick ins europäische und außereuropäische Ausland zu werfen. Dabei wird ein größerer Sprung vonnöten sein, der zu Beginn der 1980 er Jahre ansetzt.

### 3.5 Zusammenfassung

Menschenbilder sind Konstrukte, die von den Menschen mit Hilfe ihrer Erfahrungen erstellt werden. Sie helfen ihnen, sich in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten zu orientieren. Sie entfalten somit auch handlungsleitende Funktionen. Als ein Erklärungsansatz wird die Anthropologie gewählt, die den Menschen in seinem „Naturzustand“ als Wesen mit gewissen Defiziten ausweist. Für die Politik und den Staat bekommen diese eine besondere Bedeutung, weil sie als gesetzgebendes Organ das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft sicherstellen soll.

---

<sup>47</sup> CDU, 2010 (Internetquelle)

<sup>48</sup> vgl. Zehetmair, 2007, S. 111

<sup>49</sup> vgl. Dettling, 1995, S. 37

Das Menschenbild in Deutschland hat sich dabei aus dem Liberalismus und dem politischen Katholizismus entwickelt. Mit der Einführung der Sozialversicherung in der Zeit Otto von Bismarcks sind sowohl Merkmale des Liberalismus als auch des Katholizismus übernommen worden. Die Sozialversicherung in Deutschland gründete sich auch auf den zunehmenden Druck der Menschen, welche sich durch die Industrialisierung immer schlechteren Arbeitsbedingungen gegenübersehen. Die Gewerkschaften und die damit einhergehende Organisierung der Menschen in Interessengruppen, waren für Otto von Bismarck eine ernstzunehmende Gefahr. Durch die eingeführten Sozialversicherungen sollten die Menschen wieder stärker an die Monarchie gebunden werden.

Mit Beginn des dritten Reiches wurden die Sozialversicherungen zunehmend instrumentalisiert. Menschen, die nicht in das rassistische und menschenverachtende Bild passten, wurden ausgegrenzt. Dieses Menschenbild wurde durch den millionenfachen Mord an Juden, Andersdenkenden, Behinderten deutlich. Geprägt durch die Erfahrung des zweiten Weltkrieges und der Weimarer Republik sollte der Gottesbezug in der Nachkriegszeit wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Mit der sozialen Marktwirtschaft, sollte eine Freiheit des Individuums, eine Liberalisierung des Marktes sowie der Leistungswettbewerb erreicht werden. Darüber hinaus sollte all dies auf christlichen Wertvorstellungen basieren. Der Bürger erhielt Rechte und Pflichten. Der Staat war für die Sicherstellung der Teilhabe jedes Menschen in der Gesellschaft zuständig. Er zog sich selbst aber auch die Grenzen seines Einschreitens. Dies erfolgte im Bezug auf die Würde, die individuelle Freiheit, sowie der Selbstständigkeit der Menschen. Niemand sollte aber durch außergewöhnliche Notlagen benachteiligt werden.

#### 4. Exkurs: Internationale Bedingungen zu Beginn der 80er Jahre

Schon in den frühen 1980er Jahren gab es in Bezug auf die ökonomische Dimension der Staaten strukturelle Reformen. Zu den Vorreitern zählten die USA unter Präsident Ronald Reagan und Großbritannien unter Margaret Thatcher. Das bestehende System eines keynesianischen<sup>50</sup> Wohlfahrtsstaates sollte einer „[...] Angebotspolitik [...]“ weichen. „Diese hatten durch die Entmachtung der Gewerkschaften, Kürzungen und Einschränkungen der staatlichen Sozialleistungen, Deregulierungen und Privatisierungen in den USA und Großbritannien die Angebotsbedingungen der Unternehmen verbessert.“<sup>51</sup> Diese Angebotspolitik führte auch andere europäische Staaten wie Schweden dazu<sup>52</sup>, die mangelnde Flexibilität in den Arbeitsmärkten für steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen.

Die Neoliberale Tradition des „[...] Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen [...]“<sup>53</sup> der 1930er Jahre begann mit der Amtsübernahme der Konservativen Partei unter Leitung von Margaret Thatcher zu Beginn der 1980er Jahre in Großbritannien. Dabei kam diese neue Wirtschaftspolitik aus der Moralökonomie des Liberalismus, welche Leistung, Disziplin, Wettbewerb und Sparsamkeit in den Mittelpunkt rückte.<sup>54</sup> Für die Wirtschaftswissenschaftlerin Dagmar Sakowsky stellte dies nicht mehr und nicht weniger eine geistig-moralische Wende dar, die durch den veränderten Blickwinkel der Politik, dem Einzelnen Symbole der Sicherheit und des Selbstwertgefühls bot.<sup>55</sup> Damit einher ging die verstärkte Verlagerung von der Verantwortung für ihr soziales Wohlergehen auf die einzelnen Bürger.

---

<sup>50</sup> Keynesianismus: Vorherrschende Wirtschaftstheorie nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, welche darauf ausgelegt war eine Vollbeschäftigung zu erreichen. Der Staat sollte durch korporatistische Einkommenspolitik, durch Steuerung der fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen sowie den gezielten Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, dieses Ziel erreichen.

vgl. Sakowsky, 1992, S. 39 ff

<sup>51</sup> Ganßmann, 2009, S. 114

<sup>52</sup> ders., 2009, S. 115

<sup>53</sup> Butterwegge, Lösch, Ptak, 2008, S.11

<sup>54</sup> vgl. Sakowsky, 1992, S. 117

<sup>55</sup> dies., 1992, S. 121

Margaret Thatcher beendete schon kurz nach Amtsantritt die korporatistische<sup>56</sup> Einkommenspolitik. Dies tat sie unter der Maxime der liberalen Wirtschaftspolitik. Die liberale Wirtschaftspolitik hatte auch eine Abkehr vom traditionellen Wohlfahrtsstaat zur Folge. Eine Minimalabsicherung für die Menschen sollte gewährleistet werden. In Bezug auf die Renten wurde wie später auch in der Agenda 2010 eine private Vorsorge notwendig.<sup>57</sup>

In diesem Zusammenhang wurde außerdem damit begonnen Staatsunternehmen zu privatisieren sowie die Spitzensteuersätze zu senken. Damit hatte sie den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich den von ihr geschaffenen Angebotsbedingungen des Marktes anzupassen. Bereits Mitte der 1980er Jahre wurden die Kapitalmärkte und die Geschäfte mit Finanzdienstleistungen liberalisiert.<sup>58</sup> „[ Da [das] Kapital heute hochgradig mobil [...]“ und auf der Suche nach immer besserer Verzinsung ist, die Arbeitskräfte aber weniger mobil sind,“[...] hat sich also die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Kapitaleinkommen verschoben.]“<sup>59</sup>

#### 4.1 Die Bedeutung der Globalisierung

*„Die Globalisierung ist ein Prozess, bei dem weltweite Beziehungen in zahlreichen Ebenen intensiviert werden. Dabei entsteht eine globale Verflechtung in Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Kultur und Umwelt.“<sup>60</sup>*

Der britische Soziologe Anthony Giddens schreibt, das es äußerst schwer ist, eine Bedeutung für diesen Begriff zu finden.<sup>61</sup>

Der Soziologe Ditmar Brock versucht verschiedene Ansätze zu finden und meint, dass „[...] Globalisierung primär als ein politisches Schlagwort zu verstehen sei.“ So wird der Begriff vor allem in der Beschreibung von wirtschaftlichen Veränderungen gebraucht. In vielen Debatten ist er daher negativ konnotiert.

---

<sup>56</sup>Def.: „Beteiligung von Interessengruppen an der Formulierung und Implementation von politischen Programmen und zwar auf der Basis von Interorganisationsnetzwerken zwischen Regierung und politischer Verwaltung einerseits und starken, zentralisierten gesellschaftlichen Verbänden andererseits.“ Bandelow 2010(Internetquelle)

<sup>57</sup> vgl. Sakowsky 1992 S. 165-166

<sup>58</sup> INSM, 2010 (Internetquelle)

<sup>59</sup> Pilz, 2004 S. 105

<sup>60</sup> Fuchs, 2010 (Internetquelle)

<sup>61</sup> vgl. Giddens S. 18

Wirtschaftliche Globalisierung wird dabei aus verschiedenen Quellen gespeist. Durch Senken von Handels- und Interventionsschranken in den 1970er Jahren, boten vor allem die USA und Großbritannien den Märkten die Chance, sich in einem höheren Tempo zu vergrößern. Damit einhergehend - und dies war in den 90er Jahren von Bedeutung – wuchsen auch ehemalige Entwicklungsländer sowie die Staaten der ehemaligen Sowjetrepubliken zu aktiven Marktteilnehmern heran.<sup>62</sup> Die Veränderung der Mechanismen in den 70er Jahren sind eng mit der Liberalisierung des Welthandels verknüpft.<sup>63</sup> Wichtig ist es ganz kurz zu erläutern, dass die Globalisierung keine Erfindung der 1970er Jahre war. Sie setzte im Prinzip schon in der Vorindustrialisierung ein. Gekennzeichnet war diese erste Globalisierungsphase durch die „industrielle Revolution“, die „demokratische Revolution“ und die „Bildungsrevolution“. Die zweite Globalisierungsphase begann mit der Industrialisierung im späten 18. Jahrhundert. Zu Beginn der 1970er Jahre stand die Welt an der Schwelle zur 3. Globalisierung. Vorallem der technische Fortschritt der in den Bereichen Verkehr (Luftverkehr), Kommunikation (durch schnellere Datenleitungen) und der Datenverarbeitung (Computertechnik) kennzeichnete diese 3. Globalisierung.<sup>64</sup>

Die Globalisierung bringt dabei sowohl Vor-, als auch Nachteile mit sich. Vorteile sind z.B. der Wohlstand, der sich in den ehemaligen Entwicklungsländern vergrößert hat. Als Grund sind Zugänge zu den Märkten und eigenes Konsumverhalten zu nennen. Ein Nachteil ist unter anderem der zunehmende Konkurrenzdruck zwischen den Ländern. Dieser beschränkt sich dabei nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich. Vielmehr unterliegen auch die Sozialsysteme, die Steuersysteme und damit auch die politischen Entscheider der Staaten dieser Konkurrenz.<sup>65</sup> Die Konkurrenz kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass sich durch die Globalisierung und die offenen Märkte nicht auch eine Abhängigkeit aufgetan hat.<sup>66</sup> Gerade für Deutschland als größter Volkswirtschaft in der EU, sind Absatzmärkte von zentraler Bedeutung.

Daher wird im nächsten Teil die Bedeutung der Globalisierung für Deutschland im Kontext der Europäischen Union herausgearbeitet.

---

<sup>62</sup> vgl. *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 89

<sup>63</sup> vgl. *Brock*, 2008, S. 45

<sup>64</sup> vgl. *Brock*, 2008, S. 61 und *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 89

<sup>65</sup> vgl. *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 89

<sup>66</sup> vgl. *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 91

## 4.2 Die Bedeutung der Globalisierung für Deutschland in Europa

Es ist sicher schwierig über Globalisierung zu schreiben und im gleichen Satz, das Wort Nationalstaat zu verwenden. Der Nationalstaat wird im Falle von Deutschland immer mehr von der Europäischen Union abgelöst. Wie aber verhält es sich mit den Sozialen Sicherungssystemen?

Die vermehrten Reformanstrengungen der Sozialpolitischen Instrumente und der stetigen „[...] Überwindung der nationalen und kontinentalen Grenzen[...]“<sup>67</sup>, durch die sogenannte Globalisierung in Europa wurden von der Regierung wahrgenommen.

Seit Anfang der 1990er Jahre, mit der verstärkten Vernetzung der Wirtschafts- und Finanzmärkte, sowie den wachsenden Staatsschulden nahm der Druck auf die Regierung zu. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung orientierten sich viele Staaten am angelsächsischen System der USA und Großbritanniens welches durch „neokapitalistische Ideen“ geprägt war<sup>68</sup>. Deutschland als größtes Land in der Europäischen Union und als eine der größten Volkswirtschaften der Welt stand vor der Herausforderung die ehemalige DDR in die soziale Marktwirtschaft zu integrieren. Für Deutschland boten sich trotz der großen Anstrengungen in Bezug auf die Übernahme der DDR in die Bundesrepublik enorme Chancen.

Durch die Öffnung der Märkte durch eine Wirtschafts- und Währungsunion und der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004, sind die Absatzmärkte für Deutschland größer geworden. Die deutsche Wirtschaft ist gerade durch die Automobilindustrie und den Maschinenbau weltweit gefragt. So exportierte Deutschland in den Jahren 2002- 2006 die meisten Waren in die Welt.<sup>69</sup> Größte Importländern deutscher Waren sind dabei die Länder der Europäischen Union gewesen.<sup>70</sup>

---

<sup>67</sup> Pitz, 2004, S. 105

<sup>68</sup> Dettling, 1995, S. 58

<sup>69</sup> Statistische Bundesamt, 2010 (Internetquelle)

<sup>70</sup> Statistische Bundesamt, 2010 (Internetquelle)

### 4.3 Deutsche Sozialpolitik - Ein Beispiel für Europa?

Das es auf Europäischer Ebene Bestrebungen gibt den geöffneten europäischen Märkten eine supranationale Instanz entgegenzusetzen, beschreibt der Soziologe Heiner Gansmann. Europäisierung und Globalisierung setzen primär auf die Öffnung der Märkte, da die Sozialpolitik aber ein klassisches Feld der Nationalstaaten ist, ergibt sich ein Ungleichgewicht.<sup>71</sup> Allerdings greift die Europäische Sozialpolitik schon regulierend in die Wirtschaftspolitik ein.<sup>72</sup>

Heiner Gansmann schreibt weiter, dass die Europäische Union eine supranationale Instanz sein kann, um den „Märkten“ auf Augenhöhe zu begegnen. Ein wichtiger Teil dieser Instanz soll sich dabei auf die Sozialpolitik konzentrieren. Wenn dieses System um die Sozialpolitische Ebene erweitert wird, könnten sich völlig neue Wege für die Finanzierung der nationalstaatlichen Sicherungssysteme ergeben. Sein Fazit fällt allerdings ernüchternd aus. Die EU kann die Rolle der supranationalen Instanz im Bezug auf die sozialpolitische Ebene nicht ausfüllen, es gibt keine spürbare Umverteilung der Mittel auf europäischer Ebene und die großen Unterschiede in Sachen Armut und Einkommensgleichheit bleiben bestehen.<sup>73</sup>

Anders sieht das der Politikwissenschaftler Uwe Puetter. Er stellt fest, dass zu den Themen der Europäischen Sozialpolitik die Sicherheit der Rentensysteme, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, das Gesundheitswesen und auch die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung gehören.<sup>74</sup> In Bezug auf die von Gansmann erwähnten Unterschiede wie Armut und Einkommensunterschiede, schreibt auch Puetter, dass die EU in diesen Bereichen keine gesetzgeberische Kompetenz besitzt.<sup>75</sup> Die Bedeutung einer europäischen Sozialpolitik wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Die Diskussionen über ein europäisches Sozialstaatsmodell werden weitergeführt. Im Vordergrund stehen dabei Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Rechte beispielsweise Tarifautonomie, Chancengleichheit, allgemeiner Wohlstand und Solidarität.<sup>76</sup> Auf diese Weise sollen

---

<sup>71</sup> vgl. *Gansmann*, 2009, S. 191

<sup>72</sup> vgl. *Puetter*, 2009, S. 144

<sup>73</sup> vgl. *Gansmann*, 2009, S. 194

<sup>74</sup> vgl. *Puetter*, 2009, S. 28

<sup>75</sup> ders., S. 168

<sup>76</sup> vgl. *Puetter*, 2009, S. 31-32

für alle Menschen der Europäischen Union die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden. Deutschland zeichnet sich dabei als Land mit einem „christlichen Sozialstaatsverständnis“<sup>77</sup> aus. Die sich daraus ergebene Gesellschaftsordnung soll auch für andere Staaten der Europäischen Union gelten und in einem Vertrag festgesetzt werden. Das Modell welches dafür favorisiert wird, weist dabei eine deutliche Nähe zu den ordo – liberalen Vorstellungen der Bundesrepublik auf.

Die Agenda 2010 und die damit verbundenen Reformen können somit auch durchaus einen Einfluß auf europäischer Ebene haben. Als unerlässlich gelten nämlich, in eben diesem Duktus, einheitliche soziale Mindeststandards für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.<sup>78</sup> Dadurch wird deutlich in welche Richtung die Veränderungen gehen könnten und an welchen Maßstäben eine europäische Sozialpolitik ausgerichtet werden könnte.

Wie weit diese Standards schon voran geschritten sind, etwa bei einer längeren Lebensarbeitszeit, wird an den letzten Großdemonstrationen in Frankreich deutlich.<sup>79</sup>

#### **4.4 Zusammenfassung**

Politische Veränderungen, die zu einer wirtschaftlichen Öffnung führten, setzten ab den frühen 80er Jahren in den USA und Großbritannien ein. Die Umstellung der Staaten auf eine Angebotspolitik ging mit starken Einschnitten in die Sozialleistungen einher. Es kam zu einer geistig- moralischen Wende, hinter der ein Menschenbild stand, welches sich zunehmend an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierte. Es gab eine verstärkte Privatisierung von ehemaligen Staatsbetrieben, welche sich nun auf dem privaten Sektor behaupten mussten und marktwirtschaftlichen Maßstäben unterworfen waren. Liberalisierte Märkte und der wissenschaftlich- technische Fortschritt ermöglichten es den Firmen, ihre Waren überall auf der Welt herzustellen und zu vertreiben. Die Globalisierung war dabei aber nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt. Vielmehr eröffneten sich auch politische, ökologische und kulturelle Chancen und Risiken.

---

<sup>77</sup> vgl. *Puetter*, 2009, S. 35

<sup>78</sup> ders., S. 35

<sup>79</sup> Zeit- Online, 2010 (Internetquelle)



Auch für Deutschland ergaben sich neue Absatzmärkte und durch die Produktivität der Wirtschaft konnte die BRD zu einer der größten Volkswirtschaften der Welt heranwachsen. Die Europäische Union gewinnt in diesen Jahren immer mehr an Bedeutung und stößt dabei immer mehr in Bereiche vor, welche früher Angelegenheiten der Nationalstaaten waren. Eine Diskussion über eine europäische Sozialpolitik ist dabei in vollem Gange.<sup>80</sup> Deutschland als größtes Land der EU wird dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

---

<sup>80</sup> vgl. *Puetter*, 2009, S. 31

## 5. Deutschland in den 80er Jahren

Die Regierung Kohl fing in den 1980er Jahren damit an, auf den in Europa aufkommenden Neoliberalismus zu reagieren. Die „Parole“ lautete „Leistung muss sich wieder lohnen.“<sup>81</sup> Die Richtung war damit vorgegeben. Der Leistungsgedanke machte auch ein sich änderndes Menschenbild deutlich. Wie bei den Reformen von Margaret Thatcher, folgte auch hier eine Schwächung der Gewerkschaften<sup>82</sup>, also der betrieblichen Mitbestimmung<sup>83</sup> und machte damit auch den im Wahlkampf angekündigten marktorientierten Kurswechsel deutlich.<sup>84</sup>

Im Zuge dieses neuen Kurses wurden die Vermögenssteuer, der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer und die Körperschaftsteuer gesenkt. All diese Änderungen in den ersten Jahren kamen vor allem den Unternehmern und den oberen Einkommenschichten zugute.<sup>85</sup>

Dem Faktor Arbeit galt bereits in den ersten Regierungsjahren ein Hauptaugenmerk von CDU und FDP. So wurden in verschiedenen Analysen die Kosten der Arbeit beziffert und für zu hoch befunden, „[...] die hochbezahlten Arbeitnehmer verteidigen ihren Besitzstand zulasten der vielen Arbeitslosen.“<sup>86</sup>

Das Beschäftigungsförderungsgesetz welches am 1. Mai 1985 in Kraft trat und den Arbeitsmarkt flexibilisierte, war eine Reaktion auf die stetig ansteigende Arbeitslosigkeit. 1982 lag sie bei 1,83 Mio. und 1984 bereits bei 2,26 Mio. Menschen.<sup>87</sup> Das dieses Gesetz aber nicht nur aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten verabschiedet wurde, belegen Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaft, welche von einer Steigerung der Unternehmensgewinne im Jahre 1988 von 85% gegenüber dem Jahr 1982 ausgingen.<sup>88</sup> Mit der Neuausrichtung der Sozialsysteme unter Helmut Kohl, erhoffte man sich eine stärkere

---

<sup>81</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 120

<sup>82</sup> Es kam zu einer Änderung des Streikparagrafen, Lohnersatzleistungen sollten im Streikfall nicht mehr bezahlt werden. vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 122

<sup>83</sup> ders., S. 122

<sup>84</sup> *Pilz*, 2004, S. 40

<sup>85</sup> dies., S. 120

<sup>86</sup> *Butterwegge*, 2006, S. 121

<sup>87</sup> vgl. *Geißler*, 2006, S. 213

<sup>88</sup> Zeit- Online, 2010 (Internetquelle)

Eigenverantwortung der Bürger.<sup>89</sup> In Zuge dieses Prozesses wird auch die Individualisierung verortet.

Die darausfolgenden Faktoren wie soziale Unausgewogenheit aber auch Arbeitslosigkeit durch die schnellere Globalisierung und fehlende Perspektive können zu moralischer Destabilisierung der Gesellschaft führen.<sup>90</sup> In Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung fehlt es daher an zentralen Mitteln zur Integration aller.<sup>91</sup> Die ökonomische Perspektive ist dabei allerdings nur eine Seite die zur gesellschaftlichen Desintegration führt. Diese Perspektive ist, wie es der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach schreibt, nicht der Markt selbst, sondern gesellschaftliche Vereinbarungen, die die Regeln der Nachkriegszeit, wie die Vollbeschäftigung brüchig werden lässt.<sup>92</sup>

Die Individualisierung muss näher betrachtet werden um die Folgen für die moderne Gesellschaft besser aufzeigen zu können. Die Politik als gesellschaftsgestaltende Instanz hat sich in den Folgejahren unter anderem daran orientiert.

## 5.1 Individualisierung

Die Individualisierung<sup>93</sup> kann als Ergebnis des wirtschaftspolitischen Umschwungs in den 1980er Jahren gesehen werden. Die dabei wiedergespiegelten Bekenntnisse zur Leistungskonkurrenz und Privatisierung wurden in den Parteien vor allem der Konservativen, siehe Großbritannien der USA und Deutschland deutlich.<sup>94</sup>

In der Entwicklung dieser Individualisierung ist laut Hengsbach aber eine Verkürzung zu erkennen. Sie ist auf Freisetzung und Befreiung vom überbordenden Staat beschränkt. Somit gab es eine Legitimierung, den Sozialstaat zurückzufahren. Einhergehend gab und gibt es auch heute noch eine

---

<sup>89</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 40

<sup>90</sup> vgl. *Dettling*, 1995, S. 50

<sup>91</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 38

<sup>92</sup> ders., S. 208

<sup>93</sup> bezeichnet einen Prozess der mit der Industrialisierung und Modernisierung einhergehend, die westlichen Gesellschaften von der Fremd- zur Selbstbestimmung verändert hat.

vgl. INSM, 2010 (Internetquelle)

<sup>94</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 213

tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft, da ehemals leitende Deutungs- und Handlungsmuster des Staates nicht mehr gelten.<sup>95</sup>

Die Reformen der vorher genannten Staaten stellen in den Mittelpunkt, dass der Mensch durch den Wohlfahrtsstaat in „Abhängigkeiten“ getrieben wird. So ist es notwendig, begründet auf dem Menschenbild der Wirtschaft, diese Abhängigkeit zu beenden, denn dann kann der Mensch seinem von Natur aus guten Verhalten, nachkommen.<sup>96</sup>

Das die Individualisierung aber auch Probleme mit sich brachte, sollte unter anderem dadurch überdeckt werden, dass auf Grund des gestiegenen Wohlstandes, durch Effizienzsteigerung der Wirtschaft, auch die Leistungsschwächeren und „periphere“ Regionen etwas abbekommen würden.<sup>97</sup>

Für Menschen die sich in Arbeitslosigkeit befanden, wurde eine neue Qualität der Individualisierung deutlich. Sie wurden für ihre Situation selbstverantwortlich gemacht, auch wenn sie die Arbeitsstelle durch wirtschaftsbedingte Globalisierung verloren hatten. Demnach waren sie Leistungsverweigerer, die sich auf Kosten der Solidargemeinschaft ausruhen würden.<sup>98</sup>

Im Sinne der „liberalen Individualisten“ ist dies folgerichtig. Das aber ein viel dichteres Netz an sozialer Ordnung notwendig ist, beschreibt Amitai Etzioni.

Unter anderem muss es diese gewährleisten, um den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern und um die gemeinsame Werte befördern zu können.<sup>99</sup>

## 5.2 Die Wiedervereinigung - 1989

Das Jahr 1989 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte. Am 9. November 1989 kam es zur Öffnung der Berliner Mauer. Die Teilung Deutschlands endete nach 45 Jahren am 3. Oktober 1990.

Die für Deutschland große Schwierigkeit bestand darin, dass nun ein ehemals autonomer Staat in einen bestehenden integriert werden musste. Das betraf auch

---

<sup>95</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 214

<sup>96</sup> vgl. *Etzioni*, 1997, S. 217

<sup>97</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 214

<sup>98</sup> ders. S. 214

<sup>99</sup> vgl. *Etzioni*, 1997, S. 33-34

das Sozialsystem. Das bestehende planwirtschaftliche System der DDR musste in das bundesdeutsche System überführt werden. Es kam dabei zu starken Brüchen im Osten.<sup>100</sup> Ostdeutschland sollte in das System einer modernen Gesellschaft überführt werden.<sup>101</sup> Allerdings wurden die Kosten der „Einheit“ viele Jahre unterschätzt<sup>102</sup>.

Im Einigungsvertrag wurden Systemreformen zur Angleichung an bundesrepublikanische sozialrechtliche Strukturen festgehalten. Die Sozialleistungsquote stieg dabei von 1989 bis 1994 von 30,7% bis auf 34,1%<sup>103</sup>, welche zu einer Steigerung der Staatsverschuldung in der Zeit 1990 bis 1998 von 42% auf über 63% des Bruttoinlandsprodukts führte und damit leicht den im Maastrichter Vertrag festgelegten Grenzwert von 60% des BIP überstieg.<sup>104</sup> Die hohe Staatsverschuldung war für die Regierung Schröder später ein zentraler Punkt um die Agenda 2010 zu begründen.

Ein weiterer zentraler Punkt war die Übertragung der ehemals Volkseigenen Betriebe an die Treuhandanstalt. Diese sollte die Unternehmen zu einer wettbewerbsorientierten Struktur verhelfen und privatisieren.<sup>105</sup>

Das diese Bestrebungen durchaus negative Auswirkungen hatten wurde an den ab 1992 steigenden Arbeitslosenzahlen sichtbar.<sup>106</sup>

Der Bund versuchte mit der Einführung des Solidaritätszuschlages 1991 sowie mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer 1993 von 14% auf 15% die Kosten der Wiedervereinigung zu stemmen.

Eine weitere Geldquelle wurde in den Sozialversicherungssystemen gefunden. Dadurch sollten direkte Steuererhöhungen vermieden werden.<sup>107</sup>

Als Folge dessen wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgefahren um den Staatshaushalt zu konsolidieren.<sup>108</sup> Nach Meinung des Soziologen Franz- Xaver

---

<sup>100</sup> vgl. *Geißler*, 2006, S. 360

<sup>101</sup> ders., S. 360

<sup>102</sup> *Dobner*, 2007, S. 11

<sup>103</sup> *Pilz*, 2004, S.43

<sup>104</sup> *Merkel u.a.*, 2006, S. 162

<sup>105</sup> vgl. *Kampe*, 1993, S. 7

<sup>106</sup> BpB, 2010 (Internetquelle)

<sup>107</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 127

<sup>108</sup> vgl. *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S. 21

Kaufmann ist die Wiedervereinigung durchaus der [ Schlüsselfaktor, im Ringen um eine radikale Restrukturierung des Wohlfahrtsstaat.]<sup>109</sup>

### 5.3 Wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West nahm, in der nun wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland, unterschiedliche Verlaufsformen. Während sich die Wirtschaft im Ostteil in den ersten zwei Jahren nach der „Wende“ noch aufwärts entwickelte, ging es danach langsam aber stetig abwärts. Es tat sich ein Ungleichgewicht auf.<sup>110</sup> Gründe für einen Abschwung in den neuen Bundesländern waren unter anderem die Produktivitätskluft, die sich seit den 1960 er Jahren immer weiter geöffnet hatte.<sup>111</sup> Viele der Betriebe waren nach der Wende unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr wettbewerbsfähig.<sup>112</sup>

Die Privatisierung der ehemals Volkseigenen Betriebe verlief, wie oben schon erwähnt nicht immer zufriedenstellend. An den von der Treuhandanstalt zur Privatisierung vorgesehenen Betriebe waren nur 3% der ehemals Beschäftigten beteiligt. Der überwiegende Teil ging an westdeutsche Eigentümer. Gründe hierfür waren dem Soziologen Rainer Geißler zufolge, auch das fehlende Kapital und das fehlende marktwirtschaftlich unternehmerische Know-how.<sup>113</sup>

So betrug die Zahl der Arbeitslosen 1992 in Ostdeutschland schon 1,17 Mio,<sup>114</sup> da es vielen neuen Managern um das Herauslösen von gesunden Teilen der Betriebe ging oder gleich um die gänzliche Liquidierung.

Auch die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland nahm von 1,69 Mio. im Jahr 1991 auf 2,27<sup>115</sup> Mio. im Jahr 1993 zu. Die Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern überschritt dabei die der alten Bundesländer schon nach wenigen Jahren.<sup>116</sup>

---

<sup>109</sup> Butterwegge, Klundt, Zeng, 2005, S. 42

<sup>110</sup> vgl. Memorandum, 2009, S. 224

<sup>111</sup> vgl. Geißler, 2006, S. 364

<sup>112</sup> vgl. Ganßmann, 2009, S. 154- 155

<sup>113</sup> vgl. Geißler, 2006, S. 92

<sup>114</sup> ders., S.224 Abb. 10.9

<sup>115</sup> ders., S.213 Abb. 10.6

<sup>116</sup> vgl. Butterwegge, Klundt, Zeng, 2005, S. 31

Es wurde versucht die Zahl der Arbeitslosen durch Arbeitbeschaffungsmaßnahmen oder Strukturanpassungsmaßnahmen, wie „Frühverrentungen und großzügige Vorruhestandsregelungen zu verringern. Eine Identifizierung mit der Arbeit, gerade für Ostdeutsche wichtig, konnten diese meist nur kurzfristigen Maßnahmen nicht Rechnung tragen.

Der Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge schlägt aber auch den Bogen zu denen, denen es nach der Einheit besser geht. Er bezeichnet dies als Paternostereffekt. Die hohe Arbeitslosigkeit, hatte und hat noch immer einen großen Einfluß auf die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Weiter heißt es, dass sich die Preise für Mieten, Lebensmittel, sowie Dienstleistungen und Konsumgüter relativ schnell den Preisen der alten Bundesländer angepasst haben, die Löhne aber nicht so schnell stiegen.<sup>117</sup>

Die hohen Transferleistungen hatten aber auch negative Auswirkungen und zeigten wie der nun auf ganz Deutschland ausgedehnte Markt reagieren würde.<sup>118</sup>

Die Arbeitnehmer wurden mit dem Solidaritätszuschlag zusätzlich belastet. Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ hat Deutschland wieder in die Mitte Europas gerückt und dadurch den Markt um viele Länder östlich der Oder zu neuen Kunden und Konkurrenten auf dem globalen Markt werden lassen.

---

<sup>117</sup> vgl. *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S. 26 ff.

<sup>118</sup> dies., S. 38

## 6. Die neue Bundesregierung

Nachdem die schwarz-gelbe Koalition am 27. September 1998 abgewählt worden war, setzte die SPD mit Bündnis 90/ Die Grünen auf eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es wurden einige von CDU und FDP verabschiedete Reformvorhaben wie die Rentenkürzung oder die verringerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rückgängig gemacht.

Mit einem Sofortprogramm „( Jump- Jugend mit Perspektive)“<sup>119</sup> zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit wollte die neue Regierung ein positives Signal setzen. Das es der Regierung aber vorrangig um den quantitativen Rückgang der Zahlen ging, wird später mit der Einführung der Hartz Gesetze deutlich werden.

Die Gründung „[...] des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit [...]“<sup>1998</sup> stellte neben dem schon im Wahlkampf erwähnten Begriffes der „Gerechtigkeit“ die „Innovation“ in den Mittelpunkt. Durch gezielte Investitionen in Bildung, Wissenschaft und (angewandte, wirtschaftsnahe) Forschung sollte der Kostensenkungswettbewerb mit den „sogenannten Niedriglohnländern“ zugunsten von neuen Arbeitsplätzen in Deutschland durch einen Innovationswettbewerb gewonnen werden.

Das Bündnis war der Kritik ausgesetzt, dass dieses keinesfalls im Sinne einer neuen „Sozialpartnerschaft“ entstanden war, sondern in erster Linie darauf zielte, einseitige Vorteile deutscher gegenüber ausländischen Weltmarktkonkurrenten zu erreichen.<sup>120</sup>

Natürlich darf das „Bündnis für Arbeit“ nicht aus den Augen gelassen werden, da in diesem die Grundsteine für eine neue Arbeitsmarktpolitik gelegt werden sollten. Das erste, 1996 durch Vereinbarung geschlossene Bündnis aus Gewerkschaften, Vertretern der Wirtschaft und Politik, mit dem Ziel gewerkschaftlicher Lohnzurückhaltung, bei gleichzeitiger Arbeitsplatzverpflichtung scheiterte allerdings schon nach wenigen Monaten am Austritt der Gewerkschaften. Die damalige Schwarz- Gelbe Bundesregierung war nicht bereit, auf Kürzungen von

---

<sup>119</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 126 f.

<sup>120</sup> ders., S. 163



sozialpolitischen Grundwerten, (u.a. die gesetzliche Lohnfortzahlung oder den Kündigungsschutz) zu verzichten.<sup>121</sup>

Als das letzte Treffen des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ im Januar 2002 stattfand, befand sich die deutsche Parteienlandschaft bereits wieder im Wahlkampf und die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ kurz vor der Gründung. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die erste Legislaturperiode geprägt war durch Kommissionen, die sich überwiegend aus Vertreter/innen von Arbeitgeberverbänden, Unternehmen, Consulting-Firmen, Gewerkschaften, Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern zusammensetzte<sup>122</sup>. Erste Reformen wurden ausgearbeitet, die sich im Laufe der nächsten Legislatur zu einem weiteren Umbau des Sozialstaates ausweiten werden. Einen wichtigen Stellenwert bekam auch der demographische Wandel.

Diese zwar bekannte, doch lange wenig berücksichtigte Entwicklung in der deutschen Gesellschaft wurde nun durch Gründung von Kommissionen wie der Riester- oder der Rürupkommission politisch bearbeitet. (siehe Kapitel 7.)

## 6.1 Der „Wendepunkt“?

Um die Beschaffenheit der Sozialdemokratie besser verstehen zu können, ist es wichtig auf die zur damaligen Zeit „herrschenden“ Gegebenheiten näher einzugehen.

Mit dem sozialdemokratischen Sieg von Tony Blair 1997 in Großbritannien kam es in den Folgejahren zu einem Wiedererstarken der Sozialdemokratie in der Europäischen Union. Die Sozialdemokraten stellten zu diesem Zeitpunkt 11 der 15 Regierungschefs. Großbritannien, geprägt durch die Regierungsjahre von Margaret Thatcher hatte in den 1980er Jahren eine grundlegende Neuausrichtung erfahren. Vom ehemals „Kranken Mann Europas“<sup>123</sup> erholte sich die Wirtschaft. Die Konservative Partei unter der „Eisernen Lady“ Thatcher setzte ab den frühen 1980er Jahren voll auf Privatisierung und aktivierende Arbeitsmarktpolitik.<sup>124</sup>

---

<sup>121</sup> BpB, 2010 (Internetquelle)

<sup>122</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 170

<sup>123</sup> IAB, 2010 (Internetquelle)

<sup>124</sup> vgl. *Sakowsky*, 1992, S. 130 und 210

Durch die von Thatcher angestoßenen Reformen im Bereich ehemaliger Staatsfirmen hatte sich die Gesellschaft in den 18 Regierungsjahren zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Klassische Arbeitermilieus lösten sich auf, typisch linke und rechte Themen verschwammen, was auch Tony Blair veranlasst hat, sich zunehmend an einer neuen Zielgruppe der: „Middle income, middle Britain“ zu orientieren.<sup>125</sup> Der sogenannte „dritte Weg“ sollte dabei als Erklärungsansatz dienen. Der Terminus „dritter Weg“ hat dabei keine spezifische Bedeutung, war aber ein in der Geschichte oftmals verwendeter Begriff<sup>126</sup> welcher in diesem Zusammenhang als Alternative zu dem in der damaligen Politik üblichen zwei Wegen, Sozialismus und Kapitalismus verstanden wurde. Dieser sollte dabei die entscheidene Weichenstellung für die Neuausrichtung zwischen alter Sozialdemokratie und der bloßen Fortsetzung des Neoliberalismus bzw. des Neokonservatismus der Politik von Margaret Thatcher sein.<sup>127</sup>

Anthony Giddens formulierte in seinem Buch die Erklärung des „Dritten Weges“ wie folgt. „Unter dem „dritten Weg“ verstehe ich eine Theorie und eine politische Praxis mittels deren sich die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen in der Welt innerhalb der letzten zwei oder drei Jahrzehnte Rechnung trägt.“<sup>128</sup> Das es dabei nicht nur um die wirtschaftlichen Veränderungen in der globalisierten Welt ging zeigt, dass zu den 5 von Giddens genannten „Fünf Dilemmata“ auch die Individualisierung gehörte. Die Sozialdemokratie, geschichtlich gesehen dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, musste sich auf diese erst neu einstellen. Die Beteuerung zur Gegensteuerung von sozialer Ungleichheit, unterminierte sie allerdings sofort wieder mit Vorschlägen, welche dann im Schröder Blair Papier gemacht wurden.

Das der „dritte Weg“ der Sozialdemokratie unkritisch gesehen wurde, erläutert Giddens in seinem Buch „Das jüngste Wiederauftauchen des „dritten Weges“ bei [...] Tony Blair ist von den meisten kontinentalen Sozialdemokraten sehr zurückhaltend aufgenommen worden[...]“<sup>129</sup>, weiter heißt es „[...] Kritiker halten einen dritten Weg in dieser Gestalt lediglich für einen aufgewärmten Neoliberalismus.“<sup>130</sup> Das zeigt sich unter anderm daran, dass Menschen nun als

---

<sup>125</sup> vgl. *Giddens*, 1999, S.58

<sup>126</sup> vgl. *Walter*, 2010, S. 45 f.

<sup>127</sup> ders., S. 47

<sup>128</sup> *Giddens*, 1999, S. 38

<sup>129</sup> ders., S. 38

<sup>130</sup> ders., S. 38

„Humankapital“ bezeichnet wurden und es galt dieses durch [...] Aus- und Weiterbildung [...] fortwährend [zu] qualifizieren.<sup>131</sup>

## 6.2 Das Schröder- Blair Papier

Gerhard Schröder nahm die Ideen des von Tony Blair eingeschlagenen dritten Weges auf und verfasste mit ihm das Schröder- Blair Papier. Auch hinter diesem Papier standen die Erfahrungen der 90er Jahre, in denen es zu einer Auflösung des Sozialismus und dem damit einhergehenden Fall des Eisernen Vorhangs und der Krise des Neoliberalismus kam.<sup>132</sup> Aus diesem Grund erarbeiteten die Vertrauten des Premierministers, Peter Mandelson und Kanzleramtsminister Bodo Hombach gemeinsam mit den Regierungschefs ein Papier, welches unter dem Namen Schröder-Blair Papier bekannt geworden ist. Da die Menschen, wie Schröder und Blair es in ihrem Vorschlag sagen, die Weltsicht nicht mehr nach Links und Rechts einteilen, wird der Weg für die „Neue Mitte“ frei.

Dieses Links Rechts Schema, war natürlich auch auf das Wahlverhalten der Menschen gerichtet. Die Sozialdemokraten in Europa waren in den 1990er Jahren zwar an vielen Regierungen beteiligt, allerdings kam es durch Auflösung von Klassenverhältnissen zu Verschiebungen der Wählerschichten.<sup>133</sup> Unter anderem wurde die verstärkte Individualisierung als verantwortlich ausgemacht. Die Politik von Margaret Thatcher und der wiederaufkommende Neoliberalismus bekräftigten diese Entwicklung.<sup>134</sup>

Die Vorschläge die der „Dritte Weg“ unterbreitete, versuchte nun diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Zentrale Bedeutung erlangte dabei die „Neue Mitte“. Diese von Gerhard Schröder dem „Dritten Weg“ entlehnten Bezeichnung, richtete sich an die Menschen, die nach Meinung von Schröder, „mit dem raschen Wandel der Gesellschaften leben und zurechtkommen müssen.“<sup>135</sup> Der Wandel hatte in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. Hier sollte der neue aktivierende Staat ansetzen, er

---

<sup>131</sup> vgl. *Walter*, 2010, S. 52 f

<sup>132</sup> vgl. *Dörre, Panitch, Zeuner*, 1999, S. 9

<sup>133</sup> vgl. *Giddens*, 1999, S. 32

<sup>134</sup> ders., S. 48- 49

<sup>135</sup> Schröder- Blair Papier, 2010 (Internetquelle)

orientierte sich schließlich am Individuum. Dazu wurde z.B. die Losung ausgegeben, dass „moderne Sozialdemokraten [...] das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln [wollen].“<sup>136</sup>

Eine gewisse Veränderung des Bildes vom Menschen wird dadurch deutlich, dass sich die Werte die die Sozialdemokraten in ihrer langen Geschichte (siehe nächstes Kapitel) vertreten haben, änderten. Es wird von einem universellen Sicherungsstreben abgewichen und gleichzeitig auch mit Verweis auf Individualisierung mit Werten wie „persönliche Leistung und Erfolg sowie Unternehmergeist und Eigenverantwortung“ unterfüttert.<sup>137</sup>

Die Selbstbezeichnung als „moderne Sozialdemokraten“ folgte demnach auch einer Denkrichtung, die es nicht in ihrer Macht sah Arbeitsplätze zu schaffen. So geht aus dem Schröder- Blair Papier hervor, welchen Einfluß die Politik haben könne und welchen Rang die Wirtschaft einnehmen müsse. Auf diese Weise kommen Formulierungen in diesem Papier zustande wie diese:

„Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde über-, die Bedeutung des einzelnen und der Wirtschaft bei der Schaffung von Wohlstand unterschätzt.“<sup>138</sup>

Somit kann eine Verantwortungsübergabe von der Politik auf die Wirtschaft erklärt werden und zeugt davon, dass mit einem alten sozialdemokratischen Modell der „marktgetriebene Kapitalismus“ nicht mehr gezügelt werden kann.<sup>139</sup>

Einhergehend mit diesem Kapitalismus ist dann auch eine weitere Einlassung im Schröder- Blair Papier zu finden, welche sich wirtschaftsorientiert lesen läßt. „In einer Welt immer rascherer Globalisierung [...] müssen wir Bedingungen schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.“ Die damit verbundenen „flexiblen Märkte“ sind auch wieder ein modernes Sozialdemokratisches Ziel.<sup>140</sup>

Nach der Vorstellung des Schröder-Blair Papiers im Juni 1999 wurde durch den neuen Bundesfinanzminister Hans Eichel zum 22. Dezember 1999 das „Gesetz zur

---

<sup>136</sup> Schröder- Blair Papier, 2010 (Internetquelle)

<sup>137</sup> ebd. (Internetquelle)

<sup>138</sup> ebd. (Internetquelle)

<sup>139</sup> vgl. Dörre, Panitch, Zeuner, 1999, S. 7

<sup>140</sup> Schröder- Blair Papier, 2010 (Internetquelle)

Sanierung des Bundeshaushaltes“ beschlossen. In der Einkommenssteuerreform vom Juli 2000 wurden punktuelle Erhöhungen des Kinder- und Wohngeldes beschlossen. Es war aber auch klar, dass Kapitalgesellschaften besser gestellt werden würden. Denn eine Politik gegen die Interessen der Wirtschaft, wie es Gerhard Schröder beschrieb, könne nicht durchgeführt werden.<sup>141</sup>

Das die anstehenden Modernisierungen nicht ohne Kürzungen im sozialen Sektor vonstatten gehen würden, bei immer wiederkehrender Mahnung an Flexibilität wurde in diesem Konzept deutlich. Dem Arbeitsmarkt kam dabei eine besondere Bedeutung sowohl aus deutscher wie aus europäischer Sicht zu. Die Wettbewerbsfähigkeit aus Sicht der Märkte sollte erhalten bleiben. Es mussten alle Menschen, auch solche die eine geringere Qualifizierung aufwiesen, einbezogen werden. Dahinter war erkennbar, dass auf der einen Seite die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit hervorgehoben wurde, auf der anderen Seite der Sozialstaat entlastet werden sollte. In dem Papier wurde wiederum ebenso deutlich gemacht, dass es auch im Interesse des Einzelnen liegen muss zu arbeiten. Unterstützung von Seiten des Staates sollte es nicht ohne Gegenleistungen geben.<sup>142</sup>

Diese Eigenverantwortung und eine damit einhergehende Forderung nach Gegenleistungen wie verstärkter Bemühungen bei der Arbeitsplatzsuche, wird sich später in der Agenda 2010 wiederfinden. Eine neue soziale Gerechtigkeit sollte durch einen Umbau des Sozialsystems erreicht werden. So ist unter anderm auch der Gedanke, das Menschen ohne Arbeit sich dem Allgemeinwohl verpflichtet sehen, mit diesem Begriff besetzt.

Das Konzept für eine „moderne Sozialdemokratie“ war allerdings nicht unumstritten. Einige sahen in diesem „dritten Weg“ gar die Aufgabe der Sozialdemokratie von ihrem Verständnis des Staates , der dem Gemeinwohl und der organisierten Sozialpartnerschaft verpflichtet war und diene damit den neoliberalen Ideen.<sup>143</sup> Eine neue Färbung der sich verändernden sozialen Gerechtigkeit lässt sich so auch im Schröder Blair Papier entdecken.

---

<sup>141</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S. 166 f.

<sup>142</sup> vgl. *Dörre, Panitch, Zeuner*, 1999 S. 10 und 11

<sup>143</sup> vgl. dies., S. 133

„Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben.“<sup>144</sup>

Damit wird nun ein neuer Einschlag befürwortet, der nicht auf die Höhe der Mittel gerichtet ist, sondern auf die effiziente Verteilung.

Auch hier ist die Stärke der Gesellschaft für eine Hilfe zur Selbsthilfe erwähnt.<sup>145</sup>

Geschichtliche Errungenschaften wie eben diese soziale Gerechtigkeit werden so unterminiert und herabgesetzt.

Der Vater des „Dritten Weges“ Anthony Giddens bemängelt an diesem Papier, dass hier zu wenig auf soziale Ungleichheiten und die gleichzeitige Macht der Konzerne eingegangen wurde.<sup>146</sup>

Die sozialen Ungleichheiten, die die weiter ausgebaute Angebotspolitik mit sich brachte, wurden mit einem passenden Sozialmodell ergänzt, welche auch eine verstärkte Privatisierung von öffentlichen Gütern, sowie einem auf Effizienz gerichteten Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsektor mit sich brachte.<sup>147</sup>

Genauere Regeln, wie dieses umgesetzt werden sollte, wurden mit der Einführung der Agenda 2010 veröffentlicht.

Die Sozialdemokratie in Deutschland hat sich den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst. Wie sie dies aber tat, soll in den folgenden Seiten eingehender thematisiert werden. Dazu besteht die Notwendigkeit, das Menschenbild der SPD über die fast 140 Jährige Geschichte hinweg nachzuzeichnen.

### **6.3 Das Menschenbild der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Auch die SPD hat, wie alle anderen Parteien in Deutschland, ein konstruiertes Menschenbild. Um einen Einblick in das Leben der Partei zu bekommen wird ein kurzer historischer Abriss notwendig sein, der aufzeigen wird, welche Veränderungen es in der langen Tradition der Partei gab. Die SPD gibt sich, wie alle Parteien, Programme. Für die Historikerin Susanne Miller sind vor allem zwei

---

<sup>144</sup> *Walter*, 2010 S. 49

<sup>145</sup> Schröder- Blair Papier, 2010 (Internetquelle)

<sup>146</sup> vgl. *Walter*, 2010, S. 49

<sup>147</sup> vgl. *Dahme*, 2008, S. 13

Programme von besonderer Bedeutung. Sie nennt sowohl das „Erfurter“- und das „Godesberger“ Programm.<sup>148</sup> Im „Erfurter Programm“ von 1891 wurde der Marxismus als eine Parteitheorie in das Programm übernommen.<sup>149</sup>

In einer Chronologie der SPD heisst es dazu, es „[...] lehnte sich in seinem theoretischen Teil an die Gesellschaftsanalyse von Marx und Engels an und fordert in seinem praktischen Teil unverzügliche, tiefgreifende Reformen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.“<sup>150</sup> Als Wegbereiter dieser Theorie des Sozialismus war August Bebel, einer der Gründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, maßgeblich an der Erarbeitung des „Erfurter Programms“ beteiligt<sup>151</sup>. Die Anhänger der SPD, vorallem Menschen aus der Arbeiterbewegung, waren dem wissenschaftlich- technischen Fortschritt verpflichtet. Bebel zeichnete, diesen Fortschrittsgedanken so nach, dass er in der Anthropologie fündig wurde. Aus diesen Erkenntnissen entwickelten sich seine Gedanken, welche auch einen gesellschaftlichen Aspekt hatten, welcher im Sozialismus fest verankert ist. Die These, das der Mensch von Natur aus gut ist, lässt sich nun wiederum an der eben erwähnten Gläubigkeit und an der Verpflichtung für die Wissenschaft und den Fortschritt festmachen. Seine Idee einer „Zukunftsgesellschaft“ fusst damit auf der These der Natur des Menschen. Susanne Miller schreibt zu dieser Zukunftsgesellschaft, das es einen Zustand geben wird, „[...] in dem es keinen Besitz an Privateigentum mehr geben wird.“ Weiter heisst es, dass sich in einer menschlichen Gesellschaft jeder nach seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten betätigen wird.

Die Thesen von August Bebel sahen in den äußeren Umständen die Gefahr der gesellschaftlichen Auflösung. Als Hauptverantwortlicher wurde der Kapitalismus ausgemacht. Bildung, die durch Schaffung von Einrichtungen wie Bibliotheken erreicht werden sollte, war so schreibt es Susanne Miller, ein Weg um den Menschen gewerkschaftlich und politisch die Möglichkeiten zu eröffnen den Klassenkampf voranzutreiben.<sup>152</sup>

Die Ideen dieser sozialistischen Gesellschaft, wie sie August Bebel aufzeigte, sind zwar nicht in die offizielle Theorie übernommen worden, doch hatten sie einen

---

<sup>148</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004 S. 76

<sup>149</sup> dies., S.76

<sup>150</sup> SPD, 2010 (Internetquelle)

<sup>151</sup> DHM, 2010 (Internetquelle)

<sup>152</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004 S. 77 ff.

ebenso großen Einfluß auf die Partei, wie die Auseinandersetzung mit den Kirchen.<sup>153</sup>

Zwischen den, in Millers Augen, zwei wichtigsten Programmen der SPD lagen 68 Jahre. Diese Jahre waren geprägt durch innerparteiliche Spannungen, was die Gründung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschland (USPD) nach sich zog. Für Miller war auch die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918/19 (KPD) eine Schwächung für die SPD.

Der Marxismus fand im neuen Grundsatzprogramm von 1959 keine Erwähnung mehr.

Das es keine Wiederauflebung des Marxismus gab, war Miller zufolge der „[...] Existenz des zweiten deutschen Staates, der DDR [...]“ geschuldet.<sup>154</sup>

Das Menschenbild ist zwar noch nicht explizit erwähnt, doch finden sich in diesem Programm, geprägt durch den zweiten Weltkrieg und die nach 1945 eingeleitete Teilung Deutschlands, Passagen, die vom „Gutsein“ des Menschen Abstand nehmen.<sup>155</sup>

Es sollte aber noch weitere 40 Jahre dauern, bis die SPD auch in ihrem Parteiprogramm explizit auf das Menschenbild einging.

In den Jahren zwischen dem „Godesberger“- und dem „Berliner“ Programm von 1989 lieferte die SPD, anders als die Christlich Demokratische Union (CDU) die sich bereits in den 50er und 60er Jahren auf ihr christliches Menschenbild berief, nur einen, nach Millers Aussage, „Orientierungsrahmen“ der Angaben über ein sozialdemokratisches Menschenbild enthielt.<sup>156</sup>

In diesem „Orientierungsrahmen“ wird anders als bei der CDU nicht auf ein explizit christliches Menschenbild eingegangen. Vielmehr berufen sich die Sozialdemokraten auf den Menschen als Naturwesen. Hier heißt es, dass der Mensch sowohl Natur-, Gemeinschafts-, als auch Individualwesen ist, er aber nur in Gemeinschaft seine Individualität entfalten kann. Ebenso dazu gehört ein Bekenntnis zur Demokratie, die aufbauend auf die drei vorher genannten Eigenschaften möglich und nötig ist.<sup>157</sup>

---

<sup>153</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004 S. 78

<sup>154</sup> dies. 82

<sup>155</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004 S. 83

<sup>156</sup> dies. S. 84

<sup>157</sup> vgl. FES, 2010 (Internetquelle)



Sie sind dabei weiterhin dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, der sich im Programm durch explizite Erwähnung wiederfindet und welcher in der Ausgestaltung z.B. einen Gerechtigkeitsbegriff definiert, der mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen fordert.<sup>158</sup>

#### 6.4 Zusammenfassung

Die Rot – Grüne Koalition begann ihre Arbeit im Jahre 1998 mit dem erklärten Ziel eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuleiten. Der Wettlauf im Zeitalter der Globalisierung sollte durch einen Innovationswettbewerb gewonnen werden. Dazu war unter anderem ein Bündnis für Arbeit gegründet worden, welche durch gezielte Vorschläge für Investitionen in Bildung und Wissenschaft die hohe Zahl der Arbeitslosenzahlen verringern sollte. Darüber hinaus und mit der Vorlage des Schröder- Blair Papieres sollte der dritte Weg beschritten werden. Es handelte sich dabei um eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie. Tony Blair beschrift diesen Weg als Gegenentwurf zu Margaret Thatchers wirtschaftsliberalen Kurs. Er orientierte sich dabei an einer neu entstandenen Mittelschicht. Die klassischen Arbeitermilieus, wie es sie auch in Deutschland gab, und welche die Stammwählerschaft der Sozialdemokraten ausmachte, lösten sich sukzessive auf.

Der Fokus des „dritten Weges“ lag dabei auf einer gemischten Wirtschaft.<sup>159</sup>

Sie sollte bessere Synergieeffekte zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor ermöglichen. Die Europäische Union spielte dabei eine entscheidende Rolle. Ihre Aufgabe sollte es sein, eine stärkere Liberalisierung des Welthandels durchzusetzen. Allerdings ergab sich ein Ungleichgewicht im Bezug auf Öffnung der Märkte und sozialer Sicherheit. Ein Sicherheitsnetz aus Ansprüchen sei in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umzuwandeln.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Veränderung des Menschenbildes in der SPD zu erkennen. Sie verabschiedete sich allmählich von den Traditionen der „alten“ Sozialdemokratie. In den Anfangsjahren, war sie einem Sozialismus verpflichtet der sich als Gegenentwurf zu einem sich ausbreitenden Kapitalismus verstand. Darin war der Mensch als grundsätzliches gutes Naturwesen erwähnt,

---

<sup>158</sup> vgl. FES, 2010 (Internetquelle)

<sup>159</sup> Giddens, 1999 S. 117

welches nur in Gesellschaft seine volle Ausprägung finden kann. Daher kam auch der starke Klassengedanke und die damit verbundene Solidarität.<sup>160</sup>

Eines der wichtigsten Parteiprogramme, das „Godesberger“ Programm welches Ende der 1950er Jahre verfasst wurde, legte sich auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest. Mit den Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg, wurde das Gutsein des Menschen aber aus dem Programm gestrichen.

Die Bekenntnis zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus lässt erkennen, dass jedem Menschen die Freiheit zugestanden werden sollte sich in einem gesellschaftlichen System entfalten zu können.

Ein explizites Menschenbild war aber erst in einer überarbeiteten Version des Berliner Programms 1998 erschienen.

---

<sup>160</sup> vgl. Meyer, Vorholt, 2004, S. 78

## 7. Bedeutende Veränderungen durch die Agenda 2010

Die Reformvorschläge der Hartz- Kommission haben zu einem umfangreichen Umbau im Sozialsystem geführt. Die Neuregelungen im Bereich der Rente und des Gesundheitssystems waren dabei ein gewichtiger Teil und werden daher in diesem Kapitel gesondert betrachtet.

Darüber hinaus werden die „vier Gesetze zur modernen Dienstleistung am Arbeitsplatz“ vorgestellt und erläutert.

### 7.1 Die Rente - Riester Reform

Das sich die Deutsche Gesellschaft zu einer immer älter werdenden entwickelt, ist kein Alleinstellungsmerkmal. In vielen Industrienationen, sind diese Veränderungen zu beobachten. Für Deutschland werden vielfältige Ursachen für diesen Trend genannt. Sowohl der Rückgang der Geburtenzahlen, als auch die steigende Lebenserwartung, werden als Gründe angeführt.<sup>161</sup> Daher wird auch im Grundsatzprogramm unter der Überschrift „freie, gerechte und solidarische Gesellschaft“<sup>162</sup> dem demographischen Wandel Rechnung getragen

Der Generationenvertrag<sup>163</sup> für die Rente, ein als „Umlageverfahren“<sup>164</sup> gedachtes Instrument kann nicht mehr aufrecht erhalten werden, da „[der Anteil der Kinder und Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von ca. einem Drittel im Jahre 1950 auf ein Fünftel im Jahre 2004 gesunken]“<sup>165</sup> ist.

Da diese Veränderung nicht ohne Folgen bleiben konnte, sah sich die neue Bundesregierung dazu veranlasst, auch hier gegenzusteuern.

Im Jahre 2001 kam es zu einer Rentenreform (ugs. Riester Rente), die auf Grundlage von Vorschlägen des damaligen Bundesarbeitsministers Walter Riester

---

<sup>161</sup> vgl. *Geißler*, 2006, S. 54 f

<sup>162</sup> Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1998

<sup>163</sup> Als Generationenvertrag wird ein Sachverhalt bezeichnet, der darauf abzielt, dass erwerbstätig Generationen über Beiträge zur Rentenversicherung im Wesentlichen die Renten der Ruhestandsgeneration bezahlen. (vgl. *Geißler* 2006 S. 55)

<sup>164</sup> vgl. *Geißler*, 2006, S. 55

<sup>165</sup> ders., S. 54

verabschiedet wurde. Sie diene anfänglich vor allem der Stabilisierung der Beiträge im Alterssicherungssystem. Neu an dieser Umgestaltung, war das dem bisherigen Versorgungsmodells bestehend aus betrieblicher und gesetzlicher Rente, eine private Säule hinzugefügt worden war. Private Vorsorge, sollte eine gleichwertigen Stellenwert erhalten. Das Gesetz „[gewährt zur Förderung der Eigenvorsorge Staatszuschüsse und Steuervergünstigungen]“.<sup>166</sup>

Für diese private Vorsorge in Form einer Kapitaldeckung ist es notwendig, einen Altersvorsorgevertrag abzuschließen. Um die maximale Förderung zu erhalten, ist ein Mindesteigenbeitrag zu entrichten.

Die Riesterrente, so konsterniert Albrecht Müller, erreicht aber nur einen Teil der Gesellschaft.<sup>167</sup> Menschen mit geringem Einkommen und SozialhilfebezieherInnen profitieren dabei überhaupt nicht von dieser für sie wichtigen Zusatzrente, da sie den Eigenanteil nicht leisten können. Nach der Ansicht von Rainer Gansmann stellt dies einen weiteren Schritt zur Entsolidarisierung dar.<sup>168</sup> Nutznießer sind Butterwegge zufolge, vor allem Versicherungskonzerne und Banken, die sich damit auch ein neues Geschäftsfeld erschließen konnten.<sup>169</sup>

Darüber hinaus wurde das Renteneintrittsalter durch ein „Rentennotprogramm“ im Jahre 2003 schrittweise von 60 bzw. 63 auf 65 Jahre hochgesetzt.<sup>170</sup>

Wenn die Menschen doch früher in Rente gehen wollten, sollte es einen Abschlag auf die monatliche Rate geben.

## 7.2 Die Gesundheitsreform

Das erste Resultat des Gesetzgebungsprozesses der von Gerhard Schröder ausgelobten Agenda 2010 war das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG).

Das Gesetz sah vor, wie schon vorher von den Regierungsparteien propagiert und auch in der oben erwähnten Riesterreform deutlich geworden, das die „Selbstverantwortung“ und „Eigenbeteiligung“ gestärkt werden sollte. Darüber

---

<sup>166</sup> Pils, 2004, S. 169 ff.

<sup>167</sup> vgl. Müller, 2006, S. 132

<sup>168</sup> vgl. Gansmann, 2009, S. 188

<sup>169</sup> vgl. Butterwegge, 2006, S. 183

<sup>170</sup> BMAS, 2010 (Internetquelle) und Pils, 2004, S. 218

hinaus sollte es eine Bündelung geben und die Kosten durch (unnütze) Untersuchungen durch Fachärzte reduziert werden. Bestandteil dieses Gesetzes war zum Beispiel die Einführung der Praxisgebühr. Diese wird einmal im Quartal an den Hausarzt entrichtet. Damit einhergehend wurde auch das Hausarztmodell eingeführt. Der Hausarzt sollte ab dem 1. Januar 2004 die erste Anlaufstelle für Patienten sein. Ziel dieses Gesetzpaketes war es, durch eben diese Beteiligungen, sowie durch Zuzahlungen bei Medikamenten, Krankenhausaufenthalten und Kuren, die Krankenversicherungsbeiträge auf unter 13% zu senken.

Die paritätische Aufteilung der Krankenkassenbeiträge auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber entlastete zwar die letztgenannten, die Arbeitnehmer mussten durch die Einführung der Praxisgebühr aber faktisch mehr zahlen.<sup>171</sup> Des Weiteren werden die Kosten für das Krankengeld seit Juli 2005 von den Versicherten allein getragen, was den Anteil der Krankenkassenbeiträge um 0,5% an den Lohnnebenkosten erhöht hat.<sup>172</sup>

---

<sup>171</sup> vgl. *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S.80f

<sup>172</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S. 189

## 8. Zweite Legislatur von Rot- Grün

Nachdem Gerhard Schröder mit seiner SPD und dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen 2002 die Wahl gewonnen hatte, konnte die Regierung ihre Arbeit fortsetzen. Die „Kommission für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ hatte ihre Arbeit da bereits beendet. Das Regierungsprogramm mit dem Titel „Erneuerung und Zusammenhalt“ setzte wie schon im Schröder- Blair Papier deutlich geworden, ganz auf die „Neue Mitte“.

Mit der Regierungserklärung vom 14. März 2003 wurde die Agenda 2010 offiziell verkündet.

### 8.1 Die „Hartz“- Gesetze

Die Agenda 2010 beinhaltet wie schon im 2. Kapitel beschrieben, vor allem Vorschläge der sogenannten „Hartz“ Kommission. Diese war eingesetzt worden, um Vorschläge für eine Halbierung der Arbeitslosenzahl auf etwa zwei Millionen bis Ende 2005 zu erarbeiten.<sup>173</sup> Die Regierung vollzog mit der Einführung der Gesetze einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Nur wenn alle Möglichkeiten aus eigenen Mitteln die Existenz sichern zu können, ausgeschöpft waren, kann das an die Sozialhilfe angelehnte Arbeitslosengeld II bezogen werden. Damit wurde untermauert, dass das Arbeitslosengeld II eine „staatliche Fürsorgeleistung“<sup>174</sup> war.

Das die Gesetze zur Reform am Arbeitsmarkt für die gesamte Gesellschaft einschneidend werden würden, zeigte auch die Tatsache, dass die Vorschläge in unterschiedliche Gesetespakete gepackt wurden, um zustimmungspflichtige und nicht zustimmungspflichtige Teile der Gesetze zu trennen. Damit sollte der Opposition bestehend aus CDU/CSU und FDP so wenig wie möglich Angriffsfläche für eine Verweigerung im Bundesrat zu geboten werden.<sup>175</sup> Der liberal-konservativen Opposition gingen die Reformvorschläge allerdings nicht weit genug. Da aber ein Konsens mit der Opposition angestrebt war, wurde das

---

<sup>173</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S. 32

<sup>174</sup> dies., S. 290

<sup>175</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 208

Reformprojekt auch in seinen nicht zustimmungspflichtigen Teilen im Laufe des Vermittlungsverfahrens radikalisiert, so dass die Reformen noch einschneidender ausfielen.<sup>176</sup>

Das auch SPD Mitglieder die Reformen so nicht unbedingt mittragen würden, machte ein Sonderparteitag am 1. Juni 2003 deutlich auf dem einige Änderungen vorgenommen wurden.<sup>177</sup> Die Drohung von Kanzler Schröder, seine Zukunft als Parteichef und Kanzler von der Abstimmung abhängig zu machen zeigte unter welchem Druck er damals stand.

## 8.2 Hartz I

Aus den Eckpunkten der „Hartz“ Kommission wurden zunächst zwei Gesetzespakete geschnürt, das erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz (Hartz I) und das zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz (Hartz II) welche am 15. November 2002 nach Verabschiedung durch die Regierungskoalition in den Vermittlungsausschuß mussten. Nach Änderungen von Hartz II stimmte der Bundesrat zu. Bei Hartz I wurde kein Kompromiss gefunden. Rot-Grün drückte das Gesetz mit Kanzlermehrheit<sup>178</sup> gegen den Einspruch der Opposition durch<sup>179</sup> Das Erste der sogenannten Hartz Gesetze trat bereits zum 1. Januar 2003, also noch Monate vor der eigentlichen Verkündung der *Agenda 2010*, in Kraft.

Das Gesetz beinhaltet die Beschleunigung der Arbeitsvermittlung. Die Einrichtung der Personal Service Agenturen (PSA), welche die Arbeitslosen durch Leih- bzw. Zeitarbeit wieder in normale Beschäftigungsverhältnisse bringen sollte, war durch die Reform des Arbeitsförderungsrechts im SGB III geregelt. Mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden Arbeitsverträge abgeschlossen. Sie befinden sich für der Dauer der Anstellung in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Im Unterschied zu gewerbsmäßigen Verleihunternehmen wie Manpower, Adecco oder Randstad, werden die Arbeitnehmer bei den PSA durch die Bundesagentur für Arbeit weitergebildet.

---

<sup>176</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S.188

<sup>177</sup> ders., S. 208

<sup>178</sup> Kanzlermehrheit: Mehrheit, die eine Stimme mehr als die Hälfte der Bundestagsmitglieder ausmacht; absolute Mehrheit. (Duden, 2007 (Internetquelle))

<sup>179</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S. 35

Allerdings sind die Arbeitsverträge stets befristet und der Arbeitnehmer muss jederzeit bereit sein zu einem Entleiher zu wechseln. Wenn sie dies ablehnen, besteht die Gefahr der Sanktionierung, die veränderten Zumutbarkeitskriterien lassen dies zu.<sup>180</sup>

Ein weiterer Teil dieses Gesetzes war die Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Dies sah vor, dass „verliehene“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 12. Monat Zugehörigkeit bei einem Betrieb die gleichen Arbeitsbedingungen erhalten sollten. Der Einwand der Gewerkschaft verhinderte dies allerdings. Zugeständnisse wurden allerdings beim Kündigungsschutz gemacht.

Nunmehr galten die gleichen Arbeitsbedingungen schon ab dem 1. Arbeitstag. Der Grundsatz „Equal Pay“<sup>181</sup>, blieb zwar formal erhalten, „[...] durch Tarifverträge im Zeitarbeitsbereich wurde aber festgeschrieben, dass Leiharbeiter/innen weniger verdienen als ihre KollegInnen in den Firmen, die als entleihender Vertragspartner einer Personal- Service- Agentur auftraten.“<sup>182</sup>

Der Vorsitzende Richter am Bundesarbeitsgericht Franz Josef Düwell stellt fest, dass die arbeitsmarktpolitischen Erfolge, durch den von Peter Hartz propagierten „Klebeffekt“<sup>183</sup> der vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung nicht eingetreten waren.<sup>184</sup>

Auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sollten nach diesem neuen Gesetz besser gefördert werden. Dazu sieht das Gesetz vor, Firmen, die ältere Menschen einstellen wollen, umfangreiche Zuschüsse im Bezug auf Leistungen zur Arbeitsförderung und der Entgeldsicherung zu gewähren. Damit sollten Einstellungsbarrieren abgebaut werden und ältere Menschen ermutigt werden, auch geringer vergütete Arbeitsstellen anzunehmen.

Notwendig wurden diese Regelungen, da die Altersgrenze für einen vollständigen abzugsfreien Rentenbezug auf 63 Jahre angehoben worden war.<sup>185</sup>

---

<sup>180</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S.69

<sup>181</sup> Equal Pay: gleicher Lohn für gleiche Arbeit

<sup>182</sup> *Butterwegge*, 2006, S.190

<sup>183</sup> *Merkel u.a.*, 2006, S. 179

<sup>184</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S. 68

<sup>185</sup> dies. 245



### 8.3 Hartz II

Das zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz trat ebenso wie das erste der sogenannten Hartz Gesetze mit dem 1. Januar 2003 in Kraft.

Die Ermöglichung von Ich AG's und die Einführung von „Mini“ und „Midi“ Jobs, ist ebenso Teil dieses Gesetzes, wie die Neuregelung von Sperrzeiten für die Leistungszahlung bei Arbeitsablehnung oder Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen und die Ausweitung von Zumutbarkeitsregelungen im Zusammenhang mit einer höheren Mobilität. Der rechtliche Rahmen für die Einführung der Personal- Service- Agenturen ist auch ein Teil des Gesetzes.

Die neuen Regelungen zur Einführung der PSA hatten zur Folge, dass damit auch der Wettbewerb zwischen privaten Bildungsträgern erhöht wurde. Mit der gleichzeitigen Einführung von Bildungsgutscheinen sollte die Eigenverantwortung der Weiterbildungsteilnehmerinnen und Weiterbildungsteilnehmer gestärkt werden.<sup>186</sup>

Mit der Einführung der „Ich - AG“ erhoffte sich die Bundesregierung, „[...] einen neuen Schub an marktwirtschaftlicher Dynamik“<sup>187</sup>. Menschen die eine „Ich - AG“ gründen wollten, mussten anfangs kein Konzept oder Finanzplan vorlegen. Später wurde diese Praxis geändert. Nun benötigten die Gründer eine Geschäftsidee und ein klar ausformuliertes Konzept mit Finanzplan für die Umsetzung ihrer Idee.

Die Existenzgründer konnten damit eine Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit (ab 1. Januar 2004 Bundesagentur für Arbeit) erhalten. Die Höchstdauer betrug drei Jahre. Die Zuschüsse zur Selbständigkeit, verringerten sich von Jahr zu Jahr. Bis Mitte 2006, als die Förderung der Ich - AG mit dem Existenzgründerzuschuß zusammengelegt worden ist, gab es nach einer Evaluation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit 400.000 Ich AGs. Demnach sind die Fördermittel überwiegend gut verwendet worden und die Gründer nach 28 Monaten immer noch selbstständig.

---

<sup>186</sup> vgl. BMBF, 2010 (Internetquelle)

<sup>187</sup> Butterwegge, 2006, S.190

Auch haben in der Zeit der Selbstständigkeit mehr Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Job gefunden, als Arbeitslose, die keinen Existenzgründerzuschuß hatten.<sup>188</sup>

„Während die „Ich- AG“ fast unumstritten war, konnten sich die Regierungs- und Oppositionsparteien über die Ausgestaltung der sog. Mini- und Midi- Jobs erst nach langwierigen Beratungen im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat einigen.“<sup>189</sup>

Mit dieser neuen Regelung, sollten geringfügige Beschäftigungen wieder sozialversicherungsfrei werden, so wie sie es bereits vor 1999 waren.<sup>190</sup> Die Einkommensgrenze für Mini Jobs, liegt bei 400€. Bis zu dieser Grenze führen nur die Arbeitgeber pauschal Sozialabgaben für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 15 Stunden in der Woche wurde aufgehoben.<sup>191</sup>

Für die Midi- Jobs mit Einkommen zwischen 400 € und 800 € sind die Sozialversicherungsbeiträge gestaffelt. Ab 800 € wird der volle Satz der Beiträge fällig. Allerdings ließen die Zahlen nicht auf eine quantitative Verringerung der Arbeitslosenzahlen schließen. „Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger profitieren nur am Rande davon, denn für Arbeitslose bieten Mini- und Midi- Jobs in der Regel keine Beschäftigungsalternative, weil der erzielbare Verdienst kaum zur Existenzsicherung ausreicht.“<sup>192</sup> Daher ist ein Nebeneffekt bei der Einführung der Mini- und Midi Jobs zu beobachten. Es übernahmen viele schon Vollzeitbeschäftigte einen dieser Jobs.<sup>193</sup>

Die Bundesregierung hatte mit der Einführung dieser geringfügigen Beschäftigungen auch die Schwarzarbeit im Blick. Menschen, die nur die Möglichkeit sahen, sich neben dem regulären Arbeitsmarkt Geld zu verdienen, sollten wieder in die Legalität geholt werden.<sup>194</sup>

---

<sup>188</sup> IAB, 2010 (Internetquelle)

<sup>189</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S.190

<sup>190</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S. 178

<sup>191</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S.191 f.

<sup>192</sup> ders., S. 192

<sup>193</sup> ders., S. 192

<sup>194</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S. 37

## 8.4 Hartz III

Das dritte Gesetz für moderne Dienstleistung am Arbeitsplatz, wurde am 23.12. 2003 verabschiedet. Mit dem 1.1.2004 trat es in Kraft. Das Gesetz als Teil der Agenda 2010 knüpfte an die zuvor beschlossenen Umgestaltung des Arbeitsmarktes an. Wesentlicher Inhalt war die Umbenennung und Neustrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit in die Bundesagentur für Arbeit.

Ziel war es, die Arbeitslosen effizienter betreuen zu können, statt sie nur zu verwalten. Die Behörde sollte nach Managementkonzepten der Privatwirtschaft zu einem modernen, kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen umgebaut werden.

Die Arbeitssuchenden hießen ab sofort Kunden, die in den neu eingerichteten „Kundenzentren“ nach Kategorien unterteilt, betreut werden sollten. Es wurde in „Marktkunden“, „Beratungskunden“ und „Betreuungskunden“ unterschieden,<sup>195</sup> um den individuellen Bedürfnissen und Problemen gerecht werden zu können.

Die Betreuungsintensität richtet sich nach diesen Kategorien. Dabei sollte der Fokus auf den „Betreuungskunden“ liegen. Hinter diesem Begriff standen und stehen noch immer die Langzeitarbeitslosen, welche den höchsten Bedarf haben.<sup>196</sup>

## 8.5 Hartz IV

Das viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz, wurde ebenso wie das dritte Gesetz im Dezember 2003 verabschiedet. Auch bei diesem Gesetz gab es großes Konfliktpotential. Die linken Abgeordneten der SPD, wollten Nachbesserungen am Gesetzesvorschlag verwirklicht wissen.<sup>197</sup>

Hartz IV, in Kraft getreten im Januar 2005 beinhaltet die am heftigsten umstrittenen Neuregelungen für Leistungsempfänger.<sup>198</sup> Arbeitslosengeldempfänger und erwerbssfähige Sozialhilfeempfänger wurden nun zum neu geschaffenen Arbeitslosengeld II zusammengefasst. Der Satz der

---

<sup>195</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 192

<sup>196</sup> vgl. *Weyand, Düwell*, 2005, S. 42

<sup>197</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 235

<sup>198</sup> vgl. *Dobner*, 2007, S. 116

Bezüge richtet sich nach dem ehemaligen Sozialhilfesatz, in Verbindung mit vormaligen jährlichen Einmalzahlungen, welche sich so auf 345€ pro Monat summierten. Eine Verbesserung brachte die Regelung für die Sozialhilfeempfänger, denn erstmals würden die Beitragszahlungen für Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung vom Staat übernommen werden.<sup>199</sup>

Die Sozialhilfeempfänger hatten darüber hinaus nun einen Zugang zum Arbeitsmarkt, der ihnen vorher teilweise verschlossen war. Es sollten alle Menschen, auch wenn sie nur für drei Stunden am Tag als arbeitsfähig eingestuft worden waren<sup>200</sup>, einen Teil zum gesellschaftlichen Leben beitragen.

Grundsatz dieser Neuregelung war das der funktionierende Sozialstaat die Arbeitslosen wieder in eine Beschäftigung führen sollte. „Fördern und Fordern“ war die Chiffre nach dem bereits Hartz III umgesetzt worden war.<sup>201</sup> Mit Hartz IV war nun der letzte Reformvorschlag von Peter Hartz und seiner Kommission umgesetzt worden. Mit der Einführung des Arbeitslosengelds II wurden auch die sog. „Bedarfsgemeinschaften“ geschaffen. Es sollte wechselseitig füreinander eingestanden werden.

Aus der Broschüre der Bundesregierung „Antworten zur Agenda 2010“ vom November 2003 geht hervor, dass sich die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II „[...] wirksamer als bisher [an der] [...] Familiensituation des Hilfeempfängers [orientiert].“<sup>202</sup>

Für viele der ehemaligen Arbeitslosengeldbezieher gab es nennenswerte Einbußen, bzw. einen völligen Wegfall der Transferleistungen, da nun auch das Einkommen des Partners auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wurde.<sup>203</sup>

Weiter heißt es in der Broschüre der Bundesregierung, dass die Zuverdienstmöglichkeiten verbessert werden.

Dies würde den Anreiz fördern Arbeit aufzunehmen. Für die Langzeitarbeitslosen bedeutete dies, dass sie (im öffentlichen Interesse) Tätigkeiten annehmen mussten, die mit einer sog. „Mehraufwandsentschädigung“ von 1€ oder 2€ vergütet wurde. Fördern und Fordern sah hier vor, dass sie eine

---

<sup>199</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 224

<sup>200</sup> vgl. *Stascheit*, 2007, § 8 SGB II, S. 167

<sup>201</sup> vgl. *Weyand, Düwell* 2005 S. 289

<sup>202</sup> Die Bundesregierung, S. 31

<sup>203</sup> *Merkel u.a.*, 2006 S. 180

Arbeitsgelegenheit angeboten bekommen würden. Wenn sie diese aber ablehnen, könnten sie mit den im zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz beschlossenen Sanktionen belegt werden.

Gerhard Schröder formulierte es in seiner Regierungserklärung mit folgenden Worten: „Niemandem aber wird künftig gestattet sein sich zu Lasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. „Wer zumutbare Arbeit ablehnt [...], der wird mit Sanktionen rechnen müssen.“<sup>204</sup>

Der Anreiz besteht also darin, eine Aufgabe zu übernehmen, welche durch reguläre Arbeitsverhältnisse nicht gewährleistet werden konnte. Der gesellschaftliche Gedanke wird wieder deutlich. Mit den vorher genannten Äußerungen wird aber auch ein Zwangskontext suggeriert. Die Kritik, dass diese Arbeitsgelegenheiten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen würden, wurde lange nicht ernst genommen. Vor wenigen Wochen kritisierte der Bundesrechnungshof, dass durch diese Arbeitsgelegenheiten weniger neue Normalarbeitsverhältnisse (NAV) geschaffen würden als im Zusammenhang mit den entstandenen Kosten erwartet würden, darüber hinaus bestünde die Gefahr, dass immer mehr Aufgaben der Kommunen übernommen würden.<sup>205</sup>

Als Teil des sogenannten Hartz- IV Gesetzes, ist auch die Verkürzung des Bezuges von Arbeitslosengeld umgesetzt worden. Je nach Lebensalter und Vollbeschäftigungszeit werden die Bezüge von Arbeitslosengeld gestaffelt. Ältere Arbeitnehmer über 55 Jahren beziehen demnach maximal 18 Monate Geldleistungen in Höhe von 67% bzw. 60% des zugrundeliegenden letzten Nettoverdienstes.<sup>206</sup> Nach Ablauf dieses Zeitraums fallen die Arbeitslosen auf den geringeren Satz des Arbeitslosengelds II zurück. Laut Schröders Regierungserklärung „[ist] es auch deswegen notwendig, um vor dem Hintergrund einer veränderten Vermittlungssituation Arbeitsanreize zu geben.“<sup>207</sup> Das diese Verfahrensweise auch zum „Bumerang“ werden könnte, beschreibt Frank Pilz. Es können zwar kurzfristig Milliarden Euro eingespart werden, da die älteren Arbeitnehmer auch private Altersvorsorge betrieben haben und diese nun auf das

---

<sup>204</sup> Regierungserklärung, 2010 (Internetquelle)

<sup>205</sup> FAZ, 2010 (Internetquelle)

<sup>206</sup> BA, 2010 (Internetquelle)

<sup>207</sup> Regierungserklärung, 2010 (Internetquelle)

Arbeitslosengeld, nach Abzug von Freibeträgen, angerechnet werden. In Zukunft kann somit aber weniger Geld angespart werden. So ist davon auszugehen, dass der Staat dadurch mehr Leistungen an bedürftige ältere Menschen aufwenden muss.<sup>208</sup> Die Hartz Gesetze weisen somit einen Weg in eine andere Republik.<sup>209</sup>

## 8.6 Zusammenfassung

Die Agenda 2010 hat in vielen Bereichen des Sozialsystems, zu Anpassungen geführt. Im Bereich der Rente ist zu dem bisherigen Generationenvertrag, dem ein Umlageverfahren zu Grunde liegt, sowie den Betriebsrenten, die private Vorsorge hinzugefügt worden. Das Niveau der staatlichen Leistungen sinkt demnach, die privaten Vorkehrungen sollten dies kompensieren.<sup>210</sup>

In der Gesundheitspolitik hat es ebenfalls eine Neuausrichtung gegeben. So wurde die Eigenbeteiligung erhöht, durch Praxisgebühr oder höhere Zuzahlungen bei Arzneimitteln. In Bezug auf die Lohnnebenkosten, die von der Bundesregierung als zu hoch angesehen wurden, gab es eine Verschiebung hin zu mehr Belastung der Arbeitnehmer, wie die alleinige Übernahme der Kosten für das Krankengeld.<sup>211</sup> Arbeitgeber wurden dadurch entlastet. Einen der größten Teile der Agenda 2010 nahmen die Reformen am Arbeitsmarkt ein. Die vier sogenannten Hartz Gesetze beinhalteten die Beschleunigung der Arbeitsvermittlung welche durch Personal Service Agenturen umgesetzt werden sollten (Hartz I). Das zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz, sah die Schaffung von Mini- und Midi Jobs, sowie die Neuregelung von Sperrzeiten und Zumutbarkeitsregeln. Im dritten „Hartz Gesetz“ wurde die Neuausrichtung der Bundesagentur für Arbeit festgelegt.

Die Bundesanstalt für Arbeit sollte in eine moderne Dienstleistungsagentur umgebaut werden. Die damit einhergehende Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, welche im vierten „Hartz Gesetz“ beschlossen war, sollte den Anreiz zur Arbeitsaufnahme und die Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirken.<sup>212</sup>

---

<sup>208</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 210-211

<sup>209</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 202

<sup>210</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S.193

<sup>211</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 216

<sup>212</sup> Agenda 2010 (Internetquelle)

Ziel all dieser Maßnahmen war es Vollbeschäftigung zu erreichen und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

In der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sah die Bundesregierung auch die Möglichkeit die „Stillen Reserven“ zu aktivieren, welche sich auch aus Hoffnungslosigkeit gar nicht mehr arbeitssuchend meldeten.<sup>213</sup>

---

<sup>213</sup> SPD, 2010 (Internetquelle)

## 9. Welche Auswirkungen hat die Agenda 2010 auf die Betroffenen?

Da sich die Arbeit, wie schon in der Einleitung erwähnt, auf die Arbeitsmarktreformen als Teil der Agenda 2010 beschränken soll, wird hier nun auch speziell auf die Auswirkungen auf die Menschen eingegangen, die durch die „Hartz“ Reformen unmittelbar betroffen sind. Gerade die „Hartz- IV“ Reform, also die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, stellte ein neues Menschenbild heraus.

Die Auswirkungen auf die Menschen sind sehr vielschichtig. Die Beschränkung der Arbeit auf die Arbeitsmarktreform war dabei bewußt gewählt, da diese doch am tiefgreifendsten waren. Die Arbeitslosengeld II Empfänger müssen seit Eintreten der Neuerungen, nach dem Konzept des „Fördern und Fordern“, die größten Zugeständnisse machen.<sup>214</sup> Die Bezieher müssen nachweisen, dass sie sich aktiv bemühen, eine neue Arbeit zu bekommen. Daraus ergibt sich für die Betroffenen ein Zwangskontext.<sup>215</sup> Dieser Paradigmenwechsel wird als Workfare statt Welfare beschrieben.<sup>216</sup>

Das Prinzip des „Fördern und Fordern“ impliziert dabei, dass jeder Mensch für sich selbst und auch für seine Familie verantwortlich ist. Durch diese „soziale Grundregel“, wird das Hauptaugenmerk auf die Selbstbestimmung des Menschen gerichtet. Eine Umstellung der Sach- auf Geldleistungen, wie im Fall der ehemaligen Sozialhilfeempfänger, soll diese Selbstbestimmung unterstreichen und gleichzeitig auch einen Freiheitsbegriff untermauern, welcher der Menschenwürde entspricht.<sup>217</sup>

Im Zusammenhang mit dem Fordern, wird ein Sanktionsmechanismus installiert, welcher die Menschen dazu befähigen soll, die Grundregeln der gesellschaftlich wünschenswerten Verhaltensweisen einzuhalten.

Der Freiheitsbegriff und die damit verbundene Menschenwürde steht dadurch nicht auf dem Spiel, allerdings kann damit eine Veränderung vom Bild des Menschen erklärt werden. Der Mensch wird nicht mehr als Freiheitssubjekt

---

<sup>214</sup> vgl. *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S. 91

<sup>215</sup> vgl. *Butterwegge*, 2005, S. 92

<sup>216</sup> vgl. *Dahme*, 2008, S. 14

<sup>217</sup> vgl. *Behrends, Schumann*, 2008, S. 57



wahrgenommen. Stattdessen wird aus ihm ein Funktionsträger, der durch gezieltes Fördern und durch Bereitstellung seiner Arbeitskraft zur Teilhabe an der Gesellschaft befähigt wird.<sup>218</sup>

Die Gesundheitsreform, ein weiterer wichtiger Teil, sollte eine weitere Entlastung des Sozialversicherungssystems bringen. Durch die Reform sollte auch wieder der veränderte Gerechtigkeitsbegriff profitieren. So wurde die Praxisgebühr eingeführt, welche eine zusätzliche Belastung für Geringverdiener, Arbeitslose und Alleinerziehende darstellt. Auch der Bereich der Prävention ist auf die Versicherten übergegangen.

Zuzahlungen im Gesundheitssystem und auch Wahltarife wie sie einige Krankenkassen anbieten, können dabei zu einem Verlust der Solidarität beitragen.<sup>219</sup> Der Krankenstand in Deutschland geht seit Jahren kontinuierlich zurück, ein Grund sind zum einen die gestiegenen Zuzahlungen durch die Praxisgebühr, zum anderen aber auch die Angst, durch eine Krankheit den Arbeitsplatz zu verlieren.<sup>220</sup>

Die gesetzliche Krankenversicherung, stellt nach der Reform eine Grundversorgung zu Verfügung. So fand eine Teilprivatisierung statt, die auch auf die Rente Einfluß nahm.<sup>221</sup>

Durch die Riester Reform wurde die Rente um einen privaten Teil erweitert. Für Geringverdiener, Arbeitslose, ist es allerdings nicht möglich diesen Beitrag zu leisten. Im Zuge dessen wird es in den nächsten Jahren zu einer Altersarmut kommen.<sup>222</sup>

Die Agenda 2010 war so angelegt, dass es zu einem allumfassenden Umbau kam, so sind auch Kinder von den Regeln betroffen. Dabei besonders zu beachten sind die Kinder von Arbeitslosengeld II Empfängern.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist die Gefahr für Armut bei Kindern erhöht.<sup>223</sup>

---

<sup>218</sup> vgl. *Behrends, Schumann*, 2008, S. 72 ff.

<sup>219</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 218

<sup>220</sup> vgl. *Müller*, 2006, S. 154

<sup>221</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S. 192

<sup>222</sup> Böckler Stiftung, 2010 (Internetquelle)

<sup>223</sup> vgl. *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S. 94

## 9.1 Warum sind die Agenda-Reformen notwendig geworden?

Als Gerhard Schröder 1998 nach 16 Jahren Kohlregierung die Kanzlerschaft in einer Koalition mit Bündnis 90/ Die Grünen übernahm, war er einer von vielen Sozialdemokratischen Regierungschefs der Europäischen Union. „Elf der 15 Regierungschefs“ waren Sozialdemokraten, „[...] in zwei anderen nationalen Kabinetten, waren [...] [sie] zumindest als Juniorpartner [...] [beteiligt]“<sup>224</sup>.

Deutschland befand sich zur Regierungsübernahme in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation<sup>225</sup>.

Die Arbeitslosenzahl befand sich im Mittel des Jahres bei 4,38 Millionen<sup>226</sup>.

Schon im „Berliner Programm“ der SPD, in der Leipziger Fassung von 1998 wird ein Schwerpunkt auf die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt gelegt: „Ohne eine neue Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet weiß, wird Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme bleiben.“<sup>227</sup>

Nach Meinung der SPD gab es während der Regierungsjahre der Schwarz-Gelben Regierung unter Helmut Kohl eine Gerechtigkeitslücke, welche die nun regierende SPD schließen wollte, um „die notwendige Modernisierung der politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates mit der uneingeschränkten Aufrechterhaltung des bestehenden Niveaus der Sozialleistungen zu verbinden“.<sup>228</sup> Die Gesellschaft und auch der Staat sollten angeschoben werden, um die aus ihrer Sicht großen Anforderungen meistern zu können. Die Wirtschaft stagnierte, nur mit Wachstum aber, sei es möglich die sozialen Sicherungssysteme erhalten zu können.

Dabei helfen, sollte ein Umdenken in der Sozialdemokratie. Dazu wurde am 8.Juni 1999 das Schröder- Blair Papier vorgestellt.

Tony Blair, der seit 1997 in Großbritannien regierte, hatte mit einer Erneuerung seiner Partei und deren Ausrichtung bereits begonnen. So kamen die Vorschläge, die in diesem Papier erwähnt wurden, aus seiner Sicht aus der politischen Praxis.

---

<sup>224</sup> Franz, 2010, S. 43

<sup>225</sup> WSWS, 2010 (Internetquelle)

<sup>226</sup> Statistisches Bundesamt, 2010 (Internetquelle)

<sup>227</sup> FES, 2010 (Internetquelle)

<sup>228</sup> Becker, Duffek, Mörschel, 2007, S. 55

Gerhard Schröder und sein Adlatus Bodo Hombach setzten diese Ziel mit Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen in einem flexiblen Pragmatismus um. „Wichtig und richtig ist, was funktioniert.“<sup>229</sup> Die Faszination der Globalisierung, war, wie Franz Walter schreibt, „[...] für sie wie eine Naturgewalt, die man nicht aufhalten, nicht steuern, schon garnicht begrenzen konnte.“<sup>230</sup>

Nur durch notwendige und vorallem auch „radikale Reformen“ konnte es nach Meinung von Bundeskanzler Schröder gelingen, den immensen Herausforderungen, welche die Globalisierung mit sich brachte, zu begegnen.

Um seinen Reformanstrengungen, auch im Bezug auf Europa, Ausdruck zu verleihen, sagte er in der Regierungserklärung vom 14. März 2003 „man müsse zum inneren Wandel bereit sein und genügend Mut zur Veränderung aufbringen, zumal nur zwei Alternativen bestünden.“ „Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“<sup>231</sup>

Dieser oben genannte Pragmatismus auf die Globalisierung zu regieren, stellte die Sozialdemokraten vor eine Zerreißprobe. Die Grundideen wie Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit oder gesellschaftliche Solidarität sollten dabei erhalten bleiben, allerdings konnten diese in Anbetracht der Globalisierung nicht nur von Seiten des Staates realisiert werden.<sup>232</sup>

## 9.2 Wie wurde die Agenda 2010 umgesetzt?

Das die Fähigkeit der Gesellschaft zum Dialog wieder neu gewonnen werden sollte, bei gleichzeitiger Stärkung eines Grundkonsens zur gemeinsamen Verantwortung für das Gemeinwohl, war nicht nur in den Debatten um die Einführung der Hartz Gesetze in Deutschland wohl gründlich daneben gegangen. Kanzler Gerhard Schröder hatte in der Entstehungsphase der Agenda 2010 mehrere Sonderparteitage hinnehmen müssen, bei denen er einmal mehr sein eigenes Schicksal als Partei- und Regierungschef an die „Modernisierungen“ geknüpft hatte.<sup>233</sup>

---

<sup>229</sup> Walter, 2010, S. 54

<sup>230</sup> ders., S.54 und Heitmeyer, 2008, S. 244

<sup>231</sup> Regierungserklärung, 2010 (Internetquelle)

<sup>232</sup> vgl. Held, 2007, S. 40 und 41

<sup>233</sup> vgl. Butterwegge, 2006, S.208

Durch diese, als „Basta Politik“ bekannt gewordene Politik, bei gleichzeitiger Betonung der „Politik der ruhigen Hand“<sup>234</sup> zeigte, dass der Kanzler eine auf breiten Diskurs angelegte Politik nicht als notwendigen Teil einer politischen Strategie einer regierenden sozialdemokratischen Partei ansah.<sup>235</sup> Lange Zeit sah es darüber hinaus so, als würde die SPD am wirtschaftsdemokratischen Stil festhalten. Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer schreibt dazu weiter, dass die Partei in ihrem Berliner Programm von 1989 an einer Verteidigung des traditionellen Wohlfahrtsstates interessiert war und das auch eine gewisse skeptische Haltung gegenüber Risiken in Bezug auf die verstärkte Öffnung der Märkte bestand. Die Forderungen diese politisch zu steuern, waren in den Zeiten nach der Wiedervereinigung öffentlich wahrgenommene Profil der SPD.<sup>236</sup>

Wie aber wurde die Agenda 2010 kommuniziert? Einen Paradigmenwechsel, in der Kommunikation und im Regierungsstil, konnte man schon während der ersten Jahre der Rot-Grünen Regierungszeit wahrnehmen. Schon die Vorstellung des Schröder- Blair Papiers rief heftigen Widerstand bei den Parteilinken hervor.<sup>237</sup> Gerhard Schröder verließ darauf den bis dahin diskursbasierten Weg seiner Politik. Spürbar wurde dies unter anderem an den sinkenden Mitgliederzahlen der SPD.<sup>238</sup>

Das sich die politischen Präferenzen ändern würden müssen, war der neuen Regierung bewußt. Allerdings konnten sich die Sozialdemokraten, wie die Politikwissenschaftlerin Vivien A. Schmidt schreibt, schwer damit anfreunden, da das Vermächtnis des Wohlfahrtsstaats durch sozialdemokratische Kämpfe errungen worden war und dies bis dahin dem Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Parteien entsprach.<sup>239</sup> Diese Errungenschaften standen nun zur Disposition. Gerhard Schröder machte bereits deutlich, wie er auf den inneren Druck der Partei im Bezug auf umfangreiche Sozialreformen reagieren würde. Bei den Hartz-IV- Reformen kam es dabei zu keinen durch die Basis legitimierten Diskurs.<sup>240</sup>

---

<sup>234</sup> vgl. *Becker, Duffek, Mörschel*, 2007, S. 57

<sup>236</sup> vgl. *Becker, Duffek, Mörschel*, 2007, S 53 f.

<sup>237</sup> dies., S. 56

<sup>238</sup> vgl. *Merkel u.a.*, 2006, S. 196

<sup>239</sup> vgl. *Becker, Duffek, Mörschel*, 2007, S. 16

<sup>240</sup> vgl. *Becker, Duffek, Mörschel*, 2007, S.22

Durch einen starken Einfluß von neoliberalen Netzwerken aus Stiftungen und *Think Tanks*<sup>241</sup> war es auch schwer, sich diesen Diskurs mit der Partei zu stellen, da die Entscheidungen in einem geschlossenen Informations- und Beratungssystem durch Lobbyisten, Beratern, Medienvertretern, getroffen werden.<sup>242</sup>

Im Anschluß soll ein Versuch gestattet sein, zu untermauern, warum die SPD mit dem parteipolitischen, sowie gesellschaftlichen Diskurs solche Probleme hatte.

### 9.3 Zusammenfassung

Die Auswirkungen der Agenda 2010 sind ganz unterschiedlich. Für alle Menschen die in der Gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, sind die Kosten der Praxisgebühr in Höhe von 10 € hinzugekommen. Für Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger gibt es mit dem eingeführten Arbeitslosengeld II den gleichen Regelsatz. Ehemalige Sozialhilfeempfänger stehen nun mit der Reform auch dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung. Gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Beschäftigung verschärft. Dahinter steht der Grundgedanke, dass sich niemand mehr auf Kosten der Gesellschaft zurückziehen darf. Ausschlaggebend für die Reformen waren die Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundene schwierige Haushaltsslage und ein neuer Gerechtigkeitsgedanke, der mit der Agenda 2010 Einzug hielt.

Die Losung, dass modernisiert werden muss, sonst wird der Markt alles soziale verdrängen, zeigte, dass Gerhard Schröder keine Alternative sah. Im Zuge der verschärften Zumutbarkeitskriterien und der Schaffung von Mini- und Midi Jobs hat sich die Zahl an atypischen Beschäftigungsverhältnissen stark erhöht.

Die Um- und Durchsetzung der Agenda 2010 ist vielfach kritisiert worden, gerade weil die Parlamentarier durch eine „Basta“ Politik zur Zustimmung bewegt werden sollten. Der Vorwurf von einer Einflußnahme der Wirtschaft in die Politik und der direkten Mitarbeit an den Reformgesetzen wird dabei das eine oder andere Mal offensichtlich.

---

<sup>241</sup> Think Tank bedeutet in der deutschen Übersetzung „Denkfabrik“. Sie setzt sich dabei mit neuen Trends und Entwicklungen auseinander.

<sup>242</sup> vgl. *Leif*, 2010, S. 5

## 10. Exkurs: Bedeutung der Wirtschaft in der Politik

Durch die Reformen gerade auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sollte ein neues Bild der Gesellschaft entstehen. Dies kristallisierte sich nach und nach mit den Reformen heraus. Gerhard Schröder war im Gegensatz zu Helmut Kohl gegen „Parteiloyalitäten“<sup>243</sup> Seine Berater kamen alle aus etablierten Milieus und wurden auch danach ausgewählt, wie weit sie von der Partei entfernt waren, wie z.B. der Unternehmensberater Roland Berger.<sup>244</sup>

Diese Vorgehensweise zeigt Parallelen zu den Ideen von Thomas Hobbes auf, der mit seinem *Leviathan*<sup>245</sup> einen starken Souverän installierte, um die Erhaltung eines stabilen Staatswesens zu sichern. Die Tatsache, dass der Souverän (hier bildlich für Gerhard Schröder) sich vorbehält die Berater für seine Politik selbst auszusuchen ist auch im Hobbeschen Sinne, wenn „[...] in das Dispositiv der Politik von vornherein Institutionen der Beratung [...] [eingebaut sind].“<sup>246</sup> Dies zeigte sich nach Meinung von Richard Meng bereits in seinen Jahren als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen.<sup>247</sup>

Das Phänomen der Politikberatung ist aber wie wir bei Hobbes gesehen haben nicht neu. Allerdings kann unterschieden werden in welcher Intensität dies geschieht. Für den Soziologen Alex Demirovic lässt sich an dem Bedarf der Beratung ablesen, „wie wenig demokratisch auch demokratische Politik ist.“<sup>248</sup>

Für die Wirtschaft gelten ebensolche Merkmale. Auch sie versucht durch gezielte Maßnahmen wie Beratung, Entscheidungen auf politischer Ebene zu forcieren. Konkret auf die Agenda 2010 bezogen ist es unter anderem eine Stiftung aus der Privatwirtschaft gewesen, die sich durch Erarbeiten von Strategiepapieren Gehör

---

<sup>243</sup> Meng, 2002, S. 20

<sup>244</sup> ders., S. 20 und 28

<sup>245</sup> Thomas Hobbes ging in seinem Werk in der Mitte des 17. Jahrhunderts vom einem Menschenbild aus, bei dem er den Menschen in seinem Naturzustand als Wolf sah. Der Leviathan war dabei die Verkörperung des Absolutismus. Ausgehend von diesem pessimistischen Menschenbild, bei dem es einen „Krieg aller gegen alle gibt“, ist es notwendig einem Herrscher die Rechte an allem zum Schutz der Menschen zu übertragen. (vgl. Herrmann, 2000, S. 6)

<sup>246</sup> Wernicke, Bultmann, 2007, S. 13

<sup>247</sup> Meng, 2002, S. 28

<sup>248</sup> Wernicke, Bultmann, 2007, S. 14

in der Politik verschaffen wollte. Es handelt sich um die Herbert Quandt Stiftung, die durch Altana, einem Pharmakonzern gegründet worden war.<sup>249</sup>

So gab sie bereits im Jahre 2001 Vorschläge für eine „Innovative Beschäftigungspolitik“ heraus. Sie fordert darin unter anderem die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Darüber hinaus sollten die Voraussetzungen für die Zumutbarkeit für die Aufnahme einer Beschäftigung gesenkt werden, sowie der Kündigungsschutz gelockert und die Lohnverhandlungen dezentralisiert werden. Auch die Notwendigkeit eines Niedriglohnssektors wurde dabei unterstrichen.<sup>250</sup>

### 10.1 Das Menschenbild des Neoliberalismus

Das Menschenbild des Neoliberalismus spielt insofern eine Rolle, als dass diese Form des Liberalismus seit den 1980er Jahren wieder zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Wie bereits beschrieben hatten gerade die Reformen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan einen deutlich wirtschaftsfreundlicheren Kurs eingeleitet.<sup>251</sup>

Hinter dem Neoliberalismus steckt aber mehr als nur ein Wirtschaftskonzept. Vielmehr soll er auch auf den Ebenen der Sozial- und Gesellschaftspolitik zu einem neuen globalen Maßstab werden.<sup>252</sup>

Dieser neue Liberalismus fußt zum einen auf den Ideen der Chicagoer Schule mit seinem wichtigsten Vertreter Milton Friedman, zum anderen auf der Österreichischen Schule mit seinen Vertretern Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek.<sup>253</sup>

Die Vorläufer dieser Art von Liberalismus reichen unterdessen bis in die Zeit von John Locke (1632- 1704) zurück.<sup>254</sup>

Dem Individuum und dessen Freiheit, wurde dabei die Vorrangstellung vor dem „Konstrukt“ der Gesellschaft eingeräumt.<sup>255</sup>

---

<sup>249</sup> Quandt- Stiftung, 2010 (Internetquelle)

<sup>250</sup> dies. 2010 (Internetquelle)

<sup>251</sup> vgl. *Ganßmann*, 2009, S. 112

<sup>252</sup> vgl. *Butterwegge, Lösch, Ptak*, 2008, S. 11 und 74

<sup>253</sup> ders., S. 23

<sup>254</sup> Schon für ihn war der Mensch, der Natur entsprechend kein Gesellschaftswesen, vielmehr sieht er den Naturzustand des Menschen als Individuum an, welches frei von sozialen Bindungen existiert. Er sieht im Staat, das notwendige Konstrukt, die Freiheit aller Menschen zu garantieren. (Kluszczewski, 2010 Internetquelle)

<sup>255</sup> vgl. *Wilke*, 2003, S. 29

Der Mensch spielt auch nach Meinung Hayeks bei der Gestaltung eines wie auch immer gearteten Staatsgebildes keine Rolle. Einzig und allein Gesetze (die des Marktes) können das Zusammenleben der Menschen, die vordringlich eigene Interessen verfolgen, ermöglichen<sup>256</sup>.

Allerdings sind diese nicht darauf ausgelegt eine Gesellschaft zu erschaffen oder zu erhalten, vielmehr sind es „zufällige“, durch Handlungsfreiheit von Wirtschaftssubjekten gesteuerte Mechanismen, aus denen sich ein „[...] beachtlicher Beitrag zur Wohlfahrt aller [ergibt]“.<sup>257</sup>

Diese Handlungsfreiheit ist demnach aber auch die einzige Freiheit, die dem Menschen im Neoliberalismus bleibt.<sup>258</sup>

Ein weiterer Aspekt für diese „zufällige“ Entstehung von Gesellschaft, war für Hayek die Annahme, dass ein Wirtschaftssubjekt nichts über die Gesellschaft weiß. Demnach kann er sich auch nicht an solch einer orientieren und sie aktiv gestalten.<sup>259</sup> Daher wäre eine geplante Gestaltung der Gesellschaft, wie es im Konstruktivismus versucht wird, eine „Anmaßung von Wissen“. Der Konstruktivismus ist für Hayek nicht geeignet, die Erklärung für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu sein.<sup>260</sup>

Das die spontane Ordnung einer Gesellschaft die einzige Möglichkeit ist, überhaupt zu entstehen, beschreibt der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Wilke. Da der Mensch nur seinen engeren Umkreis überschauen kann, kann er nur „lokal“ handeln. So kann eine gesamtgesellschaftliche Planung mit allen relevanten Bedingungen nicht vorgenommen werden.<sup>261</sup> In einer ähnlichen Weise befindet sich auch die Argumentation von Gerhard Schröder als er sagte, dass die Reformen notwendig sind um sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Damit wird die Steuerungsfähigkeit für eine Gesellschaft durch die Politik in Abrede gestellt. Der Mensch als Einzelner muss die Bedingungen daher annehmen, steht dem System aber machtlos gegenüber und befindet sich in

---

<sup>256</sup> vgl. *Wilke*, 2003, S. 67

<sup>257</sup> ders., S. 29

<sup>258</sup> vgl. *Butterwegge, Lösch, Ptak*, 2008, S. 58

<sup>259</sup> vgl. *Wilke*, 2003, S. 95

<sup>260</sup> ders., S. 112

<sup>261</sup> ders., S. 116



Bezug auf die Gestaltung einer gemeinsamen Gesellschaft, in einer passiven Rolle.<sup>262</sup>

Wilke allerdings argumentiert auf anderer Ebene, wenn er davon spricht, dass Moralferte und Rationalität als ein Preis des Marktes bezahlt werden müssen um einen Zugewinn an wirtschaftlicher Effizienz und individueller Freiheit zu bekommen.<sup>263</sup> Wertmaßstäbe verringern sich so auf einen kleinen Teil des menschlichen Handelns.

## 10.2 Wie ist die Rolle der Medien zu beurteilen?

Um die Politik von Rot- Grün analysieren zu können, ist es gerade bei der Politik von Gerhard Schröder wichtig, die Medien und ihre Bedeutung näher zu betrachten. Der Sozialwissenschaftler Richard Meng stellt fest, dass sich das politische System veränderte und dabei auch einer Erweiterung um den medialen Flügel stattgefunden hat.<sup>264</sup>

Die Bedeutung von Parteien bei der Vermittlung von Menschenbildern hat abgenommen. Vielmehr stehen jetzt einzelne Politiker im Fokus.<sup>265</sup>

Daraus resultiert auch, dass wie der Politikwissenschaftler Kurt Lenk schreibt, die Wahlentscheidungen nicht mehr nach Parteiprogrammen getroffen werden, sondern die „starke Führungspersönlichkeit“<sup>266</sup> als „[...] Projektionsfläche für Wünsche, Hoffnungen, mehr aber noch für Bedrohungen und Ängste [in] unserer Gesellschaft im [Vordergrund steht].“<sup>267</sup>

Diese Entwicklungen werden dadurch gefördert, dass gerade die visuellen Medien, wie z.B. das Internet, zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar sind.

Die Medien wiederum sind als ein „Instrument der Wirklichkeitskonstruktion“<sup>268</sup> ein wichtiger Gradmesser für Politiker in Bezug auf Entscheidungen, denn sie gelangen mehr als wissenschaftliche Expertisen in das Bewußtsein der Menschen und schaffen so eine neue Realität. Die Medien sind daher ein wichtiges Steuerungsorgan für die Entscheidungsfindung. Für den Bürger der auch Wähler

---

<sup>262</sup> vgl. *Butterwegge, Lösch, Ptak*, 2008, S. 60

<sup>263</sup> vgl. *Wilke*, 2003, S. 154

<sup>264</sup> vgl. *Meng*, 2002, S. 14

<sup>265</sup> vgl. *Oerter*, 1999, S. 98

<sup>266</sup> *Ritzi, Schaal*, 2010, S. 9

<sup>267</sup> *ders.*, S. 98

<sup>268</sup> *Merten, Schmidt, Weischenberg*, 1994, S. 14

ist, sind die Medien die Informationsquelle, über die sie sich ihre Meinung bilden. Daher ist es für die Politiker wichtig auch die nicht wissenschaftlichen „Fakten“ wahrzunehmen.<sup>269</sup>

Da das Menschenbild im Fokus dieser Diplomarbeit steht, wird es nun wichtig sein, dieses näher zu betrachten.

### 10.2.1 Das Menschenbild der Medien

Die Medien spielen bei der Vermittlung von Menschenbildern eine wichtige Rolle.<sup>270</sup> In Bezug zur Politik bekommt dieser Satz eine besondere Bedeutung. Menschen konstruieren Menschenbilder. So sind auch die Medien, welche von Menschen gemacht werden, durch deren Menschenbilder geleitet. So sind Medien heute „alltägliche Instrumente der Wirklichkeitskonstruktion.“ Sie sind dabei aber nicht nur Konstrukteure, sondern auch gleichzeitig diejenigen, die von ihnen konstruierte Realität zu veröffentlichen und allgemein zugänglich zu machen.<sup>271</sup> Den Medien kommt dabei als Träger für Informationen und Orientierungen eine wertkonstitutive Funktion für Wirtschaft, Politik, Sozialem und Kultur zu.<sup>272</sup>

Barbara Bearns stellte aber bereits in einer Studie von 1979- 1985 fest, dass Medien oft Themen übernehmen, die ihnen von „PR Agenturen“<sup>273</sup> angetragen werden. PR Agenturen nehmen aber schon der Definition nach die Interessen ihrer jeweiligen Auftraggeber wahr. So ist die Frage nach einem objektiven Menschenbild der Medien schwer zu beantworten, da sie sich des Vorwurfes nicht entziehen können, von anderen vorgefertigte Meinungen und damit auch Menschenbilder zu übernehmen.<sup>274</sup>

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die zunehmende Doppelrolle in der sich die Journalisten dabei befinden. Sie sollen zum einen unabhängig recherchieren und berichten, zum anderen sind sie aber auch Angestellte von Medienkonzernen.

---

<sup>269</sup> vgl. *Behrends, Schumann*, 2008, S. 241

<sup>270</sup> *Oerter*, 1999, S. 98

<sup>271</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 403

<sup>272</sup> *Karmasin, Winter* in *Karmasin*, 2002, S. 20

<sup>273</sup> Public Relations kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Zum einen kann sie Öffentlichkeitsarbeit sein, zum anderen aber auch gezielte interessengeleitete Kommunikation (vgl. Deutsche Public Relations Gesellschaft, 2010 Internetquelle)

<sup>274</sup> vgl. *Ruß- Mohl, Fengler* in *Karmasin*, 2002, S. 178

Diese Entwicklung wird erst möglich, weil sich die Medienkonzerne immer weiter nach marktwirtschaftlichen Gesetzen vergrößern. So wird es für Journalisten immer schwerer, unvoreingenommen zu berichten, da diese Firmen oft über eine Vielzahl an Beteiligungen verfügen und es sehr selten kritische Berichterstattung gegen eigene KollegInnen gibt.<sup>275</sup> Es wird immer schwerer eigene ethische Ansprüche gegen ökonomische Zwänge (Auflage) durchzusetzen.<sup>276</sup>

Anhand dieser Funktionen ist ersichtlich, dass Medien eine Macht haben, die natürlich auch eine Verantwortung mit einschließt. Wie diese Verantwortung aussieht und welche Folgen sie haben kann, wird später am Beispiel von Bertelsmann erläutert.

Im folgenden Teil, soll die Verbindung von Gerhard Schröder zu den Medien näher beleuchtet werden.

### 10.2.2 Gerhard Schröder und die Medien

Gerhard Schröder wußte genau wie er sich zu verhalten hatte, um aussagekräftige Bilder zu transportieren.<sup>277</sup> Diese Form der Medien waren nicht erst seit Gerhard Schröder zum wichtigsten Mittel der Informationsübertragung geworden. Doch nutzte er sie gezielter als sein Vorgänger Helmut Kohl. Wichtigste „Leitmedien“ waren für ihn das Fernsehen und die *Bild*- Zeitung.

Anders als bei Helmut Kohl, waren die Medien nicht nur Mittel zum Zweck. Sie dienten ihm, wie es Meng schreibt, die Richtung seiner Politik zu definieren und die Partei und das Parlament erst durch sie zu informieren.<sup>278</sup>

Wenn die Vorhaben auf Zustimmung der Medien stießen, war seiner Meinung nach der richtige Weg eingeschlagen. Und was dort richtig war, ging.<sup>279</sup>

Wenn es doch mal einen Widerspruch gab, der oft durch mangelnde Akzeptanz in der eigenen Partei sichtbar wurde, versuchte Gerhard Schröder mit kalkulierter

---

<sup>275</sup> vgl. *Ruß- Muhl, Fengler* in Karmasin, 2002, S. 182- 183

<sup>276</sup> vgl. *Krainer* in Karmasin, 2002, S. 157

<sup>277</sup> vgl. *Meng*, 2002, S. 17

<sup>278</sup> ders., S. 21

<sup>279</sup> vgl. *Meng*, 2002, S. 23

Sturheit<sup>280</sup> und dem offenen Drohen des Rücktritts von allen Ämtern seine politischen Vorstellungen durchzusetzen.

Diese Situationen gab es bei den Sonderparteitagen der SPD zur Agenda 2010.<sup>281</sup>

Schon zu Zeiten als niedersächsischer Ministerpräsident setzte sich Schröder gezielt von Positionen der Partei ab.

Damit hatte der damalige Ministerpräsident die Aufmerksamkeit der großen deutschen Zeitungen erregt. Darüber hinaus fing Schröder an, gezielt Kontakte mit Journalisten zu suchen.<sup>282</sup> Uwe Vorkötter, ehemaliger Chefredakteur der Berliner Zeitung, sieht da durchaus ein kalkuliertes Vorgehen. Er schreibt, dass das Spektakuläre eine größere Rolle spielt als das Normale.<sup>283</sup> Weiter heißt es, „[...] es ist eben interessanter, wenn ein Sozialdemokrat gegen die sozialdemokratische Partei Stellung bezieht, als gegen den politischen Gegner.“<sup>284</sup>

Die Beziehung von Rot- Grün zu den Medien ist laut Vorkötter sehr eng gewesen mit einem daraus resultierenden positivem Bild, auch für Gerhard Schröder.<sup>285</sup>

Andere wiederum bezeichneten diese Nähe als Abhängigkeit der beiden Regierungsparteien.<sup>286</sup>

Wenn es durch Fachminister doch einmal Differenzen mit gesellschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen Gruppen gab, glättete Schröder medienwirksam die Wogen. Mit diesem zum Medienerfolg avancierten „Basta“ erfüllte er für viele Journalisten die Sehnsucht nach einer Chefentscheidung.<sup>287</sup> Das die Medien daher einen nicht unwichtigen Einfluß, sowohl auf die Vermittlung von Reformen, als auch bei der aktiven Zuarbeit<sup>288</sup> auf die Politik hatten und haben, soll im nächsten Kapitel exemplarisch dargestellt werden.

---

<sup>280</sup> ders., S.22

<sup>281</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 208

<sup>282</sup> vgl. *Meng*, 2002, S. 27

<sup>283</sup> vgl. *Göhler, Schmalz- Jacobsen, Walther*, 2007 S. 16

<sup>284</sup> dies., S. 17

<sup>285</sup> vgl. *Göhler, Schmalz- Jacobsen, Walther*, 2007, S. 15

<sup>286</sup> vgl. *Barth*, 2006, S. 47

<sup>287</sup> vgl. *Meng*, 2002, S. 33

<sup>288</sup> vgl. *Wernicke, Bultmann*, 2007, S. 258

### 10.2.3 Das Beispiel Bertelsmann

Das der Regierungsstil von Gerhard Schröder anders sein würde als der von Helmut Kohl, zeigte sich an der Aussage, die er zu Beginn seiner 1. Amtszeit tätigte. Zum Regieren brauche er nur Bild, BamS und Glotze.<sup>289</sup>

Damit ist der Einfluß den der Springer Verlag durch die *Bild* Zeitung und die Bild am Sonntag einnehmen würde, klar abgesteckt worden. Anders als dieser Verlag der durch die Bild und die BamS täglich Meinungen forcieren kann, agiert der Bertelsmann Verlag, vertreten durch die Bertelsmann Stiftung nicht für die breite Öffentlichkeit.<sup>290</sup> Sie initiiert die Projekte eigenständig und konzentriert die Arbeit auf „bessere Bildung, eine gerechtere und effizientere Wirtschaftsordnung, ein vorsorgendes Gesundheitswesen, eine lebendige Bürgergesellschaft und wachsende internationale Verständigung.“<sup>291</sup>

In Bezug auf die Agenda Reformen der Rot- Grünen Regierung, beschreibt die Rechtswissenschaftlerin Helga Spindler, dass es durch Beratung und in Auftrag gegebene Studien, etwa über die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe die bereits seit 1999 bearbeitet wurde, sowie stiftungseigene Benchmarking Gruppen einen Einfluß auf die Arbeit der Hartz- Kommission gegeben hat. Beispiel dafür sind unter anderem ein Länderbericht über 15 Staaten im Bezug auf deren Arbeitsverwaltungen. Darüber hinaus gab es bereits im Januar 2002 , also noch vor dem Einsetzen der Hartz Kommission, Vorschläge von Mitarbeitern der Bertelsmann Stiftung in Form von Strategiepapieren, welche eine Reform am Arbeitsmarkt favorisierten. Diese sind dann auch in den Zwischenbericht der Hartz Kommission übernommen worden.<sup>292</sup>

Helga Spindler konsterniert, dass die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission ohne die „Vor-, Zwischen- und Mitarbeit der Bertelsmann Stiftung [...] fachlich und institutionell nicht umzusetzen [gewesen wäre]“.<sup>293</sup>

Der Einfluß durch diese Mitarbeit sollte deutlich geworden sein. Im folgenden soll kurz das Menschenbild der Stiftung und seines Stifters Reinhard Mohn dargestellt werden.

---

<sup>289</sup> vgl. *Pontzen*, 2006, S. 10

<sup>290</sup> vgl. *Wernicke, Bultmann*, 2007, S. 68

<sup>291</sup> Bertelsmann, 2010 (Internetquelle)

<sup>292</sup> vgl. *Wernicke, Bultmann*, 2007, S. 259

<sup>293</sup> dies., S. 263

### 10.2.4 Das Menschenbild der Stiftung

Das sich die Stiftung als eine bedeutende Säule der Gesellschaft sieht, geht aus den Motiven der Stiftung und des Gründers Reinhard Mohn hervor, wenn es heißt, „[...] das sie nicht nur ein bedeutender Reformmotor für die Gesellschaft ist [...]“<sup>294</sup> Das dabei auch das Menschenbild von Stiftungsgründer Reinhard Mohn befördert wird, ist obligatorisch.<sup>295</sup> Maxime wie Freiheit, Leistung und Eigenverantwortung sollten den meisten Wohlstand bringen und werden in seinem Sinne durch die Stiftung in Projekte umgesetzt.<sup>296</sup> Nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand meldete sich Mohn immer wieder zu Themen wie gesellschaftliche Veränderung und Unternehmertum im Kapitalismus zu Wort.

Dabei wird immer wieder eine für Unternehmer typische Annahme deutlich, der die Veränderungen durch die Globalisierung erwähnt. Der Prozess der Globalisierung und die damit einhergehenden Veränderungen sind unumkehrbar.

Kritik die dabei laut wird, ist allerdings immer auf die Menschen bezogen, die unfähig sind, sich auf veränderte Bedingungen einzulassen.<sup>297</sup>

Die Politik ist seiner Meinung nach nicht mehr in der Lage den Menschen die Orientierung zu geben. Diese reagieren ihrerseits mit Unzufriedenheit.<sup>298</sup>

Auch leitende Mitarbeiter der Stiftung wie Werner Eichhorst von der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ machten ihr Politikverständnis im Sinne der Stiftung deutlich.

*„Gegenüber den etablierten parteipolitisch geprägten parlamentarischen Entscheidungsprozessen und auch im Vergleich zum blockierten „Bündnis für Arbeit“ profitierte die Hartz Kommission von ihrer pluralistischen Zusammensetzung, bei der Vertreter der Parteien und Verbände sowie der Wissenschaft nur eine untergeordnete Rolle spielten. Prägender waren Unternehmer und Unternehmensberater.“<sup>299</sup>*

---

<sup>294</sup> Bertelsmann Stiftung, 2010 (Internetquelle)

<sup>295</sup> dies., 2010 (Internetquelle)

<sup>296</sup> Zeit- Online, 2010 (Internetquelle)

<sup>297</sup> vgl. Wernicke, Bultmann, 2007, S. 142

<sup>298</sup> dies., S. 142

<sup>299</sup> dies., S. 263

Für Reinhard Mohn war die „geistige Orientierung“ ein zentraler Punkt. Er betonte, dass gemeinsame Regeln und Werte die Basis für die Existenz einer Gesellschaft sind und das in den Zeiten einer globalisierten Welt diese Werte und Regeln auch überall gelten sollten.<sup>300</sup> Grundlage waren dabei immer auch die Regeln der Marktwirtschaft, wie es Werner Eichhorst im Textauszug der letzten Seite durchscheinen ließ.

Der Journalist und Politikwissenschaftler Hersch Fischler stellt dazu fest, dass Reinhard Mohn „[...] die wirtschaftspolitischen Probleme mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten und der Senkung der Staatsausgaben mittels weitgehender Privatisierung öffentlicher Leistungen und Güter lösen will.“<sup>301</sup>

Das Mohn so aufgrund der Größe seines Unternehmens und mit gezielten Projekten seiner Stiftung, sowie der Vernetzung und einer deutschlandweiten Reichweite über die RTL Group und Beteiligungen an weiteren Verlagen wie Gruner und Jahr mit den Titeln „Stern“ und „Capital“, beeinflussend auf die Politik sein kann, wurde so deutlich.<sup>302</sup>

### 10.3 Zusammenfassung

Für die Politik haben die Wirtschaft und die Medien an Bedeutung gewonnen. So war Gerhard Schröders Politikstil ein anderer als der von Helmut Kohl. Er setzte schon früh auf eine gewisse Nähe zu einzelnen Journalisten. Auch in Bezug auf externe Berater aus der Wirtschaft war er anders als Kohl nicht so sehr an Parteibüchern interessiert, als vielmehr an den Fähigkeiten der Berater auf ihrem jeweiligen Fachgebiet. Im Bereich der Medien gab er schon früh die Parole aus, dass er zum Regieren nicht vielmehr als die „Bild, BamS und die Glotze“ benötige. Dieser neue Politikstil änderte auch das Verhältnis zur eigenen Partei. Seine Politik wurde entweder mit der „ruhigen Hand“ oder mit einem „Basta“ realisiert. Ein wichtiger Teil des Exkurses beinhaltet ein durch die Vorschläge von wirtschaftsnahen Stiftungen geleitetes Menschenbild. Es ist davon geprägt, dass der Arbeitnehmer diszipliniert werden und individuelles Fehlverhalten Folgen

---

<sup>300</sup> Bertelsmann Stiftung, 2010 (Internetquelle)

<sup>301</sup> Fischler, in Barth, 2006, S. 46

<sup>302</sup> ders., S. 38

haben muss.<sup>303</sup> Im gleichen Duktus erarbeitete auch die Bertelsmann Stiftung ihre Expertisen. Durch die große Reichweite der zu Bertelsmann gehörenden unterschiedlichsten Medien wird damit auch der Einfluß auf die Gesellschaft deutlich.

---

<sup>303</sup> Quandt- Stiftung, 2010 (Internetquelle)



## 11. Schwerpunkt Arbeit

Die Agenda 2010 war vor allem durch die Arbeitsmarktreformen gekennzeichnet. Daher soll im nun folgenden Exkurs die Bedeutung der Arbeit sowohl für jeden Einzelnen aber auch für die Gesellschaft dargestellt werden. Im Zuge der Globalisierung und der Agenda 2010 kommt auch der Effizienz der Arbeit eine neue Wertigkeit zu.

### 11.1 Bedeutung der Arbeit in einer globalisierten Welt

Um über die Bedeutung der Arbeit sprechen zu können, ist es notwendig die Arbeit zu verorten. So stellen der Sozialhistoriker Jürgen Kocka und der Soziologe Claus Offe fest, dass sie [...] eine zentrale anthropologische Kategorie ist, die für den Prozeß der Menschwerdung [...] konstitutiv ist.<sup>304</sup> Darüberhinaus stellt die Erwerbsarbeit ein Grundkriterium für soziale Identifikation, sowie für die Verwirklichung und Erfüllung des Selbst, dar.<sup>305</sup> Entgrenzung und Flexibilisierung, die durch die globalen wirtschaftlichen Veränderungen hervorgerufen wurden, haben somit auch einen Einfluß auf den wie es Gottfried Schweiger schreibt, „ganzen“ Menschen.<sup>306</sup>

Entgrenzung und Flexibilisierung sind dabei unter anderem Folgen des Überganges von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft.

Die These vom Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft, die Daniel Bell bereits 1975 beschreibt<sup>307</sup> besagt, dass „die wirtschaftliche Wertschöpfung unter Bedingungen hoher Innovationsdynamik der Wirtschaft immer stärker von den kreativen Leistungen so genannter Wissensarbeiter abhängig [ist].“<sup>308</sup> Durch diese Wissensarbeiter kommt es zu einer Neuordnung der Wertschöpfungsketten und einer verstärkten Orientierung des Unternehmensgeschehens an den Bewegungen des Marktes.<sup>309</sup>

---

<sup>304</sup> Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak, 2009, S. 41

<sup>305</sup> dies., S. 87

<sup>306</sup> dies., S. 49

<sup>307</sup> vgl. Brock, 2008, S. 61/62

<sup>308</sup> ders., S. 63

<sup>309</sup> vgl. Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak, 2009, S. 49

Das durch diese Entwicklung und die damit einhergehende Individualisierung die Zahl der Arbeitnehmer zurückgehen wird, ist für Ditmar Brock nur notwendige Folge.<sup>310</sup> Internationale Institutionen wie Internationaler Währungsfond (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) haben durch Deregulierungs- und Zollsenkungsrunden und die Aufhebung fester Wechselkurse ebenfalls dazu beigetragen, dass aus ehemaligen nationalstaatlichen Unternehmen nun „Global Player“ werden konnten und die „einfachen“ Arbeiten in der Produktion, die ohne lange Anlernzeit ausgeübt worden waren, ins Ausland verlagert werden konnten.<sup>311</sup>

Das dies nach klassischem liberalen Denken auch zu einer Verbilligung der Herstellungskosten führen wird<sup>312</sup>, ist dabei Teil des neoliberalen Denkens der 1980er Jahre und durch die Reformen von Margeret Thatcher und Ronald Reagans umgesetzt worden.

Der wissenschaftlich- technische Fortschritt hat aber noch eine andere Dimension, die Ditmar Brock mit der „80:20 These“ beschrieben hat. Diese besagt, dass die Verbilligung der Arbeit auch zwangsläufig zu „Einsparung menschlicher Arbeit“ führen muss.<sup>313</sup>

Die Versprechen von Vollbeschäftigung waren und sind, der These nach, obsolet. In Deutschland gab Schwarz- Gelb dieses Ziel während ihrer 16 Jährigen Regierungszeit sukzessive auf.<sup>314</sup>

Nach der Annahme von in Brocks beschriebener „80:20 These“ werden durch die „internationale Arbeitsteilung“<sup>315</sup> nur noch 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung eine Beschäftigung finden. Besonders betroffen sind demnach Berufe, die durch Kapital und Wissen überflüssig werden.<sup>316</sup>

Entwicklungen in diese Richtung hat auch eine Untersuchung der Hans Böckler Stiftung ergeben, nach der sich „[...] die Sockelarbeitslosigkeit<sup>317</sup> – gemessen in absoluten Zahlen - [seit den 70er Jahren] erhöht [hat].“<sup>318</sup>

---

<sup>310</sup> vgl. Brock, 2008, S. 64/65

<sup>311</sup> vgl. Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak, 2009, S. 54

<sup>312</sup> vgl. Brock, 2008, S. 63

<sup>313</sup> ders., S. 64

<sup>314</sup> vgl. Butterwegge, 2006, S. 137

<sup>315</sup> Brock, 2008, S. 64

<sup>316</sup> vgl. Kroker, Dechamps, 2000, S. 172

<sup>317</sup> Sockelarbeitslosigkeit ist die Arbeitslosigkeit, die unter günstigsten konjunkturellen Bedingungen und bei geringstmöglicher friktioneller Arbeitslosigkeit nicht abzubauen ist.(Böckler Stiftung, 2010 (Internetquelle))

<sup>318</sup> Böckler Stiftung, 2010 (Internetquelle)

Alternativen zur Erwerbsarbeit, die nach der 80:20 These notwendig wären, werden nicht diskutiert. So wird weiter die Erwerbsgesellschaft als die Gesellschaftsform beschworen, welche als einzige in der Lage ist, ein sinnvolles Leben und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Nur „eine entlohnte Arbeit an einem festen Arbeitsplatz“ kann den Zugang zu Sinn und der Eigenständigkeit des Lebens ermöglichen.<sup>319</sup> Dies war auch im Sinn der von Gerhard Schröder ausgelobten Agenda 2010 und der im Regierungsprogramm von 2002 festgehaltenen Vollbeschäftigung.

In der Realität ist Deutschland weiter hinter den Erwartungen nach einem festen Arbeitsplatz für jeden Menschen zurück. Vielmehr hat sich ein neuer Bereich in der Arbeitswelt herauskristallisiert. Da die Bedeutung der Arbeit in der heutigen Welt gesellschaftlich gesehen immer noch immens hoch ist, hat die Politik darauf reagiert. Die Globalisierung wird dabei immer wieder als ausschlaggebende Gegebenheit für Reformen herangezogen. So ist gerade die „Sprungbrettfunktion“, die die Zeitarbeit oder die Arbeitsgelegenheit einnehmen soll, für die Politik ein Mittel um die Menschen wieder in ein neues Normalarbeitsverhältnis (NAV) zu bringen.<sup>320</sup> Es sind zwar Normalarbeitsplätze geschaffen worden, doch ist durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ein weiterer Arbeitsmarkt mit atypischen Beschäftigungsverhältnisse entstanden.

Für die Betriebe bilden diese Arbeitsverhältnisse eine weitere Flexibilisierung ihrer Arbeitnehmerschaft. Sie können damit auf die jeweilige konjunkturelle Nachfrage nach ihren Produkten reagieren. Atypische Beschäftigung sind durch bestimmte Kriterien von den Normalarbeitsverhältnissen zu unterscheiden.

Zu diesen gehören die Teilzeittätigkeit, die geringfügige Beschäftigung mit den „Hartz- Gesetzen“ als Mini- und Midijobs eingeführt, aber auch die befristete Beschäftigung und die Leiharbeit.<sup>321</sup>

Diese Arbeitsverhältnisse sind in den Jahren der Agenda Reformen z. B. durch Neuschaffung von oben benannten Mini- und Midi Jobs stark gestiegen. Durch deren Einführung ist der im Schröder- Blair Papier geforderte Sektor für Geringqualifizierte geschaffen worden. Dabei lag der Fokus auf einem Gebiet,

---

<sup>319</sup> Gorz, 2000, S. 82

<sup>320</sup> vgl. Zeit- Online, 2010 (Internetquelle)

<sup>321</sup> vgl. Keller, Seifert, 2009, S. 40 und 41

welches durch niedrigere Produktivität gekennzeichnet ist. Vor allem geringer qualifizierten Menschen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, eine Beschäftigung zu finden und diesen als „Einstiegsjob“ zu nutzen.<sup>322</sup> Allerdings beruhen diese Möglichkeiten durch die verschärften Sanktionen im SGB II, auf einem Zwangskontext.

Viele der Löhne, die durch die atypische Beschäftigung erlangt werden, sind nicht ausreichend um eine unabhängiges Leben führen zu können. Daher sind die Beschäftigten weiterhin auf Sozialleistungen angewiesen. Somit sind sie nicht aus dem „Teufelskreis“ heraus. Dieser ist durch Zeiten von Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet.<sup>323</sup> Insofern wird unter der Devise des „Förderns und Forderns“ deutlich, dass der Mensch arbeiten muss um Teil der Gesellschaft zu sein. Allerdings besteht hier nur ein quantitativer Anspruch den Normalarbeitsverhältnisse ohne ein Abhängigkeitsverhältnis zum Staat, sind nur sehr schwer zu erzeugen.<sup>324</sup>

Es kann dabei eine Entwicklung zu einer Zweiklassenarbeitnehmerschaft beobachtet werden. Auf der einen Seite die Menschen in einem Normalarbeitsverhältnis, auf der anderen Seite die Menschen in einem atypischen Arbeitsverhältnis mit z.B. niedrigerem Kündigungsschutz oder ohne betriebliche Altersvorsorge.<sup>325</sup>

Die Effektivität der Arbeit spielt natürlich dann eine Rolle wenn es um die sinkende Zahl an benötigten Arbeitskräften geht. Daher soll sich der nächste Textabschnitt mit dieser beschäftigen.

## 11.2 Die Effektivität der Arbeit in der globalisierten Welt

Wie schon im vorangegangenen Kapitel beschrieben war die Verstärkte „Internationale Arbeitsteilung“ von einer Verringerung der Arbeitsplätze gekennzeichnet. Arbeitskräftemobilität und Qualifizierung bekamen damit einen höheren Stellenwert.<sup>326</sup>

---

<sup>322</sup> Schröder- Blair Papier, 2010 (Internetquelle)

<sup>323</sup> vgl. Keller, Seifert, 2009, S. 44

<sup>324</sup> vgl. Dahme, 2008, S. 15-16

<sup>325</sup> vgl. Keller, Seifert, 2009, S. 44

<sup>326</sup> vgl. Struck, Seifert, 2009, S. 7

Ehemals nur begrenzt zugänglichen Ressourcen des Menschen werden nun als Potenziale für die Arbeitskraft herangezogen.<sup>327</sup>

Ein Beispiel dafür bringt die Sozialwissenschaftlerin Brigitta Michel- Schwartz, die sich eingehend mit Stellenausschreibungen beschäftigte und beschreibt wie durch diese Ausschreibungen neue „Wirklichkeit produziert“ wird.<sup>328</sup>

Sie beschreibt damit den Prozess der Entgrenzung von Arbeit, welcher durch „Selbst-Kontrolle (Planung, Steuerung und Überwachung des eigenen Handelns) und die Selbst- Rationalisierung ( selbstständige Organisation von Alltag und Lebensverlauf und die „Verbetrieblichung der Lebensführung“ )“ manifestiert wird. Diese Entgrenzung greift damit unmittelbar in die Privatssphäre der Menschen ein. So ist der Arbeitskraft- Unternehmer in der Rolle die aktive Produktion und auch die Vermarktung für seine Leistungen und Fähigkeiten zu übernehmen.<sup>329</sup>

Das die Entgrenzung und damit auch die Flexibilisierung von Arbeit gegenüber den früher vorherrschenden „Normalarbeitsverhältnissen“ sowohl negative als auch positive Effekte mit sich bringt, streicht der Philosoph Gottfried Schweiger heraus. Als positive Aspekte sieht er z. B. die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine passendere Abstimmung von Arbeit und Beruf oder aber auch eine stärkere Berücksichtigung von individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer.<sup>330</sup> Möglich gemacht haben dies unter anderem die erhöhte Produktivität, welche die Arbeitszeit in Deutschland sinken ließ.<sup>331</sup> Die negativen Seiten dieser Entwicklung sind dabei, dass durch diese Entgrenzung ein planbares soziales Leben schwieriger zu gestalten ist, da Nachfragespitzen durch Mehrarbeit ausgeglichen werden müssen.<sup>332</sup>

Die daraus folgende Transformation vom „beruflichen Arbeitnehmer“ zum „Arbeitskraft Unternehmer“, der unter anderem durch die in Deutschland eingeführten „Ich AG`s“ eine Form gefunden hat, stellt den Menschen in einen dem Konkurrenzkampf ausgesetzten Wettbewerb.<sup>333</sup>

---

<sup>327</sup> vgl. *Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak*, 2009, S. 44

<sup>328</sup> vgl. *Michel- Schwartz*, 2010, S. 10 und 11

<sup>329</sup> *Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak*, 2009, S. 51

<sup>330</sup> vgl. dies., S. 40

<sup>331</sup> vgl. *Kroker, Dechamps*, 2000, S. 176

<sup>332</sup> vgl. *Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak*, 2009, S. 40

<sup>333</sup> vgl. *Böhler, Neumaier, Clemens, Sedmak*, 2009, S. 51

Auswirkungen für diese Verschiebungen, welche schon vor der Agenda 2010 in anderen Ländern sichtbar wurden, sind nach Deutung des Soziologen Amitai Etzioni, dass jeder selbstständige Akteur nur noch dem eigenen Nutzen verpflichtet ist und damit der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel steht.<sup>334</sup>

Nach der Meinung Amitai Etzionis sind daher durchaus Gefahren für die Gesellschaft zu erkennen. Nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Gerhard Wilke, sind diese Gefahren aber nicht zwangsläufig.

Seiner Meinung nach müssen die Menschen nicht „gut“ oder mit einer „hohen“ Moral ausgestattet sein, sondern können auch unter ökonomischen Bedingungen und der Eigenliebe verpflichtet, zusammenleben.<sup>335</sup>

Damit impliziert Wilke was Michel- Schwartze beschreibt, das die „optimale Ausnutzung von Arbeitskraft [...] um so erreichbar erscheint, je mehr viele Arbeitskräfte um wenige Arbeitsplätze konkurrieren.“<sup>336</sup>

Der damit aufgebaute Druck wird unter anderem damit befeuert, dass wie es der Soziologe André Gorz beschreibt, diejenigen die allein die Erwerbsarbeit als einzig mögliche Gesellschaftsform sehen, immer wieder damit argumentieren, dass Gesellschaftlichkeit und ein sinnvolles Leben nur mit der Erwerbsarbeit erreicht werden kann.<sup>337</sup>

Die eingerichteten Möglichkeiten von Mini- und Midi Jobs sind ein Hinweis darauf, dass die Arbeit und die aus Sicht der ehemaligen Bundesregierung erreichbare Vollbeschäftigung, gelingen kann. Alle auch die als „Stille Reserve“ bezeichneten Älteren und die Frauen sollten auf dem Arbeitsmarkt eine Chance bekommen.<sup>338</sup>

---

<sup>334</sup> vgl. *Etzioni*, 1994, S. 68

<sup>335</sup> vgl. *Wilke*, 2003, S. 161-162

<sup>336</sup> *Michel- Schwartze*, 2010, S. 13

<sup>337</sup> vgl. *Gorz*, 2000, S. 82

<sup>338</sup> FES, 2010 (Internetquelle)

## 12. Welches Menschenbild stand hinter den Reformen?

Um das Menschenbild hinter den Agenda Reformen der Regierung Schröder erklären zu können war es notwendig, diesen doch recht langen Exkurs in die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der 1980er Jahre bis zum Jahr 2003 darzustellen.

Ein eigenes Menschenbild der Politik konnte dabei allerdings nicht gefunden werden, vielmehr wird sie von individuellen Erfahrungen der Entscheidungsträger beeinflusst. Wie schon in den vorherigen Kapiteln beschrieben, gab es seit den 80er Jahren eine Reform und ein Umdenken in den sozialstaatlichen Systemen, die maßgeblich von den USA unter Ronald Reagan und Großbritannien unter Margaret Thatcher verbreitet wurde.<sup>339</sup> Die Ideen dieser neuen wirtschaftsliberalen Politikrichtung orientierten sich am Menschenbild der Wirtschaft, welches als Homo oeconomicus bekannt ist und der die „Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte abbilden soll“.<sup>340</sup> Dem Homo oeconomicus als einem rationalen und kalkulierend Handelnden, der nicht die Breite der gesellschaftlichen Alternativen absehen kann, wird die Aufgabe zu Teil die knappen Güter zu verteilen.<sup>341</sup> Auf dieser Grundlage werden nun politische Entscheidungen getroffen. Der Gerechtigkeitsgedanke der in unserer Gesellschaft vorherrschte ist damit aber nicht zu halten, „denn der Markt an sich ist bekanntlich nicht gerecht.“<sup>342</sup>

Sozialpolitik in Deutschland war in den 1980er Jahren eher defensiv gestaltet. Die Erwerbslosenquote war hoch. Und auch hier wurden, wie in Großbritannien, die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten als hauptverantwortlich für die Arbeitslosenzahlen gemacht.<sup>343</sup> Es musste zu einer, wie es Frank Pilz schreibt, „Sofortbremsung der Sozialausgaben“ kommen. Bereits zu dieser Zeit erhoffte

---

<sup>339</sup> vgl. *Wernicke, Bultmann*, 2007, S. 58

<sup>340</sup> *Bader*, 1994, S. 11

<sup>341</sup> *von Nell, Kuhfeld*, 2006, S.14

<sup>342</sup> dies., S.14

<sup>343</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S.120-121

man sich eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme durch stärkere Übertragung der Verantwortung auf Familien, Kirchen und Wohlfahrtsverbände.<sup>344</sup>

Ein Aspekt welcher noch nicht beleuchtet wurde dabei aber sowohl auf die „Notwendigkeit“ der Agendapolitik, sowie auf die Veränderungen des Menschenbildes der Politik anwendbar ist, beschreibt Franz Walter. Er weist auf eine Studie der Uni Wien hin. Jene untersuchte die Aufsteiger in der Gesellschaft. Dabei wurde herausgefunden, dass es gerade die Menschen die schnell in der „Hierarchie“ nach oben stiegen, waren, die sich individuell und „[...] ohne innere Sentimentalität von der jeweiligen Vergangenheit zu verabschieden in der Lage waren.“<sup>345</sup>

In der SPD sind diese Veränderungen deutlich zu sehen. „In dieser Zeit der Enthebung von unten sieht sich der Emporkömmling in einem „Kreuzfeuer von allen Seiten“.<sup>346</sup> Damit sehen sie sich „[...] genötigt, die Ellbogen grob auszufahren[...]“.<sup>347</sup> Damit kann auch eine Erklärung für die „Basta“ Politik von Gerhard Schröder gegeben werden.

Wie bereits beschrieben sind Menschenbilder immer konstruierte Bilder, die sich auch an den Lebensumständen der Menschen orientieren, mit denen sie zusammen leben. Hier orientieren sich die Personen der damaligen Regierung Schröder an der neuen Mitte und versuchten den „Dritten Weg“.

Durch die im Zuge des wissenschaftlich- technischen Fortschritts beginnende Auflösung der Arbeiterklasse, die schon im Bezug auf den „Dritten Weg“ erläutert worden ist, war es auch für das Individuum einfacher geworden sich durch eigene Arbeit, den Aufstieg zu ermöglichen. Der Aufstieg wurde auch nicht über kollektives Bemühen geschafft sondern ist ein Ergebnis der eigenen Willenskräfte. In der Studie der Uni Wien, wurde auch belegt, dass gerade sogenannte Aufsteiger ungern Steuern zahlen und auch Sozialleistungen mit Vorbehalten begegnen. Schließlich sei ihnen auch nichts geschenkt worden und großzügige Zuwendungen vom Staat würden den Bürger nur träge machen. Hier sind deutliche Parallelen zum Duktus von Mitgliedern der Regierungsparteien zu

---

<sup>344</sup> vgl. *Pilz*, 2004, S. 40

<sup>345</sup> *Walter*, 2010, S. 23

<sup>346</sup> ders., S. 24

<sup>347</sup> ders., S. 24



erkennen, die eine Aktivierung der Bürger vorsahen und mit denen auch Gerhard Schröder seine Agenda 2010 begründete.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die damit begründete Aktivierung ließ ein Bild vom Menschen zu Tage treten, welches ihn in ununterbrochener Produktivität bei gleichzeitiger Bereitschaft lebenslang zu lernen und räumliche sowie soziale Bindungen dem Arbeitsverhältnis anzupassen, sah.<sup>348</sup>

Damit einhergehend war auch die Schaffung eines neuen Gerechtigkeitsbegriffes für die Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit wurde neu definiert, von der Verteilungs- zur Chancengerechtigkeit. Dabei soll der Fokus auf der Bildungs- und Familienpolitik liegen. Allerdings wird auch ein Nützlichkeitsaspekt sichtbar wenn es heißt, dass Politik für jene zu machen sei, die arbeiten, lernen, sich qualifizieren und sich somit für die Gesellschaft einsetzen.<sup>349</sup>

Damit wird wiederum auch der Eindruck geweckt, dass sowohl die Politik und andere Entscheidungsträger nicht mehr in der Lage sind, die Gesellschaft zusammenzuhalten.<sup>350</sup>

## 12.1 Folgen der Reformen für die Gesellschaft

Abschließend kann die Antwort nicht gegeben werden. Es ist aber möglich eine Richtung aufzuzeigen, die bereits in den 1980er Jahren eingeschlagen wurde. Alle Veränderungen muten den Menschen und den damit verbundenen Kulturen große Anpassungen zu. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten große Steigerungen aber auch tiefe Fälle erlebt. Gerade in den Phasen der wirtschaftlichen Abkühlung, wie zu Amtsantritt von Rot- Grün, ist eine Entwicklung von gesellschaftlicher Desintegration zu erkennen. Auslöser dafür sind ökonomische Rationalisierungen Dies betrifft dann vor allem Menschen die über eine schwache Lobby verfügen.<sup>351</sup>

Damit verschärfen sich aber auch die Konflikte innerhalb der Gesellschaft. Der Sozialstaat der sich in den Zeiten von stagnierender oder fallender Wirtschaftsentwicklung immerwährender Kürzung gegenüber sieht, soll trotz allem

---

<sup>348</sup> vgl. *Butterwegge*, 2006, S. 187

<sup>349</sup> vgl. *Butterwegge* 2006 S. 248

<sup>350</sup> vgl. *von Nell, Kufeld*, 2006, S. 59

<sup>351</sup> vgl. *Heitmeyer*, 1997, S. 149-150

noch die Ordnung der Lebensverhältnisse sichern. Dabei ist das Modell des deutschen Sozialstaates auf die Solidarität aller aufgebaut.<sup>352</sup>

Er hat diese Grundvorstellungen über seine Aufgaben aus einem Konsens der politischen Entscheider nach dem Krieg bezogen.

Durch diese erwähnten Krisen wird der Sozialstaat aufgeweicht, gerade auch dadurch, dass der Sozialstaat an sich kein eigenes Menschenbild besitzt, sondern vielmehr durch die Politiker der jeweiligen Regierungsparteien beeinflusst wird, die auch durch individuelle Erfahrungen geleitet sind.<sup>353</sup>

Für die Gesellschaft wird ein nicht mehr auf Solidarität basierender Sozialstaat unberechenbar, da sich Widersprüche ergeben. Zum einen ist dort die Freiheit welche jedem Menschen in dieser Gesellschaft zugesichert wird enthalten, zum anderen soll dieses Ziel über Zwänge erreicht werden.<sup>354</sup>

In Folge der Aktivierungsmaßnahmen ist die Möglichkeit gegeben, dass der Staat auch in die intimsten Lebensbereiche eintritt. Betroffen sind dabei vor allem Arbeitslose, aber auch der Rest der Gesellschaft sieht sich einer „Präventionspolitik“<sup>355</sup> gegenüber.

Dieser Eindruck verschärft sich, wenn die Umstellung von „Welfare“ zu „Workfare“ als ein System angesehen wird, welches eine Selektionsfunktion beinhaltet.<sup>356</sup>

Diese Selektionsfunktion und die damit einhergehende asymmetrische Verteilung von Einkommen birgt, wie es 1997 schon Wilhelm Heitmeyer schrieb, auch Gefahren für die Wirtschaft, wenn die Kaufkraft immer weiter zurückgeht.<sup>357</sup>

Eine Spaltung der Gesellschaft schreitet voran wenn immer mehr Menschen in Arbeitverhältnissen leben, die als prekär angesehen werden. Nicht nur diese sind vom sozialen Abstieg bedroht, sondern auch die von Gerhard Schröder beschriebene „Neue Mitte“. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist der Mobilitätsprozess nach unten deutlich schneller geworden.<sup>358</sup>

---

<sup>352</sup> vgl. Müller, 2006, S. 132

<sup>353</sup> vgl. Behrends, Schumann, 2008, S. 41

<sup>354</sup> vgl. Butterwegge, 2006 S. 335

<sup>355</sup> Dahme, 2008, S. 16

<sup>356</sup> ders., S. 14

<sup>357</sup> vgl. Heitmeyer, 1997, S. 224

<sup>358</sup> vgl. Burzan, 2008, S. 7

Die Abgrenzung zu Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen werden dann deutlich, wenn die Abstände zur „Mitte“ geringer werden. Dies zeigt auch eine Studie von Heitmeyer, welche sich mit „deutschen Zuständen“ beschäftigt. In Folge des Wandels der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft, sind auch die Bewertungskriterien des Marktes zunehmend auf den Menschen übergegangen. Durch dieses Eindringen kann es zu einer Veränderung der Moralvorstellung einer Gesellschaft kommen, wenn Nützlichkeitskriterien entscheidend sein sollen.<sup>359</sup> Im Zuge dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass gerade Menschen die einen eher niedrigen sozialen Status haben, zu diesen Kriterien tendieren. Die Abgrenzung zu Hartz IV Empfängern war demnach besonders stark. Durch die verstärkte Polarisierung auch in den Medien wird ein Eindruck erweckt, dass diese Gruppe der Menschen am wenigsten nützlich für die Gesellschaft ist und sie sich diese nicht mehr leisten kann.<sup>360</sup> Dabei sind es nicht nur Arbeitslosengeld II Empfänger die, sich einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“<sup>361</sup> gegenübersehen, vielmehr sehen sich auch Ausländer, Obdachlose, Behinderte und Homosexuelle einer Abwertung gegenüber.<sup>362</sup> Die Gruppe der langzeitarbeitslosen Menschen wurde erst im Jahre 2007 in die Studie aufgenommen, daher kann ein Zusammenhang der Abwertung im Zuge der Agenda 2010 deutlich gemacht werden.<sup>363</sup>

## 12.2 Gefahren für die Demokratie

Gefahren für die Demokratie sind nicht nur die äußeren Merkmale, wie die sinkende Bereitschaft sich an Wahlen zu beteiligen<sup>364</sup>, sondern auch die Einstellung innerhalb der Gesellschaft gegenüber Minderheiten. Die Agendareformen haben zu diesen Gefahren beigetragen. Deutlich wird dies unter anderem in den Aussagen, die im letzten Kapitel beschrieben worden sind. Eine Demokratieentleerung findet dann statt, wenn immer mehr Bevölkerungsschichten wie durch die Arbeitsmarktreformen geschehen, an den Rand der Gesellschaft geschoben werden. Die Bevölkerung sieht sich machtlos einem politischen

---

<sup>359</sup> vgl. Heitmeyer, 2008, S. 56-57

<sup>360</sup> vgl. Heitmeyer, 2008, S. 65

<sup>361</sup> ders., S. 18

<sup>362</sup> vgl. Heitmeyer, 2008, S. 26- 30, Tab. 1

<sup>363</sup> ders., S. 21

<sup>364</sup> BpB, 2010 (Internetquelle)

System gegenüber welches sie, obwohl zur Partizipation anhaltend, ausschließt.<sup>365</sup>

Eine weitere Erklärung ist die von Politikern beschriebene fehlende Steuerungskraft der Wirtschaft.<sup>366</sup> Globalisierung und der Markt, sowie ein wirtschaftlicher Aufschwung, wie durch Gerhard Schröder postuliert, sind allerdings keine Sicherheit für eine Stärkung der Demokratie. Vielmehr wird deutlich, dass nur durch das Aufhalten von Desintegrationsprozessen die Demokratieentleerung verhindert werden könnte.<sup>367</sup> Diese Prozesse aufzuhalten, um „[...] die Wirkungen der Globalisierung nicht unmittelbar den einzelnen [...]“<sup>368</sup> ereilen zu lassen, ist eine andere Bedingung für das Aufhalten vom Rückzug aus demokratischen Verfahren.

Für Deutschland hat sich gerade auch nach der Einführung der Agenda 2010 ein Trend ergeben, der die gefühlte politische Machtlosigkeit bei knapp der Hälfte der Gesamtbevölkerung sieht.<sup>369</sup>

Auch über die von Medien vermittelten Bilder der Politik, kann es zu einer Demokratieentleerung kommen. So haben wie es der Politikwissenschaftler Thomas Meyer beschreibt, die „[...] mühsamen Procedere der Demokratie, unter den Gesetzen der Medienwelt, kaum eine Chance“.<sup>370</sup> Vorallem die Konzentration auf Personen, bietet den Politikern die Möglichkeit sich schnell auch mit populistischen Thesen über z.B. Arbeitslosengeld II Empfänger und Migranten in die Schlagzeilen zu bringen.<sup>371</sup> Die Äußerungen des ehemaligen SPD Finanzsenators von Berlin, Thilo Sarrazin haben dieses verdeutlicht.<sup>372</sup>

Anders als in den Medien sinkt die Akzeptanz der Bürger für die Politik, wenn die Entscheidungswege intransparent sind. In den Medien werden die Positionen vertreten, die Beschlüsse sind für viele Bürger allerdings nicht durchsichtig. Die steigende Bedeutung der Europäischen Union kann für die Bürger der Nationalstaaten und deren Demokratieverständnis folgen haben. Beschlüsse und

---

<sup>365</sup> vgl. *Heitmeyer* 2008, S. 242

<sup>366</sup> vgl. Regierungserklärung, 2010 (Internetquelle)

<sup>367</sup> *Heitmeyer*, 2008, S. 243

<sup>368</sup> *Willems*, 2002, S. 53

<sup>369</sup> vgl. *Heitmeyer*, 2008, S. 76

<sup>370</sup> *Decker*, 2006, S. 86

<sup>371</sup> FR- Online, 2010 (Internetquelle)

<sup>372</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 2010 (Internetquelle)

Gesetze werden immer internationaler gestaltet. Die Mitgliedsstaaten können so weniger auf die Bedürfnisse ihrer Bürger eingehen<sup>373</sup>, „[...] die Kontroll-, Eingriffs- und Beteiligungsmöglichkeiten schwinden[...] [daher] .“<sup>374</sup>

Die Globalisierung hat in ihren verschiedenen Dimensionen<sup>375</sup> auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene dazu geführt, dass sich die Parteien in einer Legitimationskrise befinden. Durch „populistische Versatzstücke“ wie im Falle der Agenda 2010 geschehen, sollte die Komplexität der heutigen Politik überdeckt werden. Gesellschaftliche Folgen bleiben dabei meist unbeantwortet, denn die Politik erweckt den Eindruck, dass sie durch Wahlen legitimiert ist und somit auch im Sinne des Wählers handelt.<sup>376</sup>

In Bezug auf die Agenda 2010 hat sich eine weitere Tendenz ergeben, die als Gefahr für die Demokratie gesehen werden kann. Das verstärkte Einsetzen von Sachverständigengremien zeigt doch wiederum, und das ist der Widerspruch zu populistischen Äußerungen egal ob aus dem christdemokratischen, liberalen, sozialdemokratischen, grünen und linken Lager, dass die politische Ebene vielschichtiger geworden ist und dadurch das Votum des Bürgers nicht immer berücksichtigt werden kann.<sup>377</sup> Das wird unter anderem an den aktuellen Protesten in Stuttgart über den geplanten Bahnhofsneubau und die Demonstrationen rund um die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken deutlich.

---

<sup>373</sup> vgl. *Willems*, 2002, S. 35

<sup>374</sup> ders., S. 41

<sup>375</sup> vgl. *Decker*, 2006, S. 48

<sup>376</sup> ders., S. 234

<sup>377</sup> ders., S. 237

### 13. Fazit

In dieser Arbeit sollte festgestellt werden welches Menschenbild der Politik hinter der Einführung der Agenda 2010 stand. Es gilt festzuhalten, dass diese Frage nicht ganz einfach zu beantworten war. Durch die Untersuchungen der Vielzahl von Veränderungen die sich sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene ereignet haben, kann von einem klassischen Menschenbild der Sozialdemokratie nicht mehr ausgegangen werden. Zur Transformation dieses Menschenbildes, welches an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geknüpft war, haben die oben genannten Veränderungen geführt.

Dabei ist in der kritischen Auseinandersetzung ein Menschenbild zu Tage getreten, dass sich immer mehr an den Kriterien der Wirtschaft orientierte. Dass diese immer mehr Einzug in die Tagespolitik bekam war der, wie dargestellt, vermehrten Einbeziehung von Unternehmensberatern und Lobbyisten geschuldet, die im Sinne einer freundlicheren Wirtschaftspolitik, gezielt den Umbau des Sozialstaates forcierten. Die hat dazu geführt, dass sich die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft den ökonomischen Zwängen der Globalisierung angepasst hat.

Das Individuum nimmt in diesem Zusammenhang eine besondere Stellung ein. Die Politik zog sich mit Verkündung der Agenda 2010 immer mehr aus den für eine Gesellschaft konstitutiven Bereichen wie der Gesundheitspolitik oder der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurück. Das Beispiel der Wirtschaft wurde angebracht um zu erklären warum sie dies tat. Besonders wurde auf das Menschenbild im Neoliberalismus eingegangen denn dort zeigte sich, dass es für die Politiker garnicht möglich sein kann, allumfassende Entscheidungen die eine Gesellschaft benötigt, zu fassen.

Die Übertragung der Verantwortung auf jeden einzelnen Menschen war daher nur notwendige Folge der Agenda 2010. Durch diese Einzelkämpfermentalität, ist natürlich auch der in der früheren Sozialdemokratie verankerte Begriff der Solidarität unterminiert worden. Dieser zielte in der Geschichte der SPD immer darauf ab, die Menschen in ihren Lebenslagen zu unterstützen. Begriffe wie Leistung, Disziplin und Eigenverantwortung implizieren allerdings das sich diese

Integration von nun an nur noch an die richten werden, die gewillt sind auch für niedrige Löhne in prekären Arbeitsverhältnissen zu arbeiten. Menschen die sich diesen Attributen nicht anschließen konnten oder wollten, werden durch dieses veränderte Menschenbild in ihrer Freiheit eingeschränkt. Die Schlußfolgerung folgt dabei aus der betrachteten Arbeitsmarktreform. Der Begriff der Freiheit wird mit diesen Gesetzen pervertiert. Freiheit, gerade für Arbeitslose, bedeutet seit der Einführung der Hartz Gesetze, Eingliederungsvereinbarungen abzuschließen und in diesem Rahmen weitgehende Zugeständnisse gegenüber den Behörden zu machen.

Hier ist auch das gesellschaftsintegrierende Mittel zu sehen. Wer nun Teil der Gesellschaft sein möchte muss seine Arbeitskraft anbieten, sollte er sich diesen Verweigern, sind von Seiten des Staates Sanktionen zu erwarten. Diese Entwicklungen, nehmen immer mehr die Züge eines autoritären Systems an.

In die Untersuchungen sind auch die Medien einbezogen worden. Diese nahmen bei dem sich verändernden Menschenbild in der Politik eine entscheidende Rolle ein. Durch die Beschriebene enge Beziehung zu Journalisten ist die objektive Berichterstattung für einige nicht mehr zu gewährleisten gewesen. Das hat sich an den vielen positiven Berichten über die Agenda 2010 gezeigt, welche diese „Basta“ Entscheidung mit wohlwollen verfolgten.

Auch hier ist ein Einfluß auf das Menschenbild der Politik sichtbar geworden. Die zunehmende Fokussierung auf einzelne Politiker machte diesen klar, dass sie für Entscheidungen die Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft haben, keinen Rückhalt mehr in der Partei und bei den Bürgern benötigen. Die Medien als Projektionsfläche reichten gerade bei der Umsetzung der Agenda 2010 aus.

Das die Medien aber eine andere Intention verfolgten, wurde im Falle von Bertelsmann sichtbar. Die zunehmende Konzentration der Medien zu wirtschaftlich operierenden Konzernen, stellte ein anderes Menschenbild als das der Sozialdemokratie dar. Die Produktion von Wirklichkeit folgt damit den Gesetzen des Marktes. Der Gerechtigkeitsbegriff der dem Markt zu eigen ist, ist dabei ein anderer als der der Sozialdemokratie.

Die Entwicklung in diese Richtung hat, wie dargestellt, auch Auswirkungen auf die Demokratie. Die Politik richtet sich eben oft nicht mehr nach dem Votum ihrer Wähler aus, sondern orientiert sich an der konstruierten Wirklichkeit der Medien und der Wirtschaft. Der Bürger ist damit in eine Rolle geraten in der er zwar alle vier Jahre sein Kreuz machen kann, ansonsten aber den Entscheidungen der Politik und den anderen nicht durch Wahlen legitimierten Beratern ausgeliefert ist.

Eine Tendenz im gesellschaftlichen Kontext welche sich durch die Bearbeitung des Themas herauskristallisiert hat, ist der Punkt, dass sich durch die zunehmende Ökonomisierung in allen Bereichen der Gesellschaft, die Menschen untereinander mit immer mehr mit Argwohn betrachten. Daran ist auch eine Veränderung des Menschenbildes eines jeden Einzelnen zu erkennen.



## Quellenverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*: Memorandum 2009  
 Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung  
 Köln 2009  
 zitiert: *Memorandum*, 2009, S.
- Barth, Thomas (Hrsg.)*: Bertelsmann: ein globales Medienimperium macht Politik.  
 Expansion als Bildungsdienstleister und politische Einflussnahme -  
 internationale Perspektive, Hamburg 2006.  
 zitiert: Verfasser, in *Barth* 2006, S.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) Gorz, Andre*: Arbeit zwischen Misere und Utopie.  
 Frankfurt am Main 2000  
 zitiert: *Gorz*, 2000, S.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) Giddens, Anthony*: Der dritte Weg. Die Erneuerung der  
 sozialen Demokratie. Frankfurt am Main 1999  
 zitiert: *Giddens*, 1999, S.
- Becker, Frans; Duffek, Karl; Mörschel, Tobias (Hrsg.)*: Sozialdemokratische  
 Reformpolitik und Öffentlichkeit. Wiesbaden 2007  
 zitiert: *Becker, Duffek, Mörschel*, 2007, S.
- Brock, Dietmar*: Globalisierung Wirtschaft – Politik – Kultur – Gesellschaft  
 Wiesbaden 2008  
 zitiert: *Brock*, 2008, S.
- Böhler, Thomas; Neumaier, Otto; Schweiger, Gottfried; Sedmak, Clemens*:  
 Menschenwürdiges Arbeiten. Eine Herausforderung für Gesellschaft, Politik  
 und Wissenschaft. Wiesbaden 2009  
 zitiert: *Böhler u.a.*, 2009, S.
- Burzan, Nicole*: Die Absteiger:  
 Angst und Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft  
 In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung  
 33 – 34/2008 Bonn 2008 S. 6 - 12  
 zitiert: *Burzan*, 2008, S.
- Butterwegge, Christoph; Klundt Michael; Zeng Matthias*: Kinderarmut in Ost- und  
 Westdeutschland. Wiesbaden 2005  
 zitiert: *Butterwegge, Klundt, Zeng*, 2005, S.
- Butterwegge, Christoph*: Krise und Zukunft des Sozialstaats. 3., erwei. Auflage  
 Wiesbaden 2006  
 zitiert: *Butterwegge*, 2006, S.

- Butterwegge Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf* : Kritik des Neoliberalismus.  
2., verbess. Auflage  
Wiesbaden 2008  
zitiert: *Butterwegge, Lösch, Ptak*, 2008, S.
- Castel, Robert; Dörre, Klaus* (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung.  
Die Soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts  
Frankfurt am Main 2009  
zitiert: *Castel, Dörre*, 2009, S.
- Dahme, Heinz – Jürgen*: Krise der öffentlichen Kassen und des Sozialstaats,  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Wandel der Sozialen Arbeit  
12 – 13/2008 S. 10 – 16  
zitiert: *Dahme*, 2008, S.
- Decker, Frank* (Hrsg.): Populismus.  
Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006  
zitiert: *Decker*, 2006, S.
- Dettling, Warnfried*: Politik und Lebenswelt.  
Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh 1995  
zitiert: *Dettling*, 1995, S.
- Dierkes, Hans*: Arbeitstexte für den Unterricht: Philosophische Anthropologie  
Stuttgart 1989  
zitiert: *Dierkes*, 1989, S.
- Dobner, Petra*: Neue Soziale Frage und Sozialpolitik. Wiesbaden 2007  
zitiert: *Dobner*, 2007, S.
- Dörre, Klaus; Panitch, Leo; Zeuner, Bodo*: Die Strategie der "Neuen Mitte".  
Verabschiedet sich die moderne Sozialdemokratie als Reformpartei?  
Hamburg 1999  
zitiert: *Dörre, Panitch, Zeuner*, 1999, S.
- Ganßmann, Heiner*: Politische Ökonomie des Sozialstaats. 2., überarb. Auflage  
Münster 2009  
zitiert: *Ganßmann*, 2009, S.
- Geißler, Rainer*: Die Sozialstruktur Deutschlands.  
Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Wiedervereinigung.  
4. überarb., aktual. Aufl. Wiesbaden 2006  
zitiert: *Geißler*, 2006, S.
- Gillen, Gabriele*: Hartz IV Eine Abrechnung. 3. Auflage Reinbek bei Hamburg 2005  
zitiert: *Gillen*, 2005, S.
- Göhler, Gerhard; Schmalz-Jacobsen, Cornelia; Walther, Christian* (Hrsg.)  
Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation.  
Frankfurt am Main 2007  
zitiert: *Göhler, Schmalz- Jacobsen, Walther*, 2007, S.

- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen?*  
Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur  
Konfliktgesellschaft. Frankfurt am Main 1997  
zitiert: *Heitmeyer*, 1997, S.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände.* Frankfurt am Main 2008  
zitiert: *Heitmeyer*, 2008, S.
- Held, David: Soziale Demokratie im globalen Zeitalter,* Frankfurt am Main 2007  
zitiert: *Held*, 2007, S.
- Herrmann, Axel: Idee der Menschenrechte,* In: Bundeszentrale für politische  
Bildung. 210 Bonn 2000, S. 4 - 7  
zitiert: *Herrmann* 2000, S.
- Hillebrandt, Frank: Exklusionsindividualität:  
Moderne Gesellschaftsstruktur und die soziale Konstruktion des Menschen*  
Opladen 1999  
zitiert: *Hillebrandt*, 1999, S.
- Kampe, Dieter. Nachruf auf die Treuhand. Wer uns kennenlernt, gewinnt uns lieb.*  
Berlin 1993  
zitiert: *Kampe*, 1993, S.
- Karmasin, Matthias (Hrsg.): Medien und Ethik* Stuttgart 2002  
zitiert: *Verfasser*, in *Karmasin*, 2002, S.
- Keller, Bernd; Hartmut Seifert: Arbeitsmarktpolitik.  
Atypische Beschäftigungsverhältnisse*  
In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27/2009  
Bonn 2009 S. 40 – 46  
zitiert: *Keller, Seifert*, 2009, S.
- Kroker, Eduard J.M., Dechamps Bruno: Das Menschenbild der freien Gesellschaft  
Globalisierung und Europäische Integration*  
Frankfurt am Main 2000  
zitiert: *Kroker, Dechamps*, 2000, S.
- Leif, Thomas: Von der Symbiose zur Systemkrise.*  
In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Lobbying und Politikberatung* 19/2010  
Bonn 2010 S. 3 – 9  
zitiert: *Leif*, 2010, S.
- Meinberg, Eckhard: Das Menschenbild der modernen Erziehungswissenschaft*  
Darmstadt 1988  
zitiert: *Meinberg*, 1988, S.
- Meng, Richard: Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder?*  
Frankfurt am Main 2002  
zitiert: *Meng*, 2002, S.

- Merkel, Wolfgang; Egle, Christoph; Henkes, Christian; Ostheim, Tobias; Petring, Alexander*: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006  
zitiert: *Merkel u.a.*, 2006, S.
- Merten, Klaus; Schmidt, Siegfried J.; Weischenberg, Siegfried*: Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen, 1994  
zitiert: *Merten, Schmidt, Weischenberg*, 1994, S.
- Meyer, Thomas; Vorholt, Udo (Hrsg.)*: Menschenbild und Politik Bochum/Freiburg 2004  
zitiert: *Meyer, Vorholt*, 2004, S.
- Michel- Schwartz, Brigitta (Hrsg.)*: "Modernisierungen" methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden 2010  
zitiert: *Michel- Schwartz*, 2010, S.
- Müller, Albrecht*: Machtwahn – Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet. München 2006  
zitiert: *Müller*, 2006, S.
- Oerter, Rolf; Detzer, Kurt A.*: Menschenbilder in der modernen Gesellschaft. Konzeptionen des Menschen in Wissenschaft, Bildung, Kunst, Wirtschaft und Politik. Stuttgart 1999  
zitiert: *Oerter*, 1999 S.
- Pilz, Frank*: Der Sozialstaat. Ausbau - Kontroversen - Umbau. Bonn 2004  
zitiert: *Pilz*, 2004, S.
- Pontzen, Daniel*: Nur Bild, BamS und Glotze? Medialisierung der Politik aus Sicht der Akteure, Hamburg 2006.  
zitiert: *Pontzen*, 2006, S.
- Puetter, Uwe*: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU. Wien 2009  
zitiert: *Puetter*, 2009, S.
- Ritzi, Claudia; Gary S. Schaal*: Politische Führung in der „Postdemokratie“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Politische Führung 2 – 3/2010 Bonn 2010 S. 9 – 15  
zitiert: *Ritzi, Schaal*, 2010, S.
- Sakowsky, Dagmar*: Die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher Göttingen 1992  
zitiert: *Sakowsky*, 1992, S.
- Stascheit, Ulrich*: Gesetze für Sozialberufe Nomos Verlag Baden Baden 2007  
zitiert: *Stascheit*, 2007, §, S.

*von Nell, Verena; Kuhfeld, Klaus (Hrsg.): Homo oeconomicus  
Ein neues Leitbild in der globalisierten Welt? Berlin 2006  
zitiert: von Nell, Kuhfeld, 2006, S.*

*Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts?  
Zur Transformation der Sozialdemokratie. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Berlin 2010  
zitiert: Walter, 2010, S.*

*Wernicke Jens, Bultmann Thorsten (Hrsg.): Netzwerk der Macht – Bertelsmann  
Der medial politische Komplex aus Gütersloh erw. Auflage, Marburg 2007  
zitiert: Wernicke, Bultmann, 2007, S.*

*Willems, Ulrich (Hrsg.): Demokratie auf dem Prüfstand.  
Bürger, Staaten, Weltwirtschaft. Opladen 2002  
zitiert: Willems, 2002, S.*

*Zehetmair, Hans (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung.  
Wiesbaden 2007  
zitiert: Zehetmair, 2007, S.*

## **Internetquellen**

*Bandelow, Nils*  
URL:<http://www.nilsbandelow.de/kldetp03.pdf> [Stand 23.08.10]  
zitiert: Bandelow, 2010

*Bertelsmann Stiftung*  
Motive des Stifters  
URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-5723197B-664C1EB3/bst/hs.xsl/2084.htm> [Stand 26.09.10]

Interview mit Reinhard Mohn  
URL:[http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-7EFCA84D-84439109/bst/hs.xsl/nachrichten\\_98117.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-7EFCA84D-84439109/bst/hs.xsl/nachrichten_98117.htm) [Stand 26.09.10]

zitiert alle: Bertelsmann Stiftung, 2010

*Bundesagentur für Arbeit*  
URL:[http://www.arbeitsagentur.de/nn\\_25698/Navigation/zentral/Buerger/Arbeitslos/Alg/Dauer-Hoehe/Leistungssatzes/Leistungssatzes-Nav.html](http://www.arbeitsagentur.de/nn_25698/Navigation/zentral/Buerger/Arbeitslos/Alg/Dauer-Hoehe/Leistungssatzes/Leistungssatzes-Nav.html)  
[Stand 25.09.10]  
zitiert: BA, 2010

*Bundesministerium für Arbeit und Soziales*  
URL:[http://www.bmas.de/portal/10688/geschichte\\_\\_der\\_\\_gesetzlichen\\_\\_rentenversicherung.html](http://www.bmas.de/portal/10688/geschichte__der__gesetzlichen__rentenversicherung.html) [Stand 25.10.10]  
Zitiert: BMAS, 2010

*Bundesministerium für Bildung und Forschung*

URL: <http://www.bmbf.de/de/11052.php> [Stand 22.09.10]

zitiert: BMBF, 2010

*Bundesministerium der Justiz Einigungsvertrag Art. 25*

URL: [http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/art\\_25.html](http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/art_25.html)

[Stand 14.08.10]

zitiert: BMJ, 2010

*Bundeszentrale für politische Bildung:*

Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik

URL: <http://www.bpb.de/wissen/04595342102275881412432289782712,0,0>

,Stabilit%E4tsgesetzKonzertierte\_AktionB%FCndnis\_f%FCr\_Arbeit\_Ausbildung\_und\_Wettbewerbsf%E4higkeit.html [Stand 25.09.10]

Arbeitslose und Arbeitslosenquote

[http://www.bpb.de/wissen/H9NU28,0,0,Arbeitslose\\_und\\_Arbeitslosenquote.html](http://www.bpb.de/wissen/H9NU28,0,0,Arbeitslose_und_Arbeitslosenquote.html)

[Stand 09.09.10]

Sockelarbeitslosigkeit

URL: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=GG8RUW](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=GG8RUW)

[Stand 13.10.2010]

Liberalismus

URL: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=9GGQJT](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=9GGQJT)

[Stand 23.10.2010]

Konservatismus

URL: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=KM023X](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=KM023X)

[Stand 23.10.2010]

zitiert alle: BpB., 2010

*Christlich Demokratische Union Deutschlands:*

Die Aktualität des christlichen Menschenbildes

URL: [http://www.cdu.de/doc/pdf/az\\_christliche\\_werte.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/az_christliche_werte.pdf) S. 14

[Stand 25.10.10]

zitiert: CDU, 2010

*Deutsches Historisches Museum*

August Bebel

URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/BebelAugust/index.html>

[Stand 23.10.10]

Das Kaiserreich

URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/index.html> [Stand 23.10.10]

Der Kulturkampf

URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/innenpolitik/kulturkampf/index.html> [Stand 23.10.10]

zitiert alle: DHM, 2010

*Deutsche Public Relations Gesellschaft e.V.*

URL:<http://www.dprg.de/statische/itemshowone.php4?id=39>

[Stand 20.10.10]

zitiert: Deutsche Public Relations Gesellschaft, 2010

*Die Bundesregierung: Antworten zur Agenda 2010*

URL:[http://archiv.bundesregierung.de/artikel/81/557981/attachment/557980\\_0.pdf](http://archiv.bundesregierung.de/artikel/81/557981/attachment/557980_0.pdf) [Stand 29.07.10]

zitiert: Agenda 2010, 2010

*Die Bundesregierung: Regierungserklärung zur Agenda 2010*

URL:<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/79/472179/multi.htm> [Stand 29.07.10]

zitiert: Regierungserklärung, 2010

*Die Bundesregierung: Regierungserklärung 1998*

URL:<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/16/69116/multi.htm> [Stand 08.08.10]

zitiert: Regierungserklärung 1998, 2010

*Duden: Kanzlermehrheit*

<http://www.duden.de/definition/kanzlermehrheit> [Stand 01.11.10]

zitiert: Duden, 2010

*Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ein Euro- Jobs werden missbraucht*

URL:<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E6FB1F50C89F848389EE95B722ADA69B8~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Stand 15.11.10]

zitiert: FAZ, 2010

*Frankfurter Rundschau: Spätromischer Steuersozialismus*

URL: <http://www.fr-online.de/politik/spaetroemischer-steuersozialismus/-/1472596/2796954/-/index.html> [Stand 10.11.2010]

zitiert: FR-Online, 2010

*Friedrich Ebert Stiftung: Grundsatz-, Regierungs-, und Wahlprogramme der SPD*

URL: <http://library.fes.de/library/html/voll-prog-spec01.html>  
[Stand 02.09.2010]

Erneuerung und Zusammenhalt: Regierungsprogramm der SPD 2002-2006

URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a02-03539.pdf>  
[Stand 02.09.2010]

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1998

<http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa98-07828.pdf>  
[Stand 02.09.10]

zitiert alle: FES, 2010

*Fuchs, Manuel: Globalisierung- Fakten*

URL:<http://www.globalisierung-fakten.de/globalisierung/definition-globalisierung.html> [Stand 10.08.2010]

zitiert: Fuchs, 2010

*Gabler Verlag (Hrsg.) Gabler Wirtschaftslexikon: Sozialdarwinismus*

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/sozialdarwinismus.html>  
[Stand 19.10.10]

zitiert: Gabler, 2010

*Hans Böckler Stiftung: Ein Arbeitsleben mit Niedriglohn reicht nicht für die Rente*

URL:<http://www.boecklerboxen.de/5426.htm> [Stand 23.10.10]

Arbeitsmarkt: Sockelarbeitslosigkeit bislang nicht gesunken

URL: [http://www.boeckler.de/pdf/impuls\\_2008\\_14\\_6.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2008_14_6.pdf) [Stand 13.10.10]

zitiert alle: Böckler Stiftung, 2010

*Herbert – Quandt – Stiftung*

URL:[http://www.herbert-quandt-stiftung.de/root/index.php?page\\_id=610&](http://www.herbert-quandt-stiftung.de/root/index.php?page_id=610&)  
[Stand 24.10.10]

zitiert: Quandt Stiftung, 2010

*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*

URL:<http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/INSM-Dossier-Wachstum/Vorbild-Grossbritannien-Das-britische-Modell.html>  
[Stand 09.08.2010]

URL:<http://www.wirtschaftundschule.de/Lexikon/I/Individualisierung.html>  
[Stand 13.09.2010]

zitiert alle: INSM, 2010

*Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung*

URL: <http://doku.iab.de/kurzber/1998/kb0898.pdf> [Stand 17.09.10]

URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1007.pdf> [Stand 25.09.10]

zitiert: IAB, 2010

*Internationales Komitee der vierten Internationale Deutschland nach der Wahl*

<http://www.wsws.org/de/1998/okt1998/wahl-o09.shtml> [Stand 24.10.10]

zitiert: WSWS, 2010

*Kluszczewski, Prof. Dr. D.: John Locke in Stichworten*

URL:<http://www.uni-leipzig.de/~straf/materialien/wise0506/rph-stichwortelocke.pdf> [Stand 05.10.10]

zitiert: Kluszczewski, 2010



*Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

URL:[http://www.spd.de/de/partei/geschichte/chronologie/1890\\_1891/index.html](http://www.spd.de/de/partei/geschichte/chronologie/1890_1891/index.html) [Stand 22.10.10]

[http://www.documentarchiv.de/brd/2002/wahlprogramm\\_spd\\_2002.html](http://www.documentarchiv.de/brd/2002/wahlprogramm_spd_2002.html) [Stand 26.10.10]

URL: [http://www2.spdlinke.de/uploads/0057\\_03.04.28\\_argumentecontra.pdf](http://www2.spdlinke.de/uploads/0057_03.04.28_argumentecontra.pdf) [Stand 12.10.10]

zitiert alle: SPD, 2010

*Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik*

URL:<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Monatsausgaben/WistaApril07.property=file.pdf> (S. 367 Schaubild 4 und S. 363 Schaubild 3) [Stand 10.08.2010]

URL:<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content100/lrab001ga,templateId=renderPrint.pslm> [Stand 25.10.10]

zitiert alle: Statistisches Bundesamt, 2010

*Süddeutsche Zeitung: Debatte um Hartz IV*

URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-hartz-iv-sarrazin-warmduscher-sind-nie-weit-gekommen-1.9363> [Stand 30.10.2010]

zitiert: Süddeutsche Zeitung, 2010

*Zeit-Online: Umverteilung Die Sieben fetten Jahre*

URL: <http://www.zeit.de/1989/31/Die-sieben-fetten-Jahre> [Stand 28.08.10]

Arbeitsmarkt-Studie, IW-Forscher ziehen positive Hartz-IV-Bilanz.

URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/hartz-IV-studie> [Stand 22.10.10]

Reinhard Mohn: Erfolg haben, heißt Verantwortung abgeben.

URL: <http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2009-10/bertelsmann-reinhard-mohn> [27.09.10]

Arbeitslosenhilfe: Hartz IV Empfänger bekommen nur fünf Euro mehr.

URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/erhoehung-hartziv-fdp> [Stand 03.11.10]

Gewerkschaften überziehen Frankreich mit Protestaktionen

URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/frankreich-rentenreform-proteste> [Stand 31.10.2010]

zitiert alle: Zeit- Online, 2010

*Zion, Robert*: Schröder- Blair Papier

URL:[http://www.robert-zion.de/downloads/Schroeder\\_Blair.pdf](http://www.robert-zion.de/downloads/Schroeder_Blair.pdf)

[Stand 12.07.2010 ]

zitiert: Schröder- Blair Papier, 2010

### Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides Statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder dem Sinn nach auf Publikationen oder Vorträgen anderer Autoren beruhen, sind als solche kenntlich gemacht. Ich versichere außerdem, dass ich keine andere als die angegebene Literatur verwendet habe.

Die Arbeit wurde bisher keiner Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Berlin, den 24.11.2010

---

Unterschrift